

Soziales

Kollegiumstrasse 28
Postfach 2161
6431 Schwyz
Telefon 041 819 16 65
Telefax 041 819 20 49

Schwyz Handbuch zur Sozialhilfe

Überarbeitete Ausgabe 2018

Empfehlungen zur Anwendung der SKOS-Richtlinien
für die Bemessung wirtschaftlicher Sozialhilfe im Kanton Schwyz

Vorwort

Das Handbuch soll als Entscheidungshilfe dienen

Für die Bemessung der wirtschaftlichen Hilfe stützt sich der Kanton Schwyz auf die SKOS-Richtlinien. Das Schwyzer Handbuch zur Sozialhilfe will zu einer einheitlichen Anwendung dieser Richtlinien im Kanton beitragen.

Die Entscheidungsträger der wirtschaftlichen Sozialhilfe sollen das Handbuch zusammen mit den SKOS-Richtlinien und vor allem mit dem Sozialhilfegesetz und der Sozialhilfeverordnung anwenden. Das Handbuch ersetzt nicht das Gesetz oder die Verordnung. Es versteht sich als Ergänzung mit detaillierteren Anwendungsbeispielen von und für die Praxis und damit als Entscheidungshilfe in Einzelfallbeurteilungen. Auf diese Weise kann den Grundsätzen in der Sozialhilfepraxis nachgelebt werden.

Obwohl dieses Handbuch keine Rechtssätze darstellt, kommt ihm in der Sozialhilfepraxis ein grosser Stellenwert zu. Es fördert die Rechtssicherheit, unterstützt die rechtsgleiche Behandlung der verschiedenen Gesuchsteller und trägt zu einem verwaltungsökonomischen Verfahren bei. Die vorliegenden Empfehlungen dispensieren die Fürsorgebehörden nicht davon, die Besonderheiten des Einzelfalls sorgfältig zu prüfen und allenfalls die empfohlenen Beträge zu erhöhen oder zu kürzen.

Die Empfehlungen dieses Handbuches dürfen unter keinen Umständen isoliert betrachtet und angewendet werden. Es wird unerlässlich sein, die entsprechenden Ausführungen in den SKOS-Richtlinien zu konsultieren und allenfalls weitere Literatur oder Entscheide zu Rate zu ziehen.

Die überarbeitete Ausgabe 2018 berücksichtigt sowohl die beiden SKOS-Revisionen vom 1. Januar 2016 und 1. Januar 2017 als auch die Anpassung in der Sozialhilfeverordnung vom 1. Januar 2018 bezüglich Kürzungsrahmen bei Sanktionen und nimmt weitere verschiedene Anliegen für die Umsetzung der wirtschaftlichen Sozialhilfe auf. Im Weiteren weisen wir darauf hin, dass in Koordination mit dem Amt für Migration in Kürze ein weiteres Kapitel über die Asylsozialhilfe folgen wird.

Wir freuen uns sehr, wenn wir mit dem Schwyzer Handbuch zu einer einheitlichen Anwendung der SKOS-Richtlinien in allen Gemeinden im Kanton Schwyz beitragen können und empfehlen Ihnen die Anwendung.

Schwyz, September 2018

Amt für Gesundheit und Soziales

Die Gliederung des Handbuchs folgt der Einteilung der SKOS-Richtlinien

Inhalt

A – VORAUSSETZUNGEN UND GRUNDSÄTZE	1
A.1 Ziele der Sozialhilfe	1
A.2 Zum ethischen Verständnis der Sozialhilfe	1
A.3 Existenzsicherung und Integration: Materielle und persönliche Hilfe	1
A.4 Grundprinzipien der Sozialhilfe	1
Unterstützungsbeginn	2
A.5 Rechte und Pflichten unterstützter Personen	2
A.5.1 Rechte	2
A.5.2 Pflichten	2
A.6 Unterstützungsbudget und Unterstützungsbedürftigkeit	2
Unterstützungsbudget	2
Unterstützungsbedürftigkeit – Aufnahme und Ablösung	3
A.7 Auszahlung von Unterstützungsleistungen	3
A.8 Auflagen, Leistungskürzung und Leistungseinstellung	3
A.8.1 Auflagen und Weisungen	3
A.8.2 Leistungskürzung als Sanktion	4
Kürzungsumfang	4
A.8.3 Nichteintreten, Ablehnung oder Einstellung von Leistungen	5
Nichteintreten auf Gesuch oder Leistungseinstellung mangels Nachweis der Bedürftigkeit	5
Ablehnung des Gesuchs bei fehlenden Anspruchsvoraussetzungen	5
Einstellung von Leistungen wegen Verletzung der Subsidiarität	5
A.9 Nothilfe und Notfallhilfe	6
A.9.1 Nothilfe	6
A.9.2 Rechtskräftig gewiesene Personen aus dem Asylbereich	6
A.9.3 Übrige Ausländerinnen und Ausländer ohne Anwesenheitsberechtigung in der Schweiz	7
A.9.4 Notfallhilfe	7
A.10 Sozialhilfe und Schwelleneffekte	7
A.11 Zusammenarbeit zwischen der privaten und öffentlichen Sozialhilfe	8
A.11.1 Ausgangslage	8
A.11.2 Grundsätze	8
A.11.3 Massnahmen	8
 B – MATERIELLE GRUNDSICHERUNG	 1
B.1 Begriff und Bedeutung	1
B.2 Grundbedarf für den Lebensunterhalt (GBL)	1
B.2.1 Anspruchsberechnung und Inhalt	1
Bei Lohnpfändung	1
Wirtschaftliche Sozialhilfe und Lohnpfändung	1
B.2.2 Grundbedarf für den Lebensunterhalt	1
Strom/Gas/Wasser	2
AHV/IV/EO-Beiträge	3
B.2.3 Unterstützung für Personen in familienähnlichen Wohn- und Lebensgemeinschaften	3
B.2.4 Unterstützung von Personen in Zweckwohngemeinschaften	3
B.2.5 Personen in stationären Einrichtungen	4
Kostentragung für Insassen in Untersuchungshaft sowie im Straf- und Massnahmenvollzug	4
B.3 Wohnkosten	4
Wohnkosten ohne Nebenkosten	4
Mietzinsrichtlinien	4
Mietzinsberechnung bei Wohneigentum	5
Vorgehen bei Neu- und Wiederaufnahmen von wirtschaftlicher Sozialhilfe	5
Unterstützung bei der Wohnungssuche durch die Fürsorgebehörde bzw. Sozialdienste	6
Mögliches Vorgehen der Fürsorgebehörden oder des Sozialdienstes	6
Vorgehen bei laufenden Unterstützungsfällen	7

	Überschneidung von Mietzinszahlungen bei Wohnungswechsel	7
	Antritt und Beendigung von Mietverhältnissen – Wegzug aus der Gemeinde	7
	Mietzinsausstände bei neuen Fällen	7
	Schäden aus Mietverhältnissen	7
	Kleinreparaturen	8
	Mietzinse ab Eintritt in stationäre Einrichtungen und Strafmassnahmenvollzug	8
	Mietzinse bei Trennungs- oder Scheidungsbegehren oder Konvenium	8
	Mietzinse für Alleinerziehende und Einzelnernteil mit Besuchsrechtsregelung	8
	Nebenkosten (Heizung/Warmwasser usw.)	8
	Mietzinskaution	8
	Gebühren für Kabelfernsehen	9
	Notunterkunft (Frauenhaus)	9
B.4	Junge Erwachsene	9
B.5	Medizinische Grundversorgung	9
	Krankenkassenprämien	9
	Franchise und Kostenbeteiligung Krankenkasse	10
	Generika	10
	Spitalbeiträge	10

C – SITUATIONSBEDINGTE LEISTUNGEN UND INTEGRATIONSZULAGEN **1**

C.1	Situationsbedingte Leistungen (SIL): Grundsätze	1
	Grundversorgende SIL	1
	Fördernde SIL	1
	Einmalige Leistungen	1
	Pauschale und Höchstgrenzen	1
C.1.1	Erwerb und Integration	1
	Erwerbsunkosten und Auslagen für nicht lohnmässig honorierte Leistungen	1
	Fahrtspesen (öffentliche Verkehrsmittel)	2
	Fahrzeugkosten	2
	Anrechenbare Autokosten	2
	Anrechenbare Motorrad- und Mofakosten	2
	Service-“Stock“ für Personal im Gastgewerbe	2
	Stellensuche	2
C.1.2	Bildung	3
	Kosten für Schulmaterial, Nachhilfeunterricht und Musikunterricht	3
	Kosten für Aufgabenhilfe	3
	Musikunterricht für Kinder	3
	Miete von Musikinstrumenten	3
	Kauf von Musikinstrumenten	3
	Obligatorische Schulkosten (Schullager, Projektwochen)	3
	Deutschkurs für Fremdsprachige	3
C.1.3	Familie	4
	Beruflicher (Wieder-)Einstieg nach einer Geburt	4
	Förderung und soziale Integration	4
	Kostenübernahme von Spielgruppe / Frühe Förderung	4
	Familienergänzende Kinderbetreuung	4
	Freizeitbeschäftigung und nicht obligatorische Schullager für Kinder	4
	Familienbegleitung	4
	Kosten für das Besuchsrecht	5
C.1.4	Gesundheit	5
	Prämien für Zusatzversicherungen	5
	SPITEX	5
	Alternativmedizin oder andere Leistungen	5
	Psychotherapie	6
	Nichtkassenpflichtige Medikamente	6
	Medizinisch indizierte Transporte	6
	Medizinisch indizierte Hilfsmittel	6
	Diätkosten	6

Augenkontrolle	6
Brillen, Kontaktlinsen und -mittel	6
Zahnärztliche Behandlung (ausser Schulzahnklinik)	7
Kieferorthopädische Behandlung	7
Fitness-Abonnement	8
Heroinprogramm	8
Entzugseinrichtungen für Suchtkranke	8
Ambulante und stationäre therapeutische Einrichtungen	8
Kliniken für spezielle Therapien/Behandlungen im Bereich Alkohol/Sucht	8
Leistungsabgeltung und Kostenbeteiligung gemäss IVSE	9
Behördliche Kindesschutzmassnahmen	10
Elterliche Unterhaltspflicht	10
Strafrechtliche Massnahmen	11
C.1.5 Weitere situationsbedingte Leistungen	11
Sach- und Risikoversicherungen	11
Amtliche Gebühren	12
Wohnungseinrichtung / Mobiliaranschaffungen	12
Zügel-, Transport- und Reinigungskosten	12
Einlagerung von Möbeln	13
Reisekosten ins Ausland	13
Erholungsaufenthalte	13
Steuern und Quellensteuer	14
Bestattungskosten	14
Anwaltskosten	14
Dolmetscherkosten / Übersetzung von amtlichen Dokumenten	14
C.2 Integrationszulage (IZU) für Nicht-Erwerbstätige	14

D – MASSNAHMEN ZUR SOZIALEN UND BERUFLICHEN INTEGRATION **1**

D.1 Ausgangslage	1
D.2 Grundsätze	1
Pflicht der Sozialhilfeorgane	1
Leistung – Gegenleistung	1
Integrationsmassnahmen als Investition	1
Professionelle Abklärung und Begleitung	1
Verbindlichkeit der Massnahme	1
Sanktionen	1
Verzicht auf Rückerstattung	1
Hilfe zur Selbsthilfe	1
D.3 Art und Qualität von Integrationsmassnahmen	2
Arbeitsmarktliche Massnahmen bei der Arbeitslosenversicherung	2
Einsatz- oder Beschäftigungsprogramme	2
Finanzierung von Aus- und Weiterbildung / Stipendien	3
Erstausbildung bei Volljährigen	3
Zweitausbildung und Umschulung	3
Fort- und Weiterbildung	4
D.4 Organisatorische Aspekte	4
Interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ)	4
Einbezug der Wirtschaft	4
D.5 Finanzielle Aspekte	5

E – ANRECHNUNG VON EINKOMMEN UND VERMÖGEN **1**

E.1 Einkommen	1
E.1.1 Grundsatz	1
E.1.2 Einkommens-Freibeträge (EFB) für Erwerbstätige	1
EFB bei Krankheit oder Unfall	1
Einkommen von Minderjährigen	2
Einkommen aus Ferienjobs von Jugendlichen	2

	Quellensteuer	2
	Geburtszulagen	2
	Trinkgelder	2
E.2	Vermögen	2
E.2.1	Grundsatz und Freibeträge	2
E.2.2	Grundeigentum	3
E.2.3	Lebensversicherungen	3
E.2.4	AHV-Vorbezug	3
E.2.5	Freizügigkeitsguthaben sowie Guthaben der privaten gebundenen und der freien Vorsorge	3
E.3	Sozialhilferechtliche Rückerstattungspflicht	4
E.3.1	Rückerstattung bei rechtmässigem Bezug	4
E.3.2	Rückerstattung bei unrechtmässigem Bezug	4

F – FINANZIELLE ANSPRÜCHE GEGENÜBER DRITTEN **1**

F.1	Grundsätze	1
F.2	Bevorschusste Leistungen Dritter	1
	Renten und Ergänzungsleistungen: Auszahlung an Dritte im Kanton Schwyz	1
F.3	Eheliche und elterliche Unterhaltspflicht	2
F.3.1	Grundsatz	2
F.3.2	Eheliche Unterhaltspflicht	2
F.3.3	Elterliche Unterhaltspflicht	2
	Alimente/Bevorschussung von Alimenten	2
F.4	Familienrechtliche Unterstützungspflicht (Verwandtenunterstützung)	3
F.5	Familienähnliche Wohn- und Lebensgemeinschaften	3
F.5.1	Begriff und Grundsätze	3
	Gefestigtes Konkubinats (eheähnliche Wohngemeinschaft)	4
	Gleichgeschlechtliche Partnerschaften	4
	Rechtliches	4
	Berechnung der wirtschaftlichen Sozialhilfe	4
F.5.2	Entschädigung für Haushaltsführung	4
	Empfohlene Entschädigung für die Haushaltsführung (Konkubinatspartner in ungefestigtem Konkubinats oder einer Person in einer Wohngemeinschaft mit gemeinsamer Ausübung der Haushaltsfunktion)	4
	Gefestigtes Konkubinats (eheähnliche Wohngemeinschaft)	5
	Rechtliches	5
	Berechnung der wirtschaftlichen Sozialhilfe bzw. des Konkubinatsbeitrages	5

G – RECHTSGRUNDLAGEN **1**

G.1	Bund	1
G.2	Kanton	1

H – PRAXISHILFEN **1**

H.1 – H.13	Praxishilfen	1
	Abgrenzungsprobleme bei Rechnungen oder Schulden	1
	Sozialhilfe für AHV-Rentner (im Heim) und seine Ehefrau (in eigener Wohnung)	2

I – GLOSSAR **1**

J – ANHÄNGE **1**

A – Voraussetzungen und Grundsätze

A.1 Ziele der Sozialhilfe

Die Sozialhilfe hat die Existenz bedürftiger Personen zu sichern, ihre wirtschaftliche und persönliche Selbständigkeit zu fördern und die soziale und berufliche Integration zu gewährleisten.

Die Gewährleistung des Rechts auf Existenzsicherung bildet die Grundlage der Sozialhilfe. Diese hat das soziale Existenzminimum zu sichern, welches im Gegensatz zum absoluten Existenzminimum nicht nur die Existenz und das Überleben der Bedürftigen zu sichern, sondern auch ihre Teilhabe am Sozial- und Arbeitsleben zu ermöglichen hat und auf die Förderung der Eigenverantwortung und der Hilfe zur Selbsthilfe ausgerichtet ist.

⇒ Vergleiche SKOS-Richtlinien

A.2 Zum ethischen Verständnis der Sozialhilfe

Die starken wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen sowie das zunehmende Spannungsfeld von Ansprüchen und Anforderungen an das Sozialwesen bei gleichzeitig knappen öffentlichen Mitteln haben einen Wandel im Sozialstaatsverständnis vom Versorgerstaat zum aktivierenden Sozialstaat bewirkt. Im Vordergrund stehen nicht primär die Defizite der Hilfesuchenden, sondern ihre Stärken und Ressourcen, die es von staatlicher Seite zu unterstützen und zu fördern gilt.

⇒ Vergleiche SKOS-Richtlinien

A.3 Existenzsicherung und Integration: Materielle und persönliche Hilfe

Neben der materiellen Hilfe (finanzielle Unterstützung und weitere geldwerte Leistungen) bildet die persönliche Hilfe einen unabdingbaren Teil wirkungsorientierter Sozialhilfe. Wer in einer besonderen Lebenslage der Hilfe bedarf, hat Anspruch auf Beratung und persönliche Unterstützung. Das Leistungsspektrum der persönlichen Sozialhilfe ist ausgesprochen breit. Zu nennen sind beispielsweise die Besprechung der Situation und das Aufzeigen von Lösungsmöglichkeiten, die Information über soziale Leistungen und Angebote sowie über rechtliche Ansprüche, die Budgetberatung, die Erziehungsberatung, die Jugendberatung, die Hilfe bei der Geltendmachung von Rechtsansprüchen, die Vermittlung von Wohnraum und die Sicherung der beruflichen Integration. Persönliche Hilfe hat zum Ziel, die Eigenverantwortung, die Selbständigkeit sowie die berufliche und soziale Integration von Menschen in Notlagen zu fördern. Persönliche Hilfe steht auch Personen zu, welche keine wirtschaftliche Hilfe benötigen. Sie wird unentgeltlich geleistet. Allerdings ist die Stelle, welche persönliche Hilfe gewährt, nicht verpflichtet, eine über die gewöhnliche Beratung und Betreuung hinausgehende Hilfeleistung zu übernehmen, für die der Hilfesuchende selber aufkommen kann.

⇒ Vergleiche SKOS-Richtlinien

A.4 Grundprinzipien der Sozialhilfe

Die Sozialhilfe kennt fundamentale Prinzipien, die in der Gesetzgebung vielfach nur angedeutet werden:

- Wahrung der Menschenwürde
- Subsidiarität
- Individualisierung
- Bedarfsdeckung *)
- Angemessenheit der Hilfe
- Professionalität
- Wirtschaftlichkeit
- Leistung und Gegenleistung

*) Bei der wirtschaftlichen Sozialhilfe gilt das Bedarfsdeckungsprinzip. Dieses Prinzip besagt, dass die Sozialhilfe einer Notlage abhelfen soll, die individuell, konkret und aktuell ist. Die Hilfe darf nicht von den Ursachen der Notlage abhängig gemacht werden. Sozialhilfeleistungen werden nur für die Gegen-

wart und (sofern die Notlage anhält) für die Zukunft ausgerichtet, nicht jedoch für die Vergangenheit. Wirtschaftliche Sozialhilfe hat den Auftrag, den laufenden Lebensunterhalt zu decken. Es werden in der Regel keine Schulden übernommen, ausser wenn damit einer Notlage vorgebeugt werden kann (z.B. Übernahme von Mietzinsausständen), ansonsten werden keine rückwirkenden Zahlungen übernommen. Wegen Arbeitsüberlastung des Sozialdienstes oder Verzögerung beim Bewilligungsverfahren usw. darf jedoch die rückwirkende Zahlung nicht verweigert werden (Verbot der Rechtsverzögerung und Rechtsverweigerung, sofern die Auskunftspflicht gemäss SKOS-Richtlinien A.5.2 erfüllt ist).

Unterstützungsbeginn

Die Sozialhilfe ist rechtzeitig zu gewähren. Sie soll eine drohende Notlage abwenden und Rückfälle vermeiden helfen (§ 3 Abs. 1 ShG).

Der Beginn der Ausrichtung der Sozialhilfeleistungen fällt mit der Antragsstellung der hilfesuchenden Person an den Sozialdienst zusammen. Mit dem Gesuch bringt die gesuchstellende Person den Behörden gegenüber die ihrer Ansicht nach bestehende Bedürftigkeit zur Kenntnis.

Auch wenn Sozialhilfeleistungen grundsätzlich ab Gesuchseinreichung auszurichten sind, kann der Sozialdienst diesem Grundsatz erst nach Abschluss der notwendigen Abklärung nachkommen. Damit die wirtschaftliche Existenz der gesuchstellenden Person bis zum Abschluss des Abklärungsverfahrens nicht gefährdet wird, muss der Sozialdienst – auf Gesuch hin oder bei entsprechenden Anzeichen von Amtes wegen – in einem vereinfachten Verfahren abklären, ob im Sinne einer vorläufigen Massnahme wirtschaftliche Hilfe (Grundbedarf, Mietzins bzw. Notunterkunft sowie KVG-Grundprämie) auszurichten ist. Stellt sich nachträglich heraus, dass die gesuchstellende Person gar nicht bedürftig war, muss sie die bezogenen Leistungen zurückerstatten.

Liegen nicht alle relevanten Unterlagen zur definitiven Bearbeitung des Unterstützungsgesuches vor, so gewährt die Fürsorgebehörde einen Vorschuss. Sie entscheidet über die definitive Unterstützungsleistung, wenn die relevanten Unterlagen vorliegen.

⇒ Vergleiche SKOS-Richtlinien

A.5 Rechte und Pflichten unterstützter Personen

A.5.1 Rechte

- Rechts- und Handlungsfähigkeit
- Verbot der Rechtsverweigerung und Rechtsverzögerung
- Rechtliches Gehör und Akteneinsicht
- Schriftlich begründete Verfügung mit Rechtsmittelbelehrung (siehe Anhang)
- Hilfe zur Selbsthilfe

⇒ Vergleiche SKOS-Richtlinien

A.5.2 Pflichten

Auskunfts- und Meldepflicht (Mitwirkungspflichten)

Minderung der Bedürftigkeit (zumutbare Selbsthilfe)

Sozialhilferechtliche Rückerstattungspflicht (siehe Kapitel E.3)

⇒ Vergleiche SKOS-Richtlinien

A.6 Unterstützungsbudget und Unterstützungsbedürftigkeit

Unterstützungsbudget

Das individuelle Unterstützungsbudget setzt sich zusammen aus bedarfsbezogenen Leistungen:

- dem Grundbedarf für den Lebensunterhalt (B.2)
- den Wohnkosten (samt üblichen Nebenauslagen) (B.3)
- der medizinischen Grundversorgung (B.5)
- den situationsbedingten Leistungen (C.1)

und den leistungsbezogenen Zulagen:

- den Integrationszulagen (C.2)
- den Einkommens-Freibeträgen (E.1.2)

Unterstützungsbedürftigkeit – Aufnahme und Ablösung

Haushaltungen sind unterstützungsbedürftig, wenn das monatliche Einkommen nicht ausreicht, um die Kosten für die materielle Grundsicherung (B.2 bis B.5) zu decken. Zur Berechnung werden die situationsbedingten Leistungen inkl. Leistungen mit Anreizcharakter (C.1 bis C.2 und E.1.2) berücksichtigt.

Der Anspruch auf wirtschaftliche Sozialhilfe entsteht, wenn:

die materielle Grundsicherung (B.2 bis B.5) und die notwendigen, situationsbedingten Leistungen (C.1), soweit es sich um ausgewiesene, genau bezifferbare und regelmässig wiederkehrende Auslagen handelt (z.B. Haftpflichtversicherung, Erwerbsunkosten, Kinderbetreuung C.1.1 bis C.1.3), nicht gedeckt werden können.

Gemäss RRB Nr. 1185 vom 9. Dezember 2015 haben die Fürsorgebehörden bei der Klärung der Anspruchsberechtigung die Einkommens-Freibeträge (E.1.2) und die Integrationszulagen (C.2) mit zu berücksichtigen. Vorbehalten bleiben kurzfristige Unterstützungen bis zu drei Monaten mit Überbrückungscharakter. In diesen Fällen kann das soziale Existenzminimum sowohl über-, als auch unterschritten werden. Das absolute Existenzminimum muss in jedem Fall gewährt werden (siehe SKOS-Richtlinien A.6-3).

Die Ablösung von der wirtschaftlichen Sozialhilfe erfolgt **sofort**, wenn:

die Einnahmen das gesamte Unterstützungsbudget, bestehend aus

- der materiellen Grundsicherung (inkl. Prämienanteil der obligatorischen Krankenversicherung, welcher nicht über die Prämienverbilligung gedeckt wird) (Kapitel B.2 bis B.5)
- den situationsbedingten Leistungen (C.1)
- den Integrationszulagen (C.2) und/oder
- den Einkommens-Freibeträgen (E.1.2)

decken.

A.7 Auszahlung von Unterstützungsleistungen

Hier gilt der Grundsatz von § 17 ShG:

«Die wirtschaftliche Hilfe wird in der Regel in Bargeld, ausnahmsweise durch Erteilen von Gutsprachen oder auf andere Weise, gewährt.» Unterstützungsleistungen werden auf Grund eines Beschlusses (Verfügung) der Fürsorgebehörde ausbezahlt (vgl. SKOS-Richtlinien A.7, § 29 ff. Verwaltungsrechtspflegengesetz vom 6. Juni 1974 [SRSZ 234.110, VRP]).

A.8 Auflagen, Leistungskürzung und Leistungseinstellung

Im konkreten Fall ist durch den Sozialdienst und durch die Fürsorgebehörde unbedingt das ganze Kapitel A.8 der SKOS-Richtlinien zu konsultieren. Die Fürsorgebehörde muss unterstützte Personen im Einzelfall über ihre Rechte und Pflichten (A.5.1 und A.5.2) sowie über die Rechtsfolgen bei Nichterfüllung der Pflichten vorgängig informieren. Beim Einfordern von Pflichten sind die Grundsätze der Zumutbarkeit und der Verhältnismässigkeit zu beachten. Zu berücksichtigen sind neben den individuellen Möglichkeiten der betroffenen Person auch die tatsächlich vorhandenen Voraussetzungen zur Erbringung einer bestimmten Gegenleistung. Die Nichteinhaltung von Auflagen und gesetzlichen Pflichten kann zu einer Leistungskürzung führen (A.8.2).

A.8.1 Auflagen und Weisungen

Nach § 9 ShV kann die wirtschaftliche Sozialhilfe mit Auflagen und Weisungen verbunden werden, die

sich auf die zweckmässige Verwendung der Leistungen beziehen oder sonst wie geeignet sind, die Lage der hilfsbedürftigen Person und ihre Familienangehörigen zu verbessern. Werden die Auflagen und Weisungen nicht befolgt, kann die wirtschaftliche Sozialhilfe angemessen gekürzt oder eingestellt werden.

Auflagen sind der betroffenen Person in Schriftform zu kommunizieren. Sie muss unmissverständlich wissen, was von ihr verlangt wird und welche Konsequenzen die Nichterfüllung einer Auflage nach sich zieht. Die betroffene Person muss Gelegenheit erhalten, sich vorgängig zum Sachverhalt zu äussern. Insbesondere tangieren Verhaltensanweisungen (z.B. betreffend die Suche nach einer günstigeren Wohnung) die in Art. 10 Abs. 2 BV garantierte persönliche Freiheit der unterstützten Person. Diese hat demzufolge ein schutzwürdiges Interesse daran, die Rechtmässigkeit dieser Auflage oder Weisung schon im Anschluss an deren Erlass auf dem Rechtsmittelweg überprüfen zu lassen und nicht erst mittels Beschwerde gegen die Kürzungs- oder Einstellungsverfügung, die aufgrund der Missachtung der Auflage oder Weisung ergeht.

A.8.2 Leistungskürzung als Sanktion

Leistungskürzungen sind gemäss § 26a ShG möglich. Sie sind schriftlich und in Form einer Verfügung zu eröffnen. Vorgängig muss ein Informations- bzw. Mahnverfahren durchgeführt werden. Die von Kürzungen unmittelbar betroffenen Personen müssen Gelegenheit erhalten, sich vorgängig zum Sachverhalt zu äussern (rechtliches Gehör).

Muster für das Erteilen einer Weisung und Mitteilen eines Beschlusses befinden sich im Anhang zu diesem Handbuch.

Kürzungsgründe können sein:

- mangelnde Kooperation
- ungenügende Integrationsbemühungen
- unrechtmässig bezogene Unterstützung
- durch das Verhalten des Unterstützten verursachte Doppelzahlungen

⇒ Vergleiche § 26a ShG sowie Sozialhilfeverordnung (ShV) §§ 9 und 10

Kürzungsumfang

Da die Leistungskürzung für die betroffene Person unter Umständen ein massiver Eingriff darstellt, müssen vor der Beschlussfassung die Verhältnisse (immer) nochmals überprüft werden. Folgende Fragen sind – sofern dies nicht bereits geschehen ist – zu klären und es ist der betroffenen Person die Gelegenheit zu geben, sich dazu zu äussern (die Beantwortung folgender Fragen hilft auch bei der Entscheidung, ob und wie gekürzt werden soll und bei der Begründung der Sanktion):

- Ist die Auflage bzw. Weisung zumutbar?
- Weshalb hat die betroffene Person die Anordnung nicht erfüllt?
- Gibt es nachvollziehbare Gründe? Konnte sie objektiv der Forderung der Fürsorgebehörde nachkommen oder war es ihr aufgrund ihrer psychischen oder physischen Verfassung nicht möglich, der Auflage Folge zu leisten? Gibt es nachvollziehbare Hinderungsgründe?
- War die Auflage oder Weisung geeignet, die Situation der unterstützten Person zu verbessern?
- Wurde die Kürzung schriftlich angedroht?
- War sich die betroffene Person bewusst, welche Folgen ihr Tun oder Unterlassen haben wird?

Kommt man zum Schluss, dass eine Kürzung grundsätzlich angemessen und zulässig ist, stellt sich die Frage, nach dem Umfang der Kürzung innerhalb des erlaubten Rahmens. Es geht hier um die Frage der Verhältnismässigkeit:

- Wie schwer wiegt das Verschulden der betroffenen Person?
- Sind Kinder von der Kürzung betroffen?

Die Leistungskürzung muss sowohl in Bezug auf die Höhe als auch auf die Dauer verhältnismässig sein. Die Situation von im gleichen Haushalt lebenden, nicht fehlbaren Personen (weitere Familien-

mitglieder, Kinder, Jugendliche) ist dabei angemessen zu berücksichtigen.

In Abweichung von den SKOS-Richtlinien kann der Grundbedarf für den Lebensunterhalt (GBL) um 5 bis höchstens 40 Prozent gekürzt werden. Kürzungen von 20 Prozent und mehr sind auf maximal 6 Monate zu befristen. Eine Kürzung von mehr als 30 Prozent des GBL ist nur bei wiederholtem oder schwerwiegendem Fehlverhalten zulässig. Im Weiteren können Leistungen mit Anreizcharakter (EFB, IZU) gekürzt oder gestrichen werden.

Der Sozialdienst hat vor Ablauf der festgesetzten Frist zu prüfen, ob die Voraussetzungen für eine Kürzung weiterhin gegeben sind. Der Grundsatz der Verhältnismässigkeit gebietet ein differenziertes, fall-spezifisches Vorgehen. Die Kürzung hat sowohl in persönlicher als auch in sachlicher und zeitlicher Hinsicht in einem angemessenen Verhältnis zum Fehlverhalten zu stehen. Weitergehende Kürzungen bedeuten einen Eingriff in das verfassungsmässig geschützte Recht auf Hilfe in Notlagen (Art. 12 BV) und sind deshalb unzulässig.

⇒ Vergleiche SKOS-Richtlinien

A.8.3 Nichteintreten, Ablehnung oder Einstellung von Leistungen

Es ist zwischen dem Nichteintreten, der Ablehnung sowie der Einstellung von wirtschaftlicher Hilfe zu unterscheiden. Die Fürsorgebehörde muss ihre Entscheide der antragstellenden Person in einem schriftlichen Beschluss mit einer Rechtsmittelbelehrung bekannt geben. Die betroffene Person muss Gelegenheit erhalten, sich vorgängig zum Sachverhalt zu äussern.

Nichteintreten auf Gesuch oder Leistungseinstellung mangels Nachweis der Bedürftigkeit

Der Anspruch auf Sozialhilfe setzt Bedürftigkeit voraus. Wenn eine gesuchstellende Person sich weigert, die zur Bedarfsbemessung nötigen Angaben und Unterlagen vorzulegen, obwohl sie dazu ermahnt und über die Konsequenzen schriftlich informiert wurde, kann ein allfälliger Anspruch auf Sozialhilfeleistungen nicht geprüft werden. In diesem Fall ist ein Nichteintretensentscheid zu fällen.

Bei laufenden Unterstützungsfällen können bei gleichem Sachverhalt nach entsprechender Mahnung und Gewährung des rechtlichen Gehörs die Leistungen eingestellt werden, mit der Begründung, dass die Bedürftigkeit nicht mehr beurteilt werden kann und erhebliche Zweifel an deren Fortbestand bestehen (vgl. VGE III 2017 140 vom 27. September 2017).

Sind Hilfesuchende aufgrund persönlicher Einschränkung objektiv nicht in der Lage, ihre Mitwirkungspflicht selbständig wahrzunehmen, sind sie im Rahmen der persönlichen Hilfe bei der Beschaffung der Unterlagen zu unterstützen.

Ablehnung des Gesuchs bei fehlenden Anspruchsvoraussetzungen

Sind die Voraussetzungen für einen Leistungsbezug nicht gegeben (fehlende Bedürftigkeit, Vermögen vorhanden), ist das Gesuch abzulehnen.

Einstellung von Leistungen wegen Verletzung der Subsidiarität

Eine teilweise oder gänzliche Einstellung ist nur bei Verletzung der Subsidiarität zulässig und kann nicht als Sanktion verfügt werden.

Eine (Teil-)Einstellung von Unterstützungsleistungen ist dann zulässig, wenn die unterstützte Person sich in Kenntnis der Konsequenzen ausdrücklich weigert,

- eine ihr mögliche, zumutbare und konkret zur Verfügung stehende Arbeit anzunehmen (A.5.2),
- einen ihr zustehenden, bezifferbaren und durchsetzbaren Rechtsanspruch auf Ersatzeinkommen geltend zu machen,
- eine Liegenschaft oder andere über dem Vermögensfreibetrag liegende Vermögenswerte zu verwerten (E.2, E.2.2).

A.9 Nothilfe und Notfallhilfe

A.9.1 Nothilfe

Nothilfe und ordentliche Sozialhilfe sind unterschiedliche Unterstützungssysteme mit unterschiedlichen Zielsetzungen für verschiedene Klientengruppen. Berechtigt zum Bezug von ordentlicher Sozialhilfe sind alle Personen (unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit) mit einem Unterstützungswohnsitz oder ständigem Aufenthalt in der Schweiz, für welche nicht spezielle Vorschriften gelten (z.B. Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene) oder welche nicht ausdrücklich vom Bezug von der ordentlichen Sozialhilfe ausgeschlossen sind.

Bei der Unterstützung von Personen, welche von der ordentlichen Sozialhilfe ausgeschlossen sind, sind folgende Personengruppen zu unterscheiden:

A.9.2 Rechtskräftig weggewiesene Personen aus dem Asylbereich

Für die Ausrichtung der Nothilfe von rechtskräftig weggewiesenen Personen ist in der Regel das Amt für Migration zuständig. Diese Personen können sich bis zum Ablauf der Ausreisefrist in den Gemeinden aufhalten. Nach Ablauf der Ausreisefrist gehen diese Personen in die Zuständigkeit des Kantons über. Die Abrechnung für die Zeitdauer vom rechtskräftigen Wegweisungsentscheid bis zum Transfer in die kantonalen Nothilfestrukturen erfolgt auf dem separaten Nothilfeabrechnungsf formular.

Folgende Personengruppen sind davon betroffen:

Personengruppen

- Asylsuchende mit einem rechtskräftigen Nichteintretensentscheid und einer rechtskräftigen Wegweisung (inkl. Dublin-Out),
- Asylsuchende mit einem rechtskräftigen Negativentscheid und einer rechtskräftigen Wegweisung,
- Asylsuchende, die ihr Gesuch zurückgezogen haben,
- Personen mit einem rechtskräftigen Wegweisungsentscheid, die ein Wiedererwägungsgesuch nach Art. 111b AsylG eingereicht haben (ausserordentliches Rechtsmittel),
- Personen mit einem rechtskräftigen Wegweisungsentscheid, die ein Mehrfachgesuch nach Art. 111c AsylG eingereicht haben. Personen, bei denen das Staatssekretariat für Migration die Aufhebung der vorläufigen Aufnahme verfügt hat.

Diese Personen fallen unter den sogenannten Sozialhilfestopp im Asylrecht. Sobald eine Person rechtskräftig weggewiesen ist, ist sie verpflichtet auszureisen und hat nur noch Anspruch auf Nothilfe gemäss §§ 32 ff der Vollzugsverordnung zum Kantonalen Gesetz zum Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und zum Asylgesetz (MigV). Dies gilt auch dann, wenn sie ein erneutes Asylgesuch einreichen, welches innerhalb der Frist von fünf Jahren nach dem letzten Negativentscheid erfolgt (sogenanntes Mehrfachgesuch nach Art. 111c AsylG).

Merke: Nicht zu dieser Kategorie gehören Personen des Asylwesens, gegen welche eine Landesverweisung verfügt wurde. Diese sind ausländischen Personen, die des Landes verwiesen wurden, gleichgestellt.

Verfahren

Werden Personen des Asylwesens ohne Papiere aufgegriffen oder beantragen sie Nothilfe, werden sie dem Amt für Migration zugewiesen. Das Amt für Migration nimmt die notwendigen Abklärungen vor und bietet auch allfällige Unterstützung. Ausserhalb der Bürozeiten sollen sich die Betroffenen an die Kantonspolizei wenden. Die Personen werden zur Übernachtung an die Zivilschutzanlage verwiesen und müssen sich täglich neu beim Amt für Migration melden. Das Amt für Migration gewährt Nothilfe, wenn die ersuchende Person bedürftig ist und der Kanton Schwyz für den Vollzug der Wegweisung zuständig ist und die Anordnung von Zwangsmassnahmen nicht zulässig ist.

Umfang

Die Nothilfe umfasst die für ein menschenwürdiges Dasein unerlässlichen Mittel für Nahrung, Kleidung und Obdach und für die medizinische Notversorgung (§ 33 MigV).

A.9.3 Übrige Ausländerinnen und Ausländer ohne Anwesenheitsberechtigung in der Schweiz

Personengruppen

Personen, gegen welche eine Landesverweisung ausgesprochen wurde, Personen ohne Aufenthaltsbewilligung und ohne hängiges Gesuch um Aufenthaltsbewilligung, Personen mit rechtskräftig abgelehntem Gesuch und abgelaufener Ausreisefrist, Personen, deren Verfahren um Erteilung der Aufenthaltsbewilligung hängig ist, die aber den Entscheid im Ausland abwarten müssen.

Verfahren

Diese Personen haben ihr Gesuch um Nothilfe beim unterstützungspflichtigen Gemeinwesen einzureichen (in der Regel die Wohnsitzgemeinde bzw. Aufenthaltsgemeinde).

Umfang

Personen mit einem Unterstützungswohnsitz im Ausland: Die Nothilfe umfasst insbesondere die nötige medizinische Versorgung bis zur Wiederherstellung der Transportfähigkeit und die notwendigen Mittel zur Heimreise.

Personen mit einem Sozialhilfeausschluss: Die Nothilfe umfasst die für ein menschenwürdiges Dasein unerlässlichen Mittel für Nahrung, Kleidung, Obdach und für die medizinische Notversorgung. Der Grundbedarf für den Lebensunterhalt beträgt Fr. 10.– pro Person und Tag.

A.9.4 Notfallhilfe

Ein Notfall liegt nur dann vor, wenn jemand sachlich und zeitlich dringender Hilfe bedarf. Nur solange eine solche Notlage andauert, darf von einem Notfall ausgegangen werden. Ein solcher kann z.B. bei einer schweren Erkrankung oder einem Unfall oder beim Verlust aller Geldmittel eintreten.

Gerät eine Person ausserhalb ihres Wohn- oder gewöhnlichen Aufenthaltsorts in der Schweiz in eine Notlage, muss ihr am aktuellen Aufenthaltsort die notwendige Hilfe gewährt werden (§ 21 Abs. 1 ShG). Es handelt sich hierbei um Schweizerinnen und Schweizer mit einem Unterstützungswohnsitz in einem anderen Kanton (Art. 13 ZUG, § 21 Abs. 1 ShG), Ausländerinnen und Ausländer mit Aufenthaltsberechtigung und Unterstützungswohnsitz in einem anderen Kanton (Art. 20 ZUG, § 21 Abs. 1 ShG), Drittstaatenangehörige, welche sich (ohne Unterstützungswohnsitz) ausserhalb des Bewilligungskantons aufhalten und die nicht innert Frist um eine fremdenpolizeiliche Bewilligung des Aufenthaltskantons ersucht haben oder deren Bewilligung im neuen Kanton definitiv abgelehnt worden ist. Solche Personen müssen nur im Bewilligungskanton ordentlich unterstützt werden. Im Aufenthaltskanton kann lediglich eine beschränkte Notfallunterstützung beansprucht werden (Art. 20 Abs. 2 ZUG), Touristen mit Wohnsitz oder Aufenthalt im Ausland (Art. 21 ZUG, § 21 Abs. 1 ShG).

Verfahren

Diese Personen haben ihr Gesuch um Nothilfe bei jener Gemeinde einzureichen, in welcher sie sich im Zeitpunkt des Ereignisses aufhalten (Aufenthaltsgemeinde). Als Aufenthalt gilt die tatsächliche Anwesenheit in einer Gemeinde.

Umfang

Die Nothilfe umfasst insbesondere die nötige medizinische Versorgung bis zur Wiederherstellung der Transportfähigkeit und die notwendigen Mittel zur Heimreise.

⇒ Vgl. Merkblatt betreffend medizinische Notfallhilfe / Finanzierungsfragen bei Touristen und Durchreisenden

A.10 Sozialhilfe und Schwelleneffekte

⇒ Vergleiche SKOS-Richtlinien

A.11 Zusammenarbeit zwischen der privaten und öffentlichen Sozialhilfe

A.11.1 Ausgangslage

A 11.2 Grundsätze

A.11.3 Massnahmen

⇒ Vergleiche SKOS-Richtlinien

B – Materielle Grundsicherung

B.1 Begriff und Bedeutung

⇒ Vergleiche SKOS-Richtlinien

B.2 Grundbedarf für den Lebensunterhalt (GBL)

B.2.1 Anspruchsberechnung und Inhalt

Der Grundbedarf für den Lebensunterhalt umfasst die Ausgabenpositionen, wie sie ausdrücklich in den SKOS-Richtlinien aufgeführt sind.

In Ergänzung zu den Ausführungen in den SKOS-Richtlinien und im Sinne einer Präzisierung wird hier festgehalten:

Bei der Prüfung des Anspruchs auf wirtschaftliche Sozialhilfe genügt es nicht, sich lediglich an den in den SKOS-Richtlinien aufgelisteten Ausgabenpositionen zu orientieren. Der Regierungsrat empfiehlt, folgende Elemente bei der Berechnung für die Ein- und Austrittsschwelle zu berücksichtigen:

Grundbedarf für den Lebensunterhalt (GBL gemäss SKOS), Wohnkosten und Wohnnebenkosten, Medizinische Grundversorgung gemäss SKOS (inkl. Krankenversicherung abzüglich individueller Prämienverbilligung), Gestehungskosten gemäss SKOS (z.B. zusätzliche Verkehrsauslagen, Mehrkosten für auswärtige Verpflegung), Leistungen mit Anreizcharakter (EFB, IZU) abzüglich allfälligen Einnahmenpositionen gemäss SKOS. Die Austrittsschwelle entspricht somit der Eintrittsschwelle. Seit 1. Januar 2010 gelten keine Karenzfristen für das Anreizsystem für Neumeldungen mehr.

Auf eine Pauschalisierung von Selbstbehalten und Franchisen für Gesundheitskosten und jährlich einmalig wiederkehrende Kosten (z.B. Prämie Hausratversicherung und Haftpflichtversicherung) ist zu verzichten. Ausgewiesene, bezifferbare und regelmässig wiederkehrende Auslagen für die Gesundheitskosten und sonstige situationsbedingte Leistungen werden in der Bedarfsrechnung mitberücksichtigt, wenn sie in der konkreten Lebenssituation zwingend notwendig sind.

⇒ vgl. RRB Nr. 1185 vom 9. Dezember 2015

Bei Lohnpfändung

Eine Lohnpfändung schafft grundsätzlich keine Grundlage für einen Anspruch auf wirtschaftliche Sozialhilfe. Personen, bei welchen eine Lohnpfändung verfügt wurde, haben grundsätzlich mit den aufgrund des betreibungsrechtlichen Existenzminimums errechneten finanziellen Mitteln auszukommen. Solche Personen sind nicht bedürftig im Sinne des Sozialhilfegesetzes. Es handelt sich dabei um eine Sanktion, welche von einer Behörde begründet verfügt worden ist. Es kann nicht Sache der Fürsorgebehörde sein, diese Sanktion wirkungslos zu machen.

Wirtschaftliche Sozialhilfe und Lohnpfändung

Sollte eine verfügte Lohnpfändung jedoch nachweislich die Existenz einer Person und ihrer Familie gefährden, dann gilt die Regel, dass die wirtschaftliche Sozialhilfe nicht höher sein darf als das betreibungsrechtliche Existenzminimum, weil die existenzbedarfsberechtigten Verpflichtungen im betreibungsrechtlichen Existenzminimum in der Regel berücksichtigt werden. Sollte die Fürsorgebehörde aber zur Erkenntnis gelangen, dass dies nicht der Fall ist, muss ein Antrag um Revision der Lohnpfändung gestellt werden, damit das betreibungsrechtliche Existenzminimum evtl. vorübergehend angepasst und die Lohnpfändung reduziert oder aufgehoben wird. In solchen Fällen ist unbedingt das Betreibungsamt zu kontaktieren und darauf hinzuwirken, dass das Betreibungsamt bei der Lohnpfändung seinen Ermessensspielraum voll ausschöpft.

B.2.2 Grundbedarf für den Lebensunterhalt

Die folgende Tabelle (Stand 1. Januar 2017) stützt sich auf die SKOS-Richtlinien. Es ist zu beachten, dass die SKOS die Beträge jeweils auf Grund der Teuerung anpasst. Den Fürsorgebehörden wird empfohlen, sich immer an der aktuellen Tabelle zu orientieren.

Haushaltsgrösse	Pauschale/Monat Franken (gerundet)	Pauschale/Monat und Person Franken (gerundet)
1 Person	986.–	986.–
2 Personen	1509.–	755.–
3 Personen	1834.–	611.–
4 Personen	2110.–	528.–
5 Personen	2386.–	477.–
Pro weitere Person plus	200.–	

In den obigen Pauschalen sind die folgenden Ausgaben inbegriffen:

- Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren
- Bekleidung und Schuhe
- Energieverbrauch (Elektrizität, Gas etc.) ohne Wohnnebenkosten
- Laufende Haushaltsführung (Reinigung/Instandstellung von Kleidern und Wohnung) inkl. Kehrichtgebühren
- Auslagen für den Haushalt, kleine Haushaltsgegenstände
- Gesundheitspflege ohne Selbstbehalte und Franchisen (z.B. selbstgekaufte Medikamente)
- Verkehrsauslagen inkl. Halbtaxabo / Schwyzer Pass für 1 Zone / Auslagen Velo und Mofa
- Nachrichtenübermittlung (z.B. Telefon, Post)
- Bildung und Unterhaltung (z.B. Radio/TV-Konzession und -Geräte, Computer, Drucker, Sport, Spielsachen, Zeitungen, Bücher, Schulkosten, Kino, Haustierhaltung)
- Körperpflege (z.B. Coiffeur, Toilettenartikel usw.)
- Persönliche Ausstattung (z.B. Schreibmaterial)
- Auswärts eingenommene Getränke
- Übriges (z.B. Vereinsbeiträge, Gewerkschaftsbeiträge, Freizeitbeschäftigung, kleine Geschenke)

Nicht inbegriffen sind folgende Ausgaben:

- Wohnungsmiete
- Jährliche Heiz- und Nebenkosten
- Hausrat- und Haftpflichtversicherung (s. nachfolgende Empfehlungen)
- Selbstbehalte und ordentliche Jahresfranchisen der Krankenkasse
- Krankheitsbedingte Mehrkosten gemäss Arztzeugnis (z.B. Diätkosten, usw.)
- Auslagen für Stellensuche
- Auslagen bei Erwerbstätigkeit inkl. zusätzliche Verkehrsauslagen
- Verkehrsauslagen für therapeutisch bedingte Fahrten/Reisen
- Brillenkosten (gemäss Kostenvoranschlag)
- Zahnarztkosten – nur gemäss Kostenvoranschlag
- Obligatorische Schullager
- Musikschule
- Kosten für Aufenthaltsbewilligungen
- Besuchsrechtskosten
- sowie weitere situationsbedingte Leistungen gemäss Kostenvoranschlag oder gemäss Arztzeugnis (SPITEX, Fremdbetreuung von Kindern, Haushaltshilfen und Mobiliaranschaffungen usw.)

Empfehlungen des Amtes für Gesundheit und Soziales zum Umgang mit folgenden Positionen:

Strom/Gas/Wasser

Ausstehende oder nicht bezahlte Rechnungen können im Einzelfall durch die Fürsorgebehörde direkt bezahlt werden. Begründung: Ohne Strom, Gas und Wasser wird eine menschenwürdige Existenz kaum möglich sein.

AHV/IV/EO-Beiträge

AHV/IV-Mindestbeiträge gelten nicht als Sozialhilfeleistungen und unterliegen keiner Rückerstattungspflicht (s. SKOS-Richtlinien B.1). Aufgrund der Bundesgesetzgebung über die AHV/IV (Art. 11 AHVG und Art. 3 IVG) übernimmt das zuständige Gemeinwesen die AHV-Mindestbeiträge für bedürftige Personen.

Für sozialhilfeabhängige Personen, deren sämtliche Renteneinnahmen (z.B. IV+EL, AHV+EL, Hinterbliebenenrenten) die Fürsorgebehörde verwaltet, sind laufend die Beiträge zu bezahlen, weil im EL-Betrag die Kosten der Mindestbeiträge eingerechnet sind.

Weiter ist ein Gesuch um Befreiung der Beitragspflicht zu stellen, wenn die Sozialversicherungsleistungen und das EL-Maximum den von der Fürsorgebehörde anerkannten Bedarf für den Lebensunterhalt nicht decken.

B.2.3 Unterstützung für Personen in familienähnlichen Wohn- und Lebensgemeinschaften

⇒ Zum konkreten Vorgehen bei der Berechnung wird auf die Ausführungen der SKOS-Richtlinien in den Kapiteln F.5 und die Praxishilfe H.11 verwiesen.

⇒ Zur Berechnung des Grundbedarfs von Personen, welche im Konkubinat leben, wird verwiesen auf Kapitel F.5.1 des Handbuchs.

Ob für eine Wohngemeinschaft das für die Berechnung der Höhe der wirtschaftlichen Sozialhilfe relevante Kriterium des «gemeinsamen Haushaltens» zutrifft, bedarf im beidseitigen Interesse einer seriösen Abklärung, welche primär im Gespräch mit der gesuchstellenden Person vorzunehmen ist. Mutmassungen der Fürsorgebehörde reichen angesichts der vielfältigen Formen und Abstufungen des Zusammenlebens in Wohngemeinschaften in der Regel nicht aus für einen sozialhilferechtlichen Entscheid.

Steht fest, dass eine gesuchstellende Person in einer Wohngemeinschaft mit gemeinsamem Haushalt lebt und folglich von den Vorteilen eines gemeinsamen Haushaltes profitieren kann, dann wird der Anspruch dieser Person wie folgt errechnet:

Massgebend ist die tatsächliche Grösse des Haushaltes resp. die Haushaltsgrösse, in welcher die gesuchstellende oder unterstützte Person lebt. Der GBL wird dann durch die Anzahl der in der Wohngemeinschaft tatsächlich lebenden Personen geteilt. Das ergibt beispielsweise für eine Person, welche in einer aus vier Personen bestehenden Wohngemeinschaft lebt und vom gemeinsamen Haushalt profitiert, folgenden Betrag:

Die Leistung des GBL beläuft sich gesamthaft auf Fr. 2110.–. Dieser Betrag wird nun durch 4 geteilt (Haushaltsgrösse = 4 Personen) und ergibt die einer Person zustehende Monatspauschale von gerundet Fr. 528.–.

Somit hat eine in einem 4-Personen-Haushalt lebende Person unter dem Titel GBL Anspruch auf eine von der tatsächlichen Haushaltsgrösse abhängige Monatspauschale von Fr. 528.–.

B.2.4 Unterstützung von Personen in Zweckwohngemeinschaften

Für Personen in Zweck-Wohngemeinschaften wird der Grundbedarf für den Lebensunterhalt unabhängig von der gesamten Haushaltsgrösse festgelegt. Er bemisst sich nach der Anzahl Personen in der Unterstützungseinheit.

Steht fest, dass eine gesuchstellende Person in einer Wohngemeinschaft ohne gemeinsames Haushalten lebt, kommt folgende Berechnung zum Zuge:

Es wird der für eine Person (= Haushaltsgrösse: 1 Person) vorgegebene Betrag des GBL ermittelt. Dieser Betrag wird um 10% gekürzt.

Das ergibt beispielsweise für eine Person, welche in einer fünf Personen umfassenden Wohngemeinschaft lebt, ohne von den Vorteilen eines gemeinsamen Haushaltes zu profitieren, folgenden Betrag:

Die Leistung für den GBL beläuft sich auf Fr. 986.–. Dieser Betrag wird um 10% gekürzt und beläuft sich neu auf Fr. 887.40. Die in einer Wohngemeinschaft lebende und nicht vom gemeinsamen Haushalt profitierende Person erhält unter dem Titel GBL und unabhängig von der Zahl der in der Wohngemeinschaft lebenden Personen Fr. 887.40.

B.2.5 Personen in stationären Einrichtungen

Bedürftigen Personen in stationären Einrichtungen (Heimen, Kliniken etc.), in therapeutischen Wohngemeinschaften oder in Pensionen ist an Stelle des Grundbedarfs für den Lebensunterhalt eine Pauschale zur Deckung der nicht im Pensionsarrangement enthaltenen Ausgabenpositionen zu gewähren. Die SKOS empfiehlt eine Pauschale von Fr. 255.– bis Fr. 510.– pro Monat. Die Höhe der Pauschale ist nach der körperlichen und geistigen Mobilität abzustufen.

Zur Berechnung der Pauschale im Einzelfall können folgende Richtwerte gelten:

Bekleidung und Schuhe	Fr. 70.– bis Fr. 105.–
Körper-/Gesundheitspflege (inkl. Coiffeur)	Fr. 60.– bis Fr. 90.–
Öffentlicher Verkehr	Fr. 10.– bis Fr. 60.–
Post und Telefon	Fr. 50.– bis Fr. 90.–
Taschengeld	Fr. 65.– bis Fr. 165.–

⇒ Vergleiche SKOS-Richtlinien

Kostentragung für Insassen in Untersuchungshaft sowie im Straf- und Massnahmenvollzug

Die Frage der Kostenübernahme eines Taschengeldes wird vom Konkordat der Kantone der Nordwest- und Innerschweiz über den Vollzug von Strafen und Massnahmen vom 5. Mai 2006 (SRSZ 250.210.1) sowie der Kostgeldliste nicht beantwortet.

Bei Personen im Straf- und Massnahmenvollzug wird davon ausgegangen, dass diese die Pauschale bzw. das Taschengeld selber erwirtschaften können (Pekulium). Bei nachgewiesener Bedürftigkeit (keine Eigenbeteiligung aus Arbeitsentgelt möglich) ist die Finanzierung von ungedeckten Ausgabenpositionen über die Sozialhilfe möglich. Es wird empfohlen, allfällige Unterstützungsleistungen der Sozialhilfe vorgängig mit der Leitung der Vollzugseinrichtung abzusprechen. Damit kann verhindert werden, dass sie dem Zweck des Strafvollzugs zuwiderlaufen.

Es wird hinsichtlich Übernahme eines Taschengeldes zwischen Untersuchungshaft, Straf- und Massnahmenvollzug unterschieden, wobei nachstehende Pauschalen gelten:

Untersuchungshaft	Fr. 200.–
Strafvollzug	Fr. 255.–
Massnahmenvollzug	Fr. 390.–

B.3 Wohnkosten

Wohnkosten ohne Nebenkosten

Mietzinsrichtlinien

Um eine rechtsgleiche Behandlung von Sozialhilfebezüglern sicherzustellen, wird empfohlen, dass die Fürsorgebehörden Richtlinien erlassen, aus welchen hervorgeht, bis zu welcher Höhe die Mietzinse zu Lasten der wirtschaftlichen Sozialhilfe übernommen werden. Es wird weiter empfohlen, solche Richtlinien auf regionaler Ebene aufeinander abzustimmen.

Auch wenn es selbstverständlich ist, dass die Fürsorgebehörden erlassene Richtlinien für die Anrechnung von Mietzinsen bei der Festlegung der wirtschaftlichen Sozialhilfe anwenden, so muss die Anwendung solcher Richtlinien trotzdem differenziert erfolgen und Rücksicht genommen werden:

- auf ausserordentliche Familien- oder Haushaltsstrukturen (zu denken ist hier an das Alter der

Kinder, Möglichkeit und Notwendigkeit der getrennten Unterbringung von Knaben und Mädchen, Männern und Frauen, Zusammenwohnen von Angehörigen verschiedener Familien usw.)

- im Weiteren muss berücksichtigt werden, dass günstige Altbauwohnungen meist nur über Holz-, Elektro- oder Ölheizungen verfügen und zusätzliche Heizkosten ergeben. Hier ist auf ein vernünftiges Verhältnis von Miete und Nebenkosten zu achten.

Des Weiteren sei darauf hingewiesen, dass interne Richtlinien zur Höhe der Mietzinse nur soweit anwendbar sind, als solche Wohnungen auf dem Markt angeboten werden. Sind solche Wohnungen gar nicht vorhanden, kann die Fürsorgebehörde nicht auf den Richtlinien beharren. In diesem Falle sind die Richtpreise dem Wohnungsmarkt anzupassen. Es wird empfohlen, die Homepage der Schwyzer Kantonalbank, Rubrik Immobilienmarkt (www.newhome.ch) zu konsultieren und dort abzuklären, ob Wohnungen in den Preissegmenten gemäss den internen Richtlinien vorhanden sind.

Sofern ein Mietzins als zu hoch betrachtet wird, kann die Reduzierung der Wohnkosten nur im Verhältnis zur verfügbaren und zumutbaren Wohnung stehen und nicht zu den festgelegten Richtlinien, zu welchen es keine Wohnungen gibt (RRB Nr. 1521 vom 22. November 2005).

Mietzinsberechnung bei Wohneigentum

Bei Wohneigentum ist der Hypothekarzins anzurechnen, soweit dieser im ortsüblichen Rahmen liegt. Ebenfalls anzurechnen sind die vertraglich vereinbarten Nebenkosten bzw. bei erhaltenswertem Wohneigentum die offiziellen Gebühren sowie die absolut nötigen Reparaturkosten (vgl. Ziff. B.3 SKOS-Richtlinien). Amortisationszahlungen sind im Unterstützungsbudget nicht zu berücksichtigen (diese Zahlungen dienen dem Schuldenabbau). Der unterstützten Person sollte empfohlen werden, dass sie mit der Bank das Gespräch sucht, damit die Amortisationszahlungen eventuell um ein bis zwei Jahre ausgesetzt werden können (RRB Nr. 428 vom 5. April 2005).

Vorgehen bei Neu- und Wiederaufnahmen von wirtschaftlicher Sozialhilfe

Bei Neuaufnahmen resp. erstmaliger Beanspruchung von wirtschaftlicher Sozialhilfe werden Mieten, welche die genehmigten Richtlinien überschreiten, vorerst in die Bedarfsberechnung und zu Lasten der wirtschaftlichen Sozialhilfe übernommen. Der unterstützten Person kann unter Hinweis auf die Mietzins-Richtlinien die Auflage gemacht werden, eine günstigere Wohnung zu suchen und die entsprechenden Suchbemühungen nachzuweisen (§ 9 Abs. 1 und Abs. 2 Bst. d ShV).

Bei der Suche nach einer günstigeren Wohnung hat die Fürsorgebehörde Mithilfe zu leisten. Dies ergibt sich auch aus den §§ 1 Abs. 2 Bst. b, 11 Abs. 2 Bst. b und 27 ShG, wonach die Sozialhilfe auch die persönliche Hilfe umfasst. Überhöhte Wohnkosten sind so lange zu übernehmen, bis eine zumutbare günstigere Wohnung zur Verfügung steht. Bevor der Umzug in eine günstigere Wohnung verlangt wird, ist die Situation im Einzelfall genau zu prüfen (B.3-2 SKOS-Richtlinien).

Weigert sich eine unterstützte Person, eine günstigere Wohnung zu suchen oder in eine effektiv verfügbare und zumutbare günstigere Wohnung umzuziehen, kann die Fürsorgebehörde die anrechenbaren Wohnkosten auf jenen Betrag reduzieren, der durch die günstigere Wohnung entstanden wäre (RRB Nr. 687 vom 31. Mai 2005).

Bezüglich der Frage, ob es zumutbar ist, dass eine zu teure Wohnung gekündigt werden muss, bevor ein anderer Mietvertrag abgeschlossen werden kann, gilt Folgendes: Da der unterstützten Person eine angemessene Umzugsfrist zu gewähren ist, muss die Kündigungsfrist beachtet werden. Soweit die zu teure Mietwohnung mit einer üblichen Frist auf Ende eines jeden Monats gekündigt werden kann, scheint es nicht gerechtfertigt, von dieser Person die Kündigung der Wohnung zu verlangen, bevor ein neuer Mietvertrag zu Stande gekommen ist. Wenn eine längere Kündigungsfrist als drei Monate einzuhalten ist und nur auf Ende bestimmter Monate eine Kündigung erfolgen kann, darf eine Kündigung durchaus verlangt werden, bevor ein neuer Mietvertrag abgeschlossen ist. Beim Entscheid ist der Wohnungsmarkt zu berücksichtigen. Allenfalls ist für eine Notunterkunft zu sorgen, falls bis zum Auszug keine Wohnung gefunden werden kann.

Unterstützung bei der Wohnungssuche durch die Fürsorgebehörde bzw. Sozialdienste

Wer in einer persönlichen Notlage ist, deren Behebung weder durch eigene Bemühungen noch durch den Beizug Dritter möglich ist, hat Anspruch auf persönliche Sozialhilfe (§ 16 ShV). Diese wird insbesondere auch durch Unterstützung und Mithilfe bei der Suche nach Wohnraum geleistet (§ 16 Abs. 1 Bst. g ShV). Der Umfang der betreuenden Hilfe lässt sich nicht generell festlegen. Einen Rahmen bieten die grundsätzlichen Zweckbestimmungen des kantonalen Sozialhilfrechts. Danach soll die Sozialhilfe der Hilfebedürftigkeit vorbeugen, deren Folgen nach Möglichkeit beseitigen oder mildern und die Selbsthilfe der Hilfebedürftigen fördern (§§ 2 und 3 ShG). Konkret kann dazu die Information über Wohnraum wie auch die Unterstützung bei der Suche oder Beschaffung von Wohnraum gehören. Die Hilfe muss im Einzelfall konkret bestimmt werden.

Gegenüber der Sozialhilfe besteht kein Recht auf eine Wohnung in einer bestimmten Gemeinde. Wer im Einzelfall aus zumutbaren Gründen angehalten wird auch in der Umgebung nach Wohnraum zu suchen, wird in seinem Recht auf Niederlassungsfreiheit nicht eingeschränkt. Tritt bei einem Wohnungsverlust eine Notlage ein, die sowohl einen Anspruch auf persönliche wie auf wirtschaftliche Hilfe auslöst, so ist diejenige Gemeinde zuständig, wo die Notlage auftritt. Eine Wohnmöglichkeit zu ortsüblichen Kosten gehört zum Umfang der wirtschaftlichen Hilfe gemäss §§ 15 ShG und 4 Abs. 2 ShV; SKOS-Richtlinien A.6.

Mögliches Vorgehen der Fürsorgebehörden oder des Sozialdienstes

- a) Der gesuchstellenden Person wird beim Aufnahmegespräch mündlich eröffnet, dass der Mietzins nicht den Richtlinien entspricht und dass im Normalfall der Mietzins in der vorliegenden Höhe nur bis zum nächsten Kündigungstermin zu Lasten der wirtschaftlichen Sozialhilfe übernommen werden kann.
- b) Der gesuchstellenden Person wird schriftlich eine Weisung mit Rechtsmittelbelehrung erteilt. Möglicher Inhalt einer solchen Weisung: Der Mietzins liegt über den Richtlinien. Die gesuchstellende Person soll sich mit dem Sozialdienst in Verbindung setzen, sofern sich die Wohnungssuche schwierig gestaltet und Mithilfe/Beratung (im Rahmen der persönlichen Sozialhilfe) benötigt wird. Die gesuchstellende Person soll die Wohnung per nächstmöglichen Termin kündigen. Per Kündigungstermin werde die Miete nur noch gemäss Richtlinien zu Lasten der wirtschaftlichen Sozialhilfe übernommen.
- c) Sofern die Fürsorgebehörde tatsächlich eine Kürzung bei der Anrechenbarkeit der Miete beschliesst, ist dies der unterstützten Person mit einer beschwerdefähigen Verfügung mit Rechtsmittelbelehrung zu eröffnen. Die Verfügung muss rechtzeitig zugestellt werden, damit der Sozialdienst eine Kürzung der Auszahlung zum nächstmöglichen Termin vornehmen kann.
- d) Besonderes: Selbst bei abschätzbar kurzfristigen Unterstützungen (Überbrückungshilfen) soll eine Weisung erlassen werden, wenn die Miete über den anrechenbaren Limiten liegt. Die Frist für die Kündigung der bisherigen Wohnung kann jedoch verlängert werden.

In begründeten Fällen ist eine Fristverlängerung für die Wohnungskündigung möglich (z.B. auf den übernächsten Kündigungstermin). Die Fristverlängerung ist den Betroffenen schriftlich mitzuteilen mit einem Hinweis auf die für Sozialhilfebezüger anwendbaren Kostenlimiten bei den Mietzinsen. Solche Ausnahmen können insbesondere vorgesehen werden:

- für Familien mit Kindern und ausländische Familien, welche auf dem Wohnungsmarkt schlechte Chancen haben. Bei sehr geringen Abweichungen von den Kostenlimiten ist darauf zu achten, dass eine behördliche Weisung nicht gegen das Prinzip der Verhältnismässigkeit verstösst.
- Wenn die unterstützte Person während der gesetzten Frist keine günstigere Wohngelegenheit findet und dies mittels Belegen nachweisen kann, dass sie sich erfolglos bemüht hat.
- Kann die Person aber keine entsprechenden Suchbemühungen vorweisen, so können die übernommenen Wohnkosten nach Ablauf der Frist angemessen gekürzt werden.

Vorgehen bei laufenden Unterstützungsfällen

Ein Wechsel in eine Wohnung, welche die Mietzinsrichtlinien überschreitet, ist (in der Regel) durch die Fürsorgebehörde nicht zu akzeptieren. Zügelkosten und neues Depot werden in solchen Fällen nicht übernommen.

- a) Der unterstützten Person ist mündlich mitzuteilen, dass der neue Mietzins nicht den Richtlinien entspricht und dass darum nur der für eine bestimmte Wohnungsgrösse geltende Maximalbetrag gemäss Richtlinien zu Lasten der wirtschaftlichen Sozialhilfe übernommen wird.
- b) Wenn die sozialhilfebeziehende Person damit nicht einverstanden ist, ist ihr dies mit einer beschwerdefähigen Verfügung mit Rechtsmittelbelehrung bekannt zu geben.

Überschneidung von Mietzinszahlungen bei Wohnungswechsel

Zieht eine gesuchstellende oder unterstützte Person/Familie in eine gleich teure oder in eine billigere Wohnung und muss sie gleichzeitig für den Mietzins der bisherigen und der neuen Wohnung aufkommen, dann werden diese (doppelten) Mietkosten nur für die Dauer eines Monats zu Lasten der wirtschaftlichen Sozialhilfe übernommen.

Ist die Person/Familie auf Grund der bestehenden vertraglichen Regelungen verpflichtet, noch für zwei oder drei Monate ihren finanziellen Mieterverpflichtungen nachzukommen, dann werden diese Kosten ebenfalls zu Lasten der wirtschaftlichen Sozialhilfe übernommen, bewirken aber – stets unter Beachtung der Verhältnismässigkeit der Massnahme – eine Kürzung des für den Lebensunterhalt geltenden Betrags. In diesem Fall ist diese Regelung in einer schriftlichen und unterzeichneten Vereinbarung festzuhalten. Ist die gesuchstellende Person/Familie mit dieser Regelung nicht einverstanden, kommen Weisungen oder Verfügungen zum Zuge.

Antritt und Beendigung von Mietverhältnissen – Wegzug aus der Gemeinde

Bei einem Wegzug aus der Gemeinde sollte das bisherige Sozialhilfeorgan abklären, ob der künftige Mietzins in der neuen Gemeinde akzeptiert wird. In der Regel werden beim Wegzug nebst der Miete die weiteren Unterstützungsleistungen für den ersten Monat vom bisherigen Sozialhilfeorgan ausgerichtet. Dies kann namentlich auch allfällige erforderliche Einrichtungsgegenstände umfassen.

⇒ Vergleiche SKOS-Richtlinien B.3 Wohnkosten, C.1.5 weitere situationsbedingte Leistungen

Mietzinsausstände bei neuen Fällen

Hat eine Person, welche neu wirtschaftliche Sozialhilfe beantragt, Mietzinsausstände, so können zwecks Wohnraumerhaltung maximal drei ausstehende Monatsmieten zu Lasten der wirtschaftlichen Sozialhilfe übernommen werden, sofern der Mietzins den Mietzinsrichtlinien entspricht und das Mietverhältnis gesichert werden muss. Eventuell kann auf dem Verhandlungsweg mit dem Vermieter eine kostengünstigere Variante erreicht werden.

Den Betrag für die ausstehenden und über die wirtschaftliche Sozialhilfe vorschussweise übernommenen Mieten hat der Bezüger zurückzubezahlen, indem beim GBL entsprechende Kürzungen vorgenommen werden. Hierüber ist jedoch eine Vereinbarung mit dem Bezüger zu treffen.

Liegt der geschuldete Mietzins über den Ansätzen der Richtlinien, wird der Ausstand nur gemäss den Höchstansätzen der Mietzinsrichtlinien zu Lasten der wirtschaftlichen Sozialhilfe übernommen. Es ist auf eine entsprechende Vereinbarung hinzuwirken oder eine Weisung oder Verfügung zu erlassen.

Schäden aus Mietverhältnissen

Schäden aus Mietverhältnissen von unterstützten Personen werden nicht finanziert, es sei denn, die Fürsorgebehörde habe ein Mietzinsdepot geleistet. Geht jedoch aufgrund von Schäden das ganze von der Fürsorgebehörde finanzierte Mietzinsdepot verlustig, so wird dieser Betrag mit der laufenden wirtschaftlichen Sozialhilfe verrechnet, indem die Fürsorgebehörde eine Kürzung der wirtschaftlichen Sozialhilfe verfügt (beispielsweise wird der Betrag des GBL um 15% gekürzt).

Kleinreparaturen

Reparaturen, welche gemäss Mietvertrag dem Mieter zur Last fallen, können zu Lasten der wirtschaftlichen Sozialhilfe finanziert werden (ein allfälliger Selbstbehalt ist bis zu Fr. 100.– durch die unterstützte Person zu übernehmen); die maximale Beteiligung der Fürsorgebehörde liegt bei Fr. 100.–. Die Kosten aus Kleinreparaturen sind nur kooperativen sozialhilfebezienden Personen zu vergüten, und es ist darauf zu achten, dass Reparaturen ab Fr. 200.– grundsätzlich durch den Vermieter zu bezahlen sind.

Mietzinse ab Eintritt in stationäre Einrichtungen und Strafmassnahmenvollzug

Erfolgte der Eintritt kurzfristig und war er nicht planbar, werden zu Lasten der wirtschaftlichen Sozialhilfe die Kosten für maximal 3 Monatsmieten übernommen. Tritt eine Person voraussichtlich auf unbestimmte Dauer in eine stationäre Einrichtung ein, dann können zu Lasten der wirtschaftlichen Sozialhilfe max. 3 Monatsmieten sowie die Kosten für die Räumung der bisherigen Wohnung übernommen werden. Ebenso können Lagerkosten in begründeten Fällen übernommen werden. Besteht ein Interesse der Gemeinde, das Mietverhältnis zu sichern (z.B. wegen der günstigen Miete, anderen Familienmitgliedern), können auch mehr als drei Monatsmieten übernommen werden.

Mietzinse bei Trennungs- oder Scheidungsbegehren oder Konvenium

Benötigen unterstützte Personen aufgrund von tatsächlicher oder bevorstehender Trennung oder Scheidung oder im Anschluss an ein Konvenium eine neue Wohnung, können diese Kosten zu Lasten der wirtschaftlichen Sozialhilfe übernommen werden. Dabei ist zu beachten, dass eine Person nach Trennung oder Scheidung unter Umständen darauf angewiesen ist, eine grössere und deswegen möglicherweise teurere Wohnung zu nutzen, wenn ein Kind mindestens einmal pro Woche bei ihr übernachtet.

Mietzinse für Alleinerziehende und Einzelnernteil mit Besuchsrechtsregelung

Für Alleinerziehende, die aufgrund der Trennung oder Einkommensreduktion oder Ähnlichem neu auf wirtschaftliche Sozialhilfe angewiesen sind und nur wegen der Anzahl Personen im Haushalt gezwungen wären, die Wohnung zu wechseln, kann eine Wohnung für eine Person mehr als die Anzahl Familienmitglieder zugestanden werden.

Für den Einzelnernteil, welcher die Kinder nur an den Wochenenden oder in den Ferien auf Besuch hat, wird ein Mietzins für einen Zwei-Personen-Haushalt berechnet. Ein Kind soll nicht im gleichen Zimmer mit Vater oder Mutter schlafen müssen.

Nebenkosten (Heizung/Warmwasser usw.)

Sofern die Nebenkosten im Mietvertrag nicht als Pauschale festgehalten wurden, sind diese Kosten zusätzlich zu Lasten der wirtschaftlichen Sozialhilfe zu übernehmen. Die Heiz-/Nebenkostenabrechnungen müssen vorgelegt werden. Die Heizkosten und die Kosten für Warmwasseraufbereitung werden von der Stromrechnung in Abzug gebracht und als Nebenkosten separat angerechnet. Selbst vorgenommene Anpassungen von Elektroinstallationen werden nicht finanziert. Schlosserssetzung kann in ausserordentlichen Fällen (z.B. infolge akuter oder massiver Bedrohung) finanziert werden. Die Kosten für Türschilder sind aus dem GBL zu bezahlen.

Mietzinskaution

Beim Bezug einer preiswerten Wohnung sollte die Hinterlegung einer Mietzinskaution durch die Fürsorgebehörden vermieden werden (vgl. SKOS-Richtlinien B.3). Ist dies nicht möglich, zählt die Mietzinskaution als Unterstützungsleistung im Rahmen der Wohnungskosten. Sie wird in der Regel auf den Namen des Mieters ausgestellt. Bei Eröffnung des Kautionskontos ist sicherzustellen, dass die (Rest)Kaution bei Auflösung des Mietverhältnisses beziehungsweise nach Vorliegen der Schlussabrechnung den Fürsorgebehörden rückerstattet wird.

Für die Behandlung des Gesuchs um Übernahme einer Mietzinskaution ist jene Gemeinde zuständig, in welcher die unterstützte Person zur Zeit der Fälligkeit wohnt. Da Mietkautionen in der Regel vor dem

Wohnungsbezug einbezahlt sein müssen, begleicht in der Regel die bisherige Gemeinde bei einem Wohnortswechsel die Rechnung. Bei einem Wegzug aus der Gemeinde hat die bisherige Fürsorgebehörde abzuklären, ob der künftige Mietzins in der neuen Gemeinde akzeptiert wird. Nur unter dieser Voraussetzung ist die Kautions zu übernehmen. Als Alternative zur klassischen Mietzinskaution bei einer Bank ist auch eine Garantieerklärung (Art. 111 OR) oder die jährliche Prämienzahlung an eine Garantiesellschaft (www.swisscaution.ch) zu prüfen.

Gebühren für Kabelfernsehen

Sofern die Gebühren für Kabelfernsehen in den Mietkosten oder in den Mietnebenkosten enthalten sind, sind die Mietkosten oder die Mietnebenkosten um diesen Betrag zu reduzieren.

Notunterkunft (Frauenhaus)

(siehe Anhang)

B.4 Junge Erwachsene

Es gelten folgende zwei Grundsätze:

- Junge Erwachsene ohne abgeschlossene Erstausbildung wohnen bei ihren Eltern.
- Wer unabhängig von diesen wohnen darf, muss dies in erster Linie in günstigen Wohnangelegenheiten tun.

Ein ganz eigenständiger Haushalt wird nur in Ausnahmefällen erlaubt und finanziell unterstützt. Daraus ergeben sich drei Gruppen an jungen Erwachsenen, für die jeweils spezifische Hinweise gemacht wurden:

- Junge Erwachsene, die im Kreis ihrer Familie in einer Wohn- und Lebensgemeinschaft leben.
- Junge Erwachsene, die in Zweck-Wohngemeinschaften leben dürfen.
- Junge Erwachsene, die einen eigenen Haushalt führen dürfen.

Bei jungen Erwachsenen, die in ihrem Familienhaushalt leben, gelangen die üblichen Regeln zur Unterstützung von Wohn- und Lebensgemeinschaften zur Anwendung. Diese Wohnform ist erwünscht und erfährt keine Einschränkungen. Demgegenüber gibt es Einschränkungen für junge Erwachsene, die nicht in diesem erwarteten Rahmen leben, sondern eine Ausnahmelösung brauchen. Die Einschränkungen gelten wie folgt:

- Junge Erwachsene, die in Zweck-Wohngemeinschaften leben, erhalten einen GBL gemäss den Ansätzen eines Zwei-Personen-Haushaltes.
- Junge Erwachsene, denen aus guten Gründen das Führen eines eigenen Haushalts zugestanden wird, erhalten einen um 20% reduzierten GBL, sofern sie sich nicht auf eine der aufgeführten Ausnahmen berufen können.

⇒ Vergleiche SKOS-Richtlinien

B.5 Medizinische Grundversorgung

Krankenkassenprämien

Prämien für die obligatorische Grundversicherung gelten nicht als Sozialhilfeleistungen (Art. 3 Abs. 2 Bst. b ZUG). Wer Anspruch auf Sozialhilfe hat, hat in der Regel Anspruch auf volle Prämienverbilligung. Die Höhe der Prämienverbilligung wird kantonale festgelegt. Damit wird kantonale vorgegeben, was auf Grund der Prämienlandschaft als angemessene Prämie zu gelten hat. Wenn die Krankenkassenprämie einer sozialhilfebeziehenden Person über dem kantonalen Richtwert liegt, kann sie aufgefordert werden, die Versicherung zu wechseln oder ein anderes Versicherungsmodell zu wählen, um ihre Prä-

mien zu senken. Andernfalls hat sie die Differenz zur Prämienverbilligung selber aus dem Grundbedarf zu bezahlen. Liegt ihre Versicherungsprämie aber bereits innerhalb des Richtwertes, so ist eine solche Aufforderung nicht gerechtfertigt, es sei denn, die Person erklärt sich z.B. mit dem Wechsel in ein anderes Modell einverstanden.

Prämien für eine Zusatzversicherung können zu Lasten der wirtschaftlichen Sozialhilfe übernommen werden, sofern sich im Einzelfall die Bezahlung der Zusatzprämien finanziell lohnt (es gilt hier im Einzelfall, eine Kosten-/Nutzenberechnung anzustellen).

Franchise und Kostenbeteiligung Krankenkasse

Die für Erwachsene geltende ordentliche Jahresfranchise von Fr. 300.– und Kostenbeteiligung von 10% werden im Rahmen der wirtschaftlichen Sozialhilfe übernommen. Wurde ein Vertrag für eine höhere freiwählbare Franchise abgeschlossen, kann diese bis zum nächstmöglichen Kündigungstermin übernommen werden. Hierauf kann nur noch die ordentliche Jahresfranchise übernommen werden. Die Differenz zu der gewählten Franchise wäre durch die unterstützte Person zu bezahlen.

Generika

Für Medikamente müssen Patientinnen und Patienten seit 1. Januar 2006 auf Originalpräparate einen Selbstbehalt von 20% bezahlen. Daher sind unterstützte Personen zu verpflichten, jeweils die billigeren Generikas zu verlangen, auf die in der Regel lediglich 10% Selbstbehalt zu entrichten ist.

Spitalbeiträge

Sofern für die Zeit des Spitalaufenthalts der Grundbedarf nach Kapitel B.2.2 ausbezahlt wurde, ist der Spitalbeitrag grundsätzlich von der versicherten Person selber zu bezahlen. Er wird nicht zusätzlich von der Sozialhilfe übernommen, da sonst die Verpflegungskosten doppelt abgegolten würden. Wenn jedoch statt des Grundbedarfs für den Lebensunterhalt nach Kapitel B.2.2 eine Pauschale für Personen in stationären Einrichtungen nach Kapitel B.2.5 ausbezahlt wurde, was bei längeren Spitalaufenthalten regelmässig der Fall sein dürfte, ist der Spitalbeitrag von der Sozialhilfe zu übernehmen.

Die in Rechnung gestellten Spitalkosten sind ab einer Haushaltsgrösse von zwei Personen zusätzlich zu vergüten, auch wenn der Grundbedarf nach Kapitel B.2.2 ausbezahlt wurde. Wenn bei einer Unterstützungseinheit mit mehreren Personen der Beitrag an die Spitalkosten mit dem Grundbedarf verrechnet wird, wird indirekt die Grundsicherung Dritter geschmälert.

C – Situationsbedingte Leistungen und Integrationszulagen

C.1 Situationsbedingte Leistungen (SIL): Grundsätze

Situationsbedingte Leistungen berücksichtigen die besondere gesundheitliche, wirtschaftliche, persönliche und familiäre Lage von unterstützten Personen. Bei der Beurteilung, ob die Kosten übernommen werden, spielt das Ermessen der Behörde eine wichtige Rolle. Das Gewähren oder Nichtgewähren der Leistungen ist fachlich zu begründen. Es ist zu vermeiden, dass SIL in einem Umfang gewährt werden, welcher gegenüber der Situation von Haushalten in bescheidenen Verhältnissen, die nicht unterstützt werden, unangemessen erscheint.

Die SIL sind im individuellen Unterstützungsbudget zu berücksichtigen. Es ist zu beachten, dass gewisse Leistungen bereits im Grundbedarf enthalten sind, wie z.B. Auslagen für den öffentlichen Nahverkehr, Halbtaxabo.

⇒ Vergleiche SKOS-Richtlinien

Grundversorgende SIL

Es gibt Kosten, die nicht in jedem unterstützten Haushalt bzw. nur in bestimmten Situationen anfallen. Tritt diese Situation ein, sind die Kosten zu übernehmen, weil sonst die Grundversorgung des Haushalts nicht mehr gewährleistet ist. Die Fürsorgebehörde hat in diesen Situationen teilweise keinen bzw. einen engen Ermessensspielraum. Meist geht es in diesem Zusammenhang um krankheits- und behinderungsbedingte Auslagen, Kosten für die Betreuung von Kindern und Jugendlichen oder Erwerbsunkosten.

Fördernde SIL

Hierbei handelt es sich um Kosten, deren Übernahme angezeigt ist, weil die unterstützte Person dem, aus Sicht der Sozialhilfe, angestrebten Ziel näher gebracht wird. Fördernde SIL können die Grundlage bilden, die unterstützte Person zu befähigen, ihre Lage zu stabilisieren und/oder zu verbessern. Die Fürsorgebehörde hat in diesen Fällen in der Regel ein grosses Ermessen.

Einmalige Leistungen

Um eine drohende Notlage abzuwenden, kann es angezeigt sein, situationsbedingte Leistungen einmalig zu gewähren.

Pauschale und Höchstgrenzen

In der Sozialhilfe werden grundsätzlich die effektiven anerkannten Kosten übernommen. Die zuständigen Organe können im Sinne einer Vollzugsweisung aber Vorgaben machen, dass bestimmte SIL pauschalisiert oder nur zu einem bestimmten Maximum übernommen werden. In begründeten Ausnahmefällen geht das Individualisierungsprinzip trotz Pauschalisierung oder einer Höchstgrenze vor.

⇒ Vergleiche SKOS-Richtlinien

C.1.1 Erwerb und Integration

Nicht als Erwerbsunkosten gelten die Auslagen für die Fremdbetreuung von Kindern Erwerbstätiger (diese werden in Kapitel C.1.3 Familie gesondert betrachtet bzw. angerechnet).

Erwerbsunkosten und Auslagen für nicht lohnmässig honorierte Leistungen

Bei voll- oder teilzeitiger Erwerbstätigkeit, sowie von der Sozialhilfe erwünschten, lohnmässig aber nicht honorierten Tätigkeiten können Unkosten (z.B. Fahrkosten, Nahrungsmittel, speziell erforderliche Arbeitsbekleidung) anfallen. Die Fürsorgebehörde hat festzulegen, bis zu welchem Betrag die in Frage stehende Ausgabeposition durch den Grundbedarf für den Lebensunterhalt abgedeckt ist. Übersteigen die im konkreten Fall notwendigerweise anfallenden Auslagen diesen Betrag, ist die Differenz als situationsbedingte Leistung ins Unterstützungsbudget aufzunehmen. Für die Mehrkosten auswärts eingenommener Hauptmahlzeiten gilt dabei allgemein ein Ansatz von Fr. 8.– bis Fr. 10.– pro Mahlzeit.

Müssen gewisse Mahlzeiten im Betrieb eingenommen werden und werden diese vom Bruttolohn abgezogen, so wird bei den Einnahmen der Nettolohn im Unterstützungsbudget einberechnet, bei den Ausgaben jedoch kein zusätzlicher Aufwand für auswärtige Verpflegung angerechnet. Bei Beschäftigungs- und Arbeitsintegrationsprogrammen für ausgesteuerte Arbeitslose sind ebenfalls die Mehrkosten für die auswärtige Verpflegung zu berücksichtigen. Bei Beschäftigungs- und Arbeitsintegrationsprogrammen für Bezüger von Arbeitslosenversicherungsleistungen werden durch die Arbeitslosenversicherung Mehrkosten für die auswärtige Verpflegung ausgerichtet. In jenen Fällen, wo eine Abtretung der Arbeitslosenversicherungsleistungen gegenüber dem Sozialdienst besteht, sind diese Mehrkosten durch den Sozialdienst auszurichten. Die Unkosten/Auslagen dürfen nicht mit Integrationszulagen oder Einkommens-Freibeträgen verrechnet werden.

Fahrtspesen (öffentliche Verkehrsmittel)

Spesen für Fahrten in der näheren Umgebung sind im GBL inbegriffen. Arbeitet eine Klientin, ein Klient ausserhalb der zum Nahverkehr zählenden Zone, kann zusätzlich die kostengünstigste Variante (z.B. zusätzliche Passepartout-Zonen) bewilligt werden.

Fahrzeugkosten

In der Regel werden die privaten Fahrzeugkosten zu Lasten der wirtschaftlichen Sozialhilfe nicht übernommen, es sei denn, die Notwendigkeit für die Benützung eines privaten Fahrzeugs ist stichhaltig nachgewiesen. Im Falle eines Autos müsste z.B. die Mobility-Lösung geprüft werden.

Beispiele:

- Schichtarbeit verunmöglicht meist die Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel
- für erwerbstätige Alleinerziehende würde ein unverhältnismässiger Zeitaufwand notwendig für den Arbeitsweg, das Platzieren der Kinder bei Tageseltern, in Krippen etc.

Anrechenbare Autokosten

70 Rappen pro km - maximal Fr. 300.– pro Monat. In dieser Entschädigung sind sämtliche Autokosten inbegriffen (Benzin, Versicherungen, Steuern, Amortisation, Service, Reparaturen, Parkplatz usw.).

Anrechenbare Motorrad- und Mofakosten

- | | |
|---|-------------|
| ▪ Motorräder bis 125 cm ³ | Fr./km 0.30 |
| ▪ Motorräder mit mehr als 125 cm ³ | Fr./km 0.35 |
| ▪ Mofas | Fr./km 0.25 |

In dieser Entschädigung sind sämtliche Motorrad- und Mofakosten inbegriffen (Benzin, Versicherungen, Steuern, Amortisation, Service, Reparaturen usw.).

⇒ Weitere Informationen zu „Motorfahrzeug und Sozialhilfe“ sind im Anhang 18.

Zur exakten Berechnung der Autokosten hat die Arbeitsgemeinschaft Schweizerischer Budgetberatungsstellen (ASB) das Blatt «Betriebskostenberechnung für Personenwagen» ausgearbeitet, (bestellbar auf www.asb-budget.ch).

Service-“Stock“ für Personal im Gastgewerbe

An den sogenannten „Service-Stock“ werden keine Beiträge zu Lasten der wirtschaftlichen Sozialhilfe geleistet. Diesen Service-Stock hat die gesuchstellende oder unterstützte Person mit den Erwerbs-Freibeträgen und oder mit dem Trinkgeld aufzubauen.

Stellensuche

Spezielle Auslagen für die Stellensuche können zu Lasten der wirtschaftlichen Sozialhilfe übernommen werden. Die Kosten sind jedoch auszuweisen und auf ihre Verhältnismässigkeit zu prüfen. In der Regel sollte der Betrag von Fr. 100.– für einen Monat nicht überschritten werden, es sei denn, die Mehrkosten seien gut begründet. Es werden keine Monatspauschalen ausgerichtet. Massgebend ist der

tatsächliche Aufwand. Kosten für eine Stellensuche mit dem Auto werden nicht zu Lasten der wirtschaftlichen Sozialhilfe übernommen, wohl aber die Auslagen für die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel.

C.1.2 Bildung

Zur Beurteilung, wann Aus- und Weiterbildungskosten übernommen werden, ist die SKOS Praxishilfe H.6 beizuziehen.

Wurden Stipendien bewilligt, ist der Klientin / dem Klienten jener Betrag zu überlassen, welcher bei der Stipendienberechnung für Schulmaterial einberechnet wurde (mehr zum Umgang mit Stipendien nachstehend unter D.3). Auch Elternbeiträge sollen angerechnet werden. Seitens der Fürsorgebehörden werden in der Regel keine weiteren Kosten zu Lasten der wirtschaftlichen Sozialhilfe übernommen.

Kosten für Schulmaterial, Nachhilfeunterricht und Musikunterricht

Die Grundkosten, die durch die Erfüllung der gesetzlichen Schulpflicht entstehen, sind durch den GBL bereits abgedeckt. Es können sich jedoch situationsbedingte Aufwendungen ergeben, die einer positiven Entwicklung des Kindes zuträglich sind. Nachhilfeunterricht wird übernommen, sollten in der Gemeinde durch die Schule keine speziellen Angebote zur Verfügung stehen. In diesem Zusammenhang kann zusätzlich kostenpflichtiger Nachhilfeunterricht übernommen werden. Nach einem Semester muss die Notwendigkeit neu überprüft werden.

Kosten für Aufgabenhilfe

Fr. 150.– pro Semester können von der Sozialhilfe übernommen werden. Bei fremdplatzierten Kindern und Jugendlichen können Kostenbeiträge für Schulmaterial und Nachhilfeunterricht in der Höhe des entsprechenden Gesuchs gesprochen werden.

Musikunterricht für Kinder

Der Gemeindesozialdienst resp. die Klienten stellen sicher, dass im Interesse des Kindes die Unterrichtskosten von der Musikschule erlassen werden. Die Kosten für die Musikschule sind zu Lasten der wirtschaftlichen Sozialhilfe zu übernehmen. Es kann jedoch nur der Unterricht für ein einziges Instrument finanziert werden.

Miete von Musikinstrumenten

Für die Miete von Musikinstrumenten hat die Familie eine zumutbare Eigenleistung im Rahmen von 30% der Kosten zu erbringen.

Kauf von Musikinstrumenten

Kosten für den Kauf von Instrumenten können nicht zu Lasten der wirtschaftlichen Sozialhilfe übernommen werden. Klienten sollen sich an private Institutionen wenden.

Obligatorische Schulkosten (Schullager, Projektwochen)

Kosten für obligatorische Schullager/Projektwochen können zu Lasten der wirtschaftlichen Sozialhilfe übernommen werden.

Deutschkurs für Fremdsprachige

Zur Förderung der Integration können bei Ausländern mit schlechten oder keinen Deutschkenntnissen die Kosten für Deutschkurse für Fremdsprachige zu Lasten der wirtschaftlichen Sozialhilfe übernommen werden.

C.1.3 Familie

Beruflicher (Wieder-)Einstieg nach einer Geburt

Der berufliche (Wieder-)Einstieg nach einer Geburt ist unter Berücksichtigung der individuellen Ressourcen und Rahmenbedingungen so früh wie möglich zu planen. Gemeinsam mit der unterstützten Person ist die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familienpflichten abzuwägen. Dabei ist immer das Kindeswohl im Blick zu halten. Spätestens wenn das Kind das erste Lebensjahr vollendet hat, wird eine Erwerbstätigkeit oder die Teilnahme an einer Integrationsmassnahme erwartet.

⇒ Vergleiche SKOS-Richtlinien Kapitel A.5.2, Beitrag zur beruflichen und sozialen Integration

Förderung und soziale Integration

Eine ambulante Unterstützung der Familie zur sozialen Integration bzw. Sprachförderung wie z.B. der Besuch einer Spielgruppe oder die Finanzierung spezieller Fördermassnahmen können sinnvoll sein. In diesem Zusammenhang ist auch die Finanzierung von Freizeitaktivitäten zu sehen.

Kostenübernahme von Spielgruppe / Frühe Förderung

Für die aus der Teilnahme in Spielgruppen, im Kleinkindergarten oder im Vorjahr zur Sprachförderung resultierenden Kosten werden pro Monat rund Fr. 90.– zu Lasten der wirtschaftlichen Sozialhilfe übernommen. Gleiches gilt auch für Kinder, welche bei Pflegeeltern wohnen.

Familienergänzende Kinderbetreuung

Der Kanton Schwyz hat keine Tarifrichtlinien für die familienergänzende Kinderbetreuung. Daher besteht in der Praxis eine grosse Bandbreite bei der Qualität und Dienstleistungsart sowie bei den Preisen. Zudem werden die Angebote unterschiedlich subventioniert. Genaue Preise für ein bestimmtes Angebot können daher in diesen Richtlinien nicht festgehalten werden.

Die sich aus einer Betreuung in einem Kinder- oder Schülerhort ergebenden Betreuungskosten (beinhalten die Kosten für Betreuung/Frühstück/Mittagessen/Zvieri) können zu Lasten der wirtschaftlichen Sozialhilfe übernommen werden, wenn folgende Kriterien erfüllt sind:

- es geht um Kinder von erwerbstätigen Eltern und erwerbstätigen Alleinerziehenden;
- es geht um Kinder, für die aus anderen Gründen eine Betreuung im Hort angezeigt ist;
- es geht um Kinder, deren Eltern oder deren sorgeberechtigter Elternteil bei der Arbeitslosen-kasse angemeldet sind (Erhalt der Vermittlungsfähigkeit);
- es geht um Kinder, deren Eltern zwecks beruflicher Integration an (durch Sozialdienste vermittelten) Integrationsprogrammen teilnehmen und vermittlungsfähig sein müssen.

Durch den Aufenthalt in einem Kinder- oder Schülerhort resultiert für die Kinder oder Schüler ein wichtiger Beitrag zur sozialen Integration.

Freizeitbeschäftigung und nicht obligatorische Schullager für Kinder

Für Freizeitbeschäftigungen und nicht obligatorische Schullager von Kindern, welche nicht fremdplatziert sind, können pro Kind und Jahr und nach tatsächlichem Aufwand jedoch maximal Fr. 300.– zu Lasten der wirtschaftlichen Sozialhilfe übernommen werden.

Familienbegleitung

Im Zusammenhang mit Sozialpädagogischer Familienbegleitung (Pro Juventute oder spf-schwyz, Wolle-
rau) sowie ambulanter Familienunterstützung und kompetenzorientierter Familienarbeit (AFU und KOFA) ist eine Kostengutsprache auf 6 Monate zu befristen. Eine Verlängerung um jeweils 6 Monate, maximal aber auf 24 Monate ist aufgrund von entsprechenden Zwischenberichten möglich. In begründeten Einzelfällen kann die Begleitung entsprechend verlängert werden, insbesondere dann, wenn durch die Beendigung der Massnahme deren Erfolg in Frage gestellt wäre.

Kosten für das Besuchsrecht

Reisekosten und zusätzliche Auslagen wie Mehrkosten für die Verpflegung und Miete im Zusammenhang mit der Ausübung des Besuchsrechts sind zu vergüten.

- Kosten im Normalfall: Die Kosten, die bei der Ausübung des Besuchsrechts anfallen, hat nach herrschender Lehre und Praxis (BGE 7B.145.2005 Urteil vom 11. Oktober 2005, Praxisbeispiel SKOS - "Erhält der Vater mehr Geld, wenn die Kinder auf Besuch kommen?") grundsätzlich derjenige Elternteil zu tragen, welcher das Besuchsrecht ausübt. Fehlen diesem die dazu notwendigen Mittel, können die Kosten ganz oder teilweise dem obhutsberechtigten Elternteil auferlegt werden. Sind beide Elternteile nicht in der Lage, die Auslagen zu übernehmen, sind sie als situationsbedingten Leistungen zugunsten des besuchsberechtigten Elternteils zu übernehmen. Im Streitfall hat über die Kostentragung das Zivilgericht zu entscheiden.
- Kostentragung bei besonderen Anordnungen (begleitetes Besuchsrecht): Kosten der Ausübung des persönlichen Verkehrs können den üblichen Umfang überschreiten, wenn besondere Anordnungen betreffend die Ausübung des Besuchsrechts getroffen wurden, wie z.B. die Anordnung eines begleiteten Besuchsrechts. Sofern die Kosten für die Nutzung eines solchen begleiteten Besuchsrechts nicht in Form von öffentlichen Subventionen getragen werden, ist im Einzelfall zu entscheiden, welcher Elternteil für diese Mehrkosten aufzukommen hat. Dabei ist zu prüfen, welcher Elternteil die Anordnung zu vertreten hat. Wurde z.B. ein begleitetes Besuchsrecht angeordnet, weil auf Seiten des besuchsberechtigten Elternteils das Kindeswohl gefährdende Verhaltensweisen oder Verdachtsmomente vorhanden sind (z.B. Entführungsgefahr, Misshandlung, sexuelle Übergriffe), hat dieser die Mehrkosten alleine zu tragen. Erfolgte die Anordnung eines begleiteten Besuchsrechts aber z.B., weil die Eltern derart zerstritten sind, dass die konfliktfreie Ausübung des Besuchsrechts ohne fremde Hilfe nicht möglich ist, rechtfertigt sich eine Beteiligung des obhutsberechtigten Elternteils an den Mehrkosten. Bei der Aufteilung der Kosten ist grundsätzlich von der jeweiligen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der beiden Elternteile auszugehen (vgl. ZVW 2001 S. 199 f.). Im Streitfall hat auch hier das Zivilgericht zu entscheiden.

Im Falle der Bedürftigkeit sind solche Mehrauslagen als situationsbedingte Leistungen zu übernehmen. Es ist nicht zulässig, die Kostenübernahme mit der Begründung zu verweigern, der unterstützte Elternteil habe die Mehrkosten durch sein Verhalten selbst verschuldet.

C.1.4 Gesundheit

Hierbei handelt es sich um Leistungen und Kosten, welche über die medizinische Grundversorgung gemäss KVG hinausgehen, jedoch im konkreten Einzelfall sinnvoll, nutzbringend und ausgewiesen sind.

Prämien für Zusatzversicherungen

Prämien für eine Zusatzversicherung können übernommen werden, sofern im Einzelfall eine solche Zusatzversicherung angezeigt ist.

SPITEX

Krankenpflege, welche durch die SPITEX erbracht wird, wird durch die Krankenkassen finanziert. Damit die Kosten für die Hauspflege (hauswirtschaftliche Leistungen) übernommen werden, benötigt die unterstützte Person eine Zusatzversicherung. Besteht eine solche, können die Selbstbehalte im Rahmen des Bundesgesetzes über den Versicherungsvertrag (VVG) übernommen werden. Besteht keine Zusatzversicherung, sind die Hauspflegekosten zu übernehmen, wenn die Hauspflege ärztlich verordnet und vorgängig Kostengutsprache erteilt wurde. Freiwillige Leistungen der Krankenkasse müssen angerechnet werden.

Alternativmedizin oder andere Leistungen

Es werden keine Selbstbehalte aus Leistungsabrechnungen nach Bundesgesetz über den Versicherungsvertrag (VVG), z.B. Akupunktur und andere Alternativmedizin, zu Lasten der wirtschaftlichen Sozialhilfe übernommen.

Psychotherapie

Beteiligungen an den Kosten für Psychotherapien, welche von der Krankenkasse gemäss Krankenversicherungsgesetz (KVG) nicht anerkannt sind, erfolgen nur nach vorheriger Kostengutsprache.

Nichtkassenpflichtige Medikamente

Im Rahmen der Krankenkassen-Selbstbehalte werden nichtkassenpflichtige Medikamente nicht bezahlt. Behandelnde Ärzte werden darüber durch die Krankenkassen oder Pharma-Firmen in Kenntnis gesetzt. Liegt ein ärztliches Zeugnis vor, welches bestätigt, dass nur dieses «nichtkassenpflichtige Medikament» wirksam sei, können die Medikamentenkosten zu Lasten der wirtschaftlichen Sozialhilfe übernommen werden. Lifestylepillen wie Xenical, Viagra usw. werden nicht finanziert.

Medizinisch indizierte Transporte

Ungedeckte Transportkosten können subsidiär zur Krankenkasse/zu anderen Versicherern als Krankheitskosten zu Lasten der wirtschaftlichen Sozialhilfe übernommen werden, wenn die Transporte in der Schweiz erfolgen und im Zusammenhang mit einem Notfall (Krankenwagen, Rettungsfahrzeug) entstanden sind oder auf einen von ärztlicher Seite notwendigen Transport mit Krankenwagen zurückzuführen sind. Transportkosten, die mit einer medizinischen Behandlung in Zusammenhang stehen, können allenfalls im Rahmen der behinderungsbedingten Mehrkosten zu Lasten der wirtschaftlichen Sozialhilfe übernommen werden.

Medizinisch indizierte Hilfsmittel

Was unter dem Begriff Hilfsmittel zu verstehen ist, ergibt sich aus der Verordnung des EDI über die Abgabe von Hilfsmitteln durch die Invalidenversicherung (SR 831.232.51) sowie aus dem Merkblatt Hilfsmittel, welches von der Informationsstelle AHV/IV herausgegeben wird (<https://www.ahv-iv.ch/p/4.03.d>). Mit entsprechendem ärztlichem Zeugnis, kann die Übernahme der Kosten von Hilfsmitteln bei der IV-Stelle Schwyz beantragt werden. Alle Personen, die medizinische Hilfsmittel benötigen, sind berechtigt, eine Übernahme durch die IV zu beantragen. Werden die Kosten durch die IV übernommen, hat der Patient einen Selbstbehalt pro Hilfsmittel zu tragen. Dieser Selbstbehalt ist zu Lasten der wirtschaftlichen Sozialhilfe zu übernehmen. Pro Jahr werden maximal 2 Paar orthopädische Spezialschuhe finanziert (Tragdauer beträgt 1 Jahr).

Lehnt die IV eine Kostengutsprache ab, muss eine Kostenübernahme durch die Krankenkasse abgeklärt werden. Wenn keine Beteiligung durch IV oder KK besteht, ist in der Regel mindestens ½ des Betrages von der unterstützten Person selbst zu übernehmen bzw. müssen Fonds und Stiftungen angefragt werden. Allenfalls muss ein Verzicht geprüft werden.

Diätkosten

Weil gemäss einem Urteil des eidg. Versicherungsgerichtes vom 6. April 2006 (P47/05) eine Diabetesdiät nicht zwingend mit höheren Kosten verbunden ist, kann für Diätkosten grundsätzlich kein bedarfsabhängiger Zuschlag zu Lasten der wirtschaftlichen Sozialhilfe übernommen werden. Tatsächliche Mehrkosten gegenüber einer ausgewogenen Ernährung entstehen nur noch in vereinzelt Ausnahmefällen (z.B. Zöliakie = Glutenunverträglichkeit). In solchen Ausnahmefällen können die Mehrkosten, nach Vorliegen eines ärztlichen Zeugnisses, zu Lasten der wirtschaftlichen Sozialhilfe übernommen werden.

Augenkontrolle

Kosten von Augenkontrollen und Sehtests, die bei Optikern durchgeführt werden, können so oft sie Anspruch auf neue Brillengläser/Kontaktlinsen haben, zu Lasten der wirtschaftlichen Sozialhilfe übernommen werden.

Brillen, Kontaktlinsen und -mittel

Für ein Brillengestell werden maximal Fr. 200.– alle 5 Jahre zu Lasten der wirtschaftlichen Sozialhilfe übernommen. Übernahme der Kosten für Brillengläser oder Kontaktlinsen maximal alle 5 Jahre.

Aus Kostengründen werden keine Monatslinsen übernommen. Bei ärztlicher Indikation sind die Kosten zu Lasten der wirtschaftlichen Sozialhilfe zu übernehmen. Kontaktlinsenmittel sind Bestandteil des Grundbedarfs.

Spezialregeln: Für Kinder und Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr werden die Kosten für Brillengläser jährlich übernommen, nach Vorliegen eines ärztlichen Zeugnisses (Fr. 180.– gemäss KVG). Bei Kinderbrillen kann gegen Vorlage der entsprechenden Quittung die Hälfte der Reparaturkosten übernommen werden.

Zahnärztliche Behandlung (ausser Schulzahnklinik)

Kostengutsprachen für Zahnbehandlungen werden durch den Sozialdienst nur aufgrund eines Kostenvoranschlags erteilt. Kostenvoranschläge über Fr. 1000.– sind zur Prüfung an den Vertrauenszahnarzt weiterzuleiten (vgl. Merkblatt der Vereinigung der Kantonszahnärzte und Kantonszahnärztinnen der Schweiz [VKZS]: Zahnärztliche Behandlung zulasten Sozialhilfe).

Notfallbehandlungen bis Fr. 500.– (schmerzstillende Behandlungen) werden zu Lasten der wirtschaftlichen Sozialhilfe übernommen. Der Zahnärztin oder dem Zahnarzt kann telefonisch (mit Aktennotiz) oder per E-Mail Kostengutsprache erteilt werden.

Der Zahnarzt ist darauf hinzuweisen, dass er die Fürsorgebehörde benachrichtigt, wenn der Patient nicht zu den Sitzungen erscheint oder keine adäquate Mundhygiene betreibt. Die Behandlung müsste dann allenfalls abgebrochen werden. Die Kosten, welche durch versäumte oder nicht rechtzeitig abgesagte Sitzungen entstehen, müssen durch die unterstützte Person übernommen werden.

Verliert eine unterstützte Person während einer gutgesprochenen Behandlung das Anrecht auf den Bezug von Sozialhilfe, so ist dies dem behandelnden Zahnarzt mitzuteilen. Die Fürsorgebehörde bzw. der Sozialdienst kann eine Zwischenabrechnung verlangen.

Auslagen für Dentalhygiene und Untersuchung werden zu Lasten der wirtschaftlichen Sozialhilfe übernommen und zwar normalerweise einmal pro Jahr; bei spezieller zahnärztlicher Indikation und mit zahnärztlichem Zeugnis zwei Reinigungen pro Jahr.

Gemäss SKOS ist nicht vorgesehen, dass sich Klientinnen und Klienten an den Kosten für Zahnbehandlungen beteiligen. Es besteht auch keine Richtlinie betreffend Maximalbetrag. Sofern sich Vertrauenszahnärztin oder -arzt bzw. Kantonszahnärztin oder -arzt mit der Behandlung einverstanden erklärt, sind die Kosten voll zu Lasten der wirtschaftlichen Sozialhilfe zu übernehmen. In diesen Fällen ist in der Kostengutsprache zu erwähnen, dass bei Unklarheiten die Vertrauenszahnärztin oder der Vertrauenszahnarzt bzw. die Kantonszahnärztin oder der Kantonszahnarzt zuständig sind.

Zahnbehandlungskosten im Ausland werden nicht über die wirtschaftliche Sozialhilfe finanziert.

Kieferorthopädische Behandlung

Zuerst ist unbedingt abzuklären, ob die Invalidenversicherung oder die Krankenkasse zahlungspflichtig oder zahlungswillig ist. Ist dies nicht der Fall, kann die zuständige Fürsorgebehörde das Kostengutsprachege such prüfen.

Dem Kostengutsprachege such muss ein Kostenvoranschlag, ein Behandlungsplan der behandelnden Zahnärztin oder des behandelnden Zahnarztes beiliegen.

Eine vorgeschlagene kieferorthopädische Behandlung wird vom Vertrauenszahnarzt gemäss VKZS-Empfehlung F beurteilt. Im Rahmen der Sozialzahnmedizin sind bewilligungsfähig:

- Grad 4 „Behandlung zwingend“
Strukturschädigende / potentiell strukturschädigende Abläufe und Zustände
- Grad 3 „Behandlung notwendig“
Fehlerhafte Entwicklungen, die im weiteren Verlauf in eine schwerwiegende Abweichung weisen oder Zustände, die langfristig die Stabilität und Funktion des stomatognathen Systems gefährden.

Im Rahmen der Sozialzahnmedizin nicht bewilligungsfähig sind die Behandlungsindikationen „wünschenswert“, „erwägenswert“ sowie rein kosmetische Indikationen.

Liegen alle verlangten Unterlagen vor, so reicht die Fürsorgebehörde sie einer Vertrauenszahnärztin oder einem Vertrauenszahnarzt zur Prüfung ein. Sofern diese oder dieser bestätigt, dass die vorgeschlagene kieferorthopädische Behandlung der Schwereliste entspricht, sind die Kosten voll zu Lasten der wirtschaftlichen Sozialhilfe zu übernehmen.

⇒ Siehe <http://www.kantonszahnärzte.ch/deutsch/behandlungsempfehlungen/index.html>

Fitness-Abonnement

Ausnahmsweise können aufgrund medizinischer Indikation und bei Vorliegen eines ärztlichen Zeugnisses die Kosten für ein Fitness-Abonnement (Fitness-Center) finanziert werden. Dabei ist das kostengünstigste Angebot die Regel. Bei dieser Leistung handelt es sich um eine situationsbedingte Leistung. Leistungen der Krankenkasse sind geltend zu machen und die unterstützten Personen haben in der Regel eine Eigenleistung von Fr. 100.– zu übernehmen. Die Kostenübernahme wird vorerst nur für ein halbes Jahr bewilligt, auch wenn mit einem Jahresabonnement ein grosser Rabatt verbunden wäre.

Heroinprogramm

Seit 1. Juli 2002 wird das Heroinprogramm teilweise durch die Krankenkassen gemäss KVG bezahlt. Die Kosten für den Selbstbehalt werden zu Lasten der wirtschaftlichen Sozialhilfe übernommen.

Entzugseinrichtungen für Suchtkranke

Der stationäre Entzug wird in spezialisierten Einrichtungen, einer psychiatrischen Klinik oder einem Spital durchgeführt. In der Regel können in den Vertragskliniken (Triaplan AG in Oberwil SG und Clenia Privatklinik Littenheid TG) Entzüge durchgeführt werden. Die Kostendeckung erfolgt durch die Krankenkasse. Die Fürsorgebehörde hat hierfür keine Kostengutsprache zu leisten. Für allfällige Nebenauslagen stellt jeweils die Klinik selbst ein Gesuch an die Fürsorgebehörde.

Ambulante und stationäre therapeutische Einrichtungen

Für Suchtpatientinnen und Suchtpatienten (Drogen, Alkohol, Essstörungen) gibt es keine geeigneten Einrichtungen im Kanton Schwyz. Für alle ausserkantonale Hospitalisationen nach Artikel 41 Abs. 3 KVG ist beim Amt für Gesundheit und Soziales eine Kostengutsprache (KOGU) einzuholen (Formular abrufbar unter: http://www.sz.ch/documents/kostengutsprache_formular.pdf).

Um den einweisenden Ärzten/Behörden eine Übersicht über die Suchtkliniken zu geben, wurde eine Liste der nach Artikel 39 Abs. 1 oder 101 Abs. 2 KVG zur Krankenversicherung zugelassenen Spitäler im Bereich der Suchtbehandlung (Alkohol- und Drogenrehabilitation) erstellt. Diese kann im Bedarfsfall beim Amt für Gesundheit und Soziales, Abteilung Gesundheitsversorgung, Postfach, 6431 Schwyz, Tel. Nr. 041 819 1663 angefordert werden.

Die Einweisung in eine spezielle Suchtklinik erfolgt in der Regel über die Ambulante Psychiatrie und Psychotherapie (APP) Schwyz oder nach einem Entzug in einem Spital durch die behandelnden Ärzte. Es ist auch eine Einweisung über den Hausarzt möglich. Es sind die konkreten Umstände jedes Einzelfalls und die dazu passenden Therapieangebote zu berücksichtigen.

Grundsätzlich ist bei sämtlichen Therapien (ambulant und stationär) die finanzielle Beteiligung der Krankenkasse abzuklären. Die Kosten für stationäre Therapieaufenthalte sind von der Sozialhilfe zu übernehmen, sofern sie nicht vom Betroffenen oder seiner Familie bezahlt werden können. Für die Erteilung einer Kostengutsprache ist die Fürsorgebehörde zuständig.

Für eine allfällige Methadonabgabe können keine zusätzlichen Ausgaben angerechnet werden.

Kliniken für spezielle Therapien/Behandlungen im Bereich Alkohol/Sucht

Alkohol- oder Suchtpatienten aus dem Kanton Schwyz werden grundsätzlich in die Triaplan AG oder die Clenia Privatklinik Littenheid eingewiesen. In gewissen Fällen ist jedoch eine Behandlung in diesen Kliniken nicht möglich bzw. eine spezielle Therapie/Behandlung in einer nicht vom Kanton Schwyz ge-

listeten Institution medizinisch indiziert. Bei Behandlungen in folgenden Kliniken kann eine Kostengutsprache gemäss Art. 41 Abs. 3 KVG erteilt respektive die Behandlung zum Spitaltarif akzeptiert werden:

- Klinik für Suchttherapie, Neuenhof
- Spital Wattwil, Alkoholstation
- Therapiezentrum Meggen
- Drogenstation Frankental, Zürich
- Forel-Klinik, Ellikon an der Thur
- Klinik Hasel, Gontenschwil
- Rehabilitation Kinderspital Zürich
- Jugendpsychiatrie Kriens
- Spital Affoltern: Mu-Ki-Abteilung

Leistungsabgeltung und Kostenbeteiligung gemäss IVSE

Die IVSE (interkantonale Vereinbarung für soziale Einrichtungen) ist eine Vereinbarung, welche die Leistungsabgeltung und Kostenübernahme für den Aufenthalt von Personen mit speziellen Betreuungs- und Förderungsbedürfnissen in geeigneten Einrichtungen ausserhalb ihres Wohnkantons regelt. Zwar klärt die IVSE die Zuständigkeit für die Leistungsabgeltung und Kostenübernahme zwischen den Kantonen, hingegen richtet sich die Kostentragung innerhalb des zuständigen Kantons nach kantonalem Recht.

Die IVSE bezieht sich auf Einrichtungen der folgenden Bereiche (Art. 2 IVSE):

Bereich A	Stationäre Einrichtungen im Kinder- und Jugendbereich
Bereich B	Einrichtungen für Erwachsene mit Behinderung
Bereich C	Stationäre Therapie- und Rehabilitationsangebote im Suchtbereich
Bereich D	Sonderschulen

Die IVSE-Datenbank ist unter www.ivse.ch zu finden. Die Leistungsabgeltung sowie die Kostenbeteiligung der betroffenen Personen variieren je nach Bereich. Ebenso kommen je nach Bereich verschiedene Zahlungspflichtige in Frage. Liegt eine Kostenübernahmegarantie (KÜG) wegen zeitlicher Dringlichkeit nicht vor, trägt die Einrichtung das Kostenrisiko.

Bereich A: Im Kanton Schwyz liegt die innerkantonale Kostentragung für Einrichtungen für Kinder und Jugendliche bei den Gemeinden (§ 1 Abs. 1 Bst. a, § 2 Abs. 1 Bst. c, § 10 und 20 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über soziale Einrichtungen, SEG, SRSZ 380.300). Die Leistungsabgeltung setzt sich im Bereich A (Kinder- und Jugendheime ohne die externen Sonderschulen und Institutionen der Suchttherapie und -rehabilitation) aus einem Subventionsteil und dem Beitrag der Unterhaltspflichtigen (BU) zusammen. Der BU, und nur dieser, kann im Fall von Zahlungsunfähigkeit von der Sozialhilfe übernommen werden (Art. 22 Abs. 2 IVSE sowie Kommentar zur IVSE). Im Kanton Schwyz ist der Subventionsteil im Bereich A durch das Gemeinwesen am zivilrechtlichen Wohnsitz der betroffenen Person zu tragen.

Im Rahmen des interkantonalen Austausches ist die Festlegung eines Elternbeitrages innerhalb einer bestimmten Bandbreite unerlässlich, weil gemäss Art. 22 Abs. 2 der IVSE nicht geleistete BU der Sozialhilfe belastet werden können. Gemäss IVSE entspricht die Höhe der Beiträge der Unterhaltspflichtigen den mittleren Tagesaufwendungen für Kost und Logis für eine Person in einfachen Verhältnissen und liegt zwischen Fr. 25.– und Fr. 30.–. Wenn keine Unterhaltsleistungen erhältlich sind bzw. keine ausreichende Leistungsfähigkeit der Unterhaltspflichtigen feststeht, haben die Fürsorgebehörden die Kosten des Unterhalts zu Lasten der wirtschaftlichen Sozialhilfe zu übernehmen (s. auch SKOS-Richtlinien F.3.3 elterliche Unterhaltspflicht und RRB Nr. 1255 vom 17. Dezember 2013).

Bereich B: Die Situation der Erwachsenen ist grundsätzlich anders als bei den Einrichtungen des Be-

reiches A. Die volljährige Person tritt nach vorgängig erfolgter KÜG in die Einrichtung ein und verfügt in der Regel über ein Ersatzeinkommen (Rente der Invalidenversicherung [IV], Ergänzungsleistungen [EL], Hilflosenentschädigung [HE]). Die Berechnung der Kostenbeteiligung erfolgt nach den im Wohnkanton geltenden Regeln (Art. 28 IVSE).

Wichtiger Bestandteil der Finanzierung in den Einrichtungen stellen demzufolge die Beiträge der Sozialversicherungen dar. Im Bereich Wohnen leisten die betreuten Personen eine Tagestaxe (Selbstzahlerbeitrag) gemäss EL zur AHV und IV, diese entspricht im Kanton Schwyz Fr. 111.– (Ausgleichskasse/IV-Stelle Schwyz, 2018). Neben den Leistungen der IV können die betreuten Personen EL sowie je nach Beeinträchtigung der Gesundheit HE geltend machen. Sofern die betroffenen Personen nicht in der Lage sind, den Selbstzahlerbeitrag zu finanzieren, können sie einen Antrag um wirtschaftliche Sozialhilfe bei der Wohngemeinde stellen. Es handelt sich somit um wirtschaftliche Sozialhilfe und um keine Beiträge mit Subventionscharakter.

Bereich C: Sofern eine stationäre Therapie in einer Einrichtung vorgesehen ist, welche auf der IVSE-Liste im Bereich C (stationäre Angebote im Suchtbereich) erfasst ist, muss vor dem Eintritt in die Einrichtung eine KÜG durch die Wohngemeinde geleistet werden. Es ist zu beachten, dass ein effizientes KÜG-Verfahren massgeblich davon abhängig ist, wie die Entscheidungskompetenz für Aufenthalte in Suchteinrichtungen im zuständigen Wohnkanton geregelt ist. Im Kanton Schwyz trifft die Wohngemeinde den Entscheid, ob sich eine Person in einer Suchteinrichtung aufhalten kann. In solchen Fällen muss die betroffene Person bzw. die gesetzliche Vertretung parallel zum KÜG-Gesuch der Einrichtung ein Gesuch um Sozialhilfe beim Unterstützungswohnsitz einreichen. Der Entscheid über das Sozialhilfegesuch ist in der Regel die Bedingung, dass die IVSE-Verbindungsstelle die KÜG erteilen bzw. über die Nichterteilung informieren kann.

Bereich D: Die Zuständigkeit liegt bei Einrichtungen der externen Sonderschulung beim Amt für Volksschulen und Sport. Die Volksschulverordnung (VSV, SRSZ 611.211) regelt die Beteiligung des Kantons, des Schulträgers, der Wohnsitzgemeinde und der Erziehungsberechtigten an den Kosten der Sonderschulung, sofern die Zuweisung primär aufgrund schulischen und pädagogischen Gründe erfolgte. Mit Beschluss Nr. 562/2014 vom 27. Mai 2014 hat der Regierungsrat des Kantons Schwyz die Beiträge der Erziehungsberechtigten für die Sonderschulung neu festgelegt: Der Beitrag der Erziehungsberechtigten beträgt bei interner Schulung Fr. 3510.– pro Jahr, bei teilinterner Sonderschulung Fr. 2180.– pro Jahr und bei externer Sonderschulung Fr. 1300.– pro Jahr (vgl. § 15 VSV). Falls die Erziehungsberechtigten nicht in der Lage sind, den Betrag zu bezahlen, können sie sich an die Fürsorgebehörde ihrer Wohngemeinde wenden.

Behördliche Kindesschutzmassnahmen

Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) prüft bei der Anordnung von Massnahmen deren Notwendigkeit und Verhältnismässigkeit - auch hinsichtlich der Angemessenheit der Kostenfolgen. Platzierungen von Kindern und Jugendlichen sind für die Gemeinden regelmässig mit hohen Kosten verbunden.

Die Finanzierung der von der KESB angeordneten Kindesschutzmassnahmen erfolgt subsidiär durch die zuständige Wohnsitzgemeinde. Allfällige Kostengutsprachen sind in jedem Fall zeitnah durch die betreffende Gemeinde zu erteilen. Dabei ist die Gemeinde an den Entscheid der KESB gebunden (vgl. BGE 135 V 134). Die Gemeinde prüft ihre sozialhilferechtliche Zuständigkeit und die Finanzierung.

Elterliche Unterhaltspflicht

Bei unmündigen Kindern gehören die Kosten für Kindesschutzmassnahmen gemäss Art. 276 Abs. 2 ZGB zum Unterhalt, für den die Eltern aufzukommen haben. Trägt die Sozialhilfe die Kosten für den Unterhalt von fremdplatzierten oder von mündigen, noch in Erstausbildung stehenden Kindern (Art. 277 Abs. 2 ZGB), so hat die zuständige Fürsorgebehörde gestützt auf Art. 289 Abs. 2 ZGB bei den Eltern für die Dauer der Fremdplatzierung oder Erstausbildung Beiträge einzufordern. Die Höhe des Unterhaltsbetrages soll der Leistungsfähigkeit der Eltern Rechnung tragen (Art. 285 ZGB). Kinderzula-

gen und andere für den Unterhalt des Kindes bestimmte Leistungen (Alimente, Waisenrenten usw.) sind an das unterstützende Gemeinwesen zu überweisen.

Unterhaltsbeiträge können nicht mit Beschluss der Fürsorgebehörde eingefordert werden. Wenn kein Urteil oder kein Unterhaltsvertrag vorliegt, hat im Streitfall das unterstützungspflichtige Gemeinwesen (Art. 25 ZUG) eine Zivilklage zu erheben, die sich auf Unterhaltsleistungen für die Zukunft und für ein Jahr vor Klageerhebung erstrecken kann (Art. 279 ZGB).

⇒ Vgl. dazu SKOS-Richtlinien H.3 und Merkblatt Anhang 12 dieses Handbuchs

Strafrechtliche Massnahmen

Der Kanton, in dem der Jugendliche bei Eröffnung des Verfahrens seinen Wohnsitz hatte, trägt die Kosten des Vollzugs von Massnahmen (SR 311.1, Jugendstrafgesetz, Art. 43 ff JStG). Die Eltern tragen im Rahmen ihrer Unterhaltspflicht die Kosten der Schutzmassnahmen mit (siehe Art. 276 ff ZGB). Im Kanton Schwyz gibt es noch kein einheitliches Verfahren, wie sich die Eltern an den Kosten zu beteiligen haben.

C.1.5 Weitere situationsbedingte Leistungen

Sach- und Risikoversicherungen

- **Hausrat- und Haftpflichtversicherung:** Da Sozialhilfebezügerinnen und -bezüger in der Regel Mieterinnen und Mieter sind und ihnen auch die üblichen Missgeschicke passieren können, muss die Fürsorgebehörde ein grosses Interesse daran haben, dass versicherbare Risiken gedeckt sind. Es ist daher naheliegend, dass sie die Kosten für den Abschluss einer Hausrat- und Privathaftpflichtversicherung in die Bedarfsberechnung miteinbezieht. Die Prämien für die Hausrat- und Haftpflichtversicherungen gelten als situationsbedingte Leistungen gemäss SKOS-Richtlinien. Es muss der Nachweis erbracht werden, dass tatsächlich Versicherungen abgeschlossen worden sind. Vorliegend handelt es sich nicht um eine Pauschale analog zum Grundbedarf.

Vorgehen:

Die unterstützte Person hat folgende Unterlagen einzureichen/mitzubringen:

- Police der Privathaftpflichtversicherung und der Hausratsversicherung
- Rechnung für das laufende Jahr (massgebend ist das Rechnungsdatum)
- Kopie der Quittung des Einzahlungsscheines oder der Belastung.

Leistungen zu Lasten der wirtschaftlichen Sozialhilfe:

Haushaltgrösse	Versicherungs- summe	Hausrat* pro Jahr	Privathaftpflicht* pro Jahr	Total
Alleinstehende	Fr. 40 000 bis Fr. 50 000	Rechnungsbetrag maximal aber Fr. 150.–	Rechnungsbetrag maximal aber Fr. 110.–	Rechnungsbetrag maximal aber Fr. 260.–
2 Personen (gilt auch für Einelternfamilie)	Fr. 50 000 bis Fr. 60 000	Rechnungsbetrag maximal aber Fr. 200.–	Rechnungsbetrag maximal aber Fr. 150.–	Rechnungsbetrag maximal aber Fr. 350.–

*je Fr. 200.– Selbstbehalt

Für jede weitere im gleichen Haushalt lebende Person - insbesondere auch für Kinder - werden Franken 25.– pro Jahr nur für die Hausratversicherung hinzugerechnet. Die Prämie für die Privathaftpflichtversicherung bleibt in der Regel, unabhängig von der Familiengrösse, gleich.

- **Rechtsschutzversicherung:** Rechtsschutzversicherungen gehören nicht zur materiellen Grundversicherung. Ihre Kosten können folglich nicht zu Lasten der Sozialhilfe übernommen werden. Es soll jedoch den Klientinnen und Klienten nicht verboten werden, eine Rechtsschutzversicherung abzuschliessen bzw. aufrechtzuerhalten, sofern sie/er die Prämien durch Einsparungen bei

ändern für die wirtschaftliche Sozialhilfe relevanten Ausgabenpositionen bezahlen kann. Eine Fürsorgebehörde kann jedoch eine Ausnahme machen: Befindet sich eine Sozialhilfe beziehende Person aktuell in einem Rechtsstreit, dessen anfallende Kosten durch die Rechtsschutzversicherung gedeckt werden resp. werden die berechtigten finanziellen Interessen des Sozialhilfebezügers dank der Rechtsschutzversicherung einigermaßen aussichtsreich vertreten, dann kann es ohne weiteres angezeigt sein, die mit der Rechtsschutzversicherung verbundenen Kosten zu Lasten der wirtschaftlichen Sozialhilfe zu übernehmen.

Amtliche Gebühren

- Einwohnerkontrolle: Diese Kosten sind mit dem für den Grundbedarf bestimmten Betrag abgegolten. Den Bezügerinnen und Bezüger von wirtschaftlicher Sozialhilfe ist die Bedürftigkeit durch den Sozialdienst zu bestätigen und der Erlass der Gebühren ist zu befürworten.
- Ausweispapiere (Pass/Identitätskarte) und Aufenthaltsbewilligung: Die Auslagen für die Erneuerung von Ausweispapieren werden übernommen. Übernommen werden auch die Kosten für Aufenthaltsbewilligungen und die dafür notwendigen Papiere.
- Kosten im Zusammenhang mit der Eheschliessung: Das Recht auf Ehe und Familie ist ein Grundrecht (Art. 14 BV). Kosten im Zusammenhang mit der Eheschliessung gehören zu den situationsbedingten Leistungen. Diese Kosten müssten, soweit sie zwingend waren, und durch die Zivilstandsbehörde nicht erlassen werden können, allenfalls dem Bedarf zugerechnet werden (vgl. Vogel, in Häfeli (2008). Das schweizerische Sozialhilferecht, S. 171).

Wohnungseinrichtung / Mobiliaranschaffungen

Nur die Kosten für eine dringend notwendige Ausstattung mit Möbeln sind zu Lasten der wirtschaftlichen Sozialhilfe zu übernehmen. Nach Möglichkeit sind Occasionsmöbel zu kaufen (Brockenhaus, Heilsarmee, Caritas). Sind weder Gratisanschaffungen noch die Anschaffung von Occasionsmöbeln möglich, sind maximal und einmalig die Kosten gemäss folgender Liste zu Lasten der wirtschaftlichen Sozialhilfe zu übernehmen:

	Betrag max.
▪ Bettgestell	Fr. 150.–
▪ Matratze	Fr. 400.–
▪ Restlicher Bettinhalt (Duvet, Kissen, Anzug)	Fr. 200.–
▪ Schrank	Fr. 200.–
▪ Büchergestell	Fr. 160.–
▪ Tisch	Fr. 100.–
▪ Stuhl	Fr. 20.–
▪ Sofa	Fr. 150.–
▪ Vorhänge	Fr. 150.–
▪ diverse Kleinanschaffungen für neue Wohnung (Pfannen, Geschirr, Kleinmöbel, Lampen etc.)	Fr. 200.–
▪ Staubsauger	Fr. 180.–
▪ Bügeleisen	Fr. 40.–
▪ Teppich	Fr. 200.–

Bei Neuanschaffungen von Bett und Bettinhalt kann ein kurz begründetes Gesuch bei der Winterhilfe Schwyz (schwyz@winterhilfe.ch) zu Händen des Bettenfonds der Schweizerischen Winterhilfe eingereicht werden. Weitere Möbel oder Geräte (z.B. Gefriertruhe usw.) können nicht finanziert werden (bei Fonds und Stiftungen anfragen). Zügelt eine Person in eine andere Gemeinde, so ist die bisherige Wohnsitzgemeinde für die Finanzierung der sofort erforderlichen Einrichtungsgegenstände zuständig.

Zügel-,Transport- und Reinigungskosten

⇒ Siehe spezielle Richtlinie bei Eintritt in eine stationäre Einrichtung unter B.3 dieses Handbuchs.

Die Kosten für das Zügeln und den Transport können zu Lasten der wirtschaftlichen Sozialhilfe übernommen werden. Zügelt eine Person in eine andere Gemeinde, so ist die bisherige Wohnsitzgemeinde für die Finanzierung von Zügel-, Transport- und Reinigungskosten zuständig. Zügel- und Transportaufträge sind in erster Linie an die Caritas oder gemeinnützige Organisationen zu erteilen. Ein Kostenvoranschlag ist zwingend, wenn anstelle der genannten Institutionen ein privates Unternehmen den Auftrag ausführen muss. Die Bezügerinnen und Bezüger von wirtschaftlichen Sozialhilfe haben - sofern psychisch und physisch in der Lage - eine angemessene Hilfeleistung zu erbringen und die nötigen Vorbereitungen für den Transport (z.B. Einpacken usw.) vorzunehmen. Verhält sich eine Person unkooperativ, so werden die Mehrkosten bei der Unterstützung in Abzug gebracht. Abweichungen von +/- 15% sind zulässig. Zügelkosten bei einem Wechsel in eine Wohnung, deren Mietzins über den Mietzins-Richtlinien liegt, werden nicht zu Lasten der wirtschaftlichen Sozialhilfe übernommen.

Die Kosten für die Reinigung können nur in ganz speziellen Fällen finanziert werden, nämlich wenn die Person psychisch oder physisch nicht in der Lage ist, die Wohnung selber zu reinigen. Verhält sich eine Person unkooperativ, so werden diese Kosten bei der Unterstützung in Abzug gebracht, sofern die anfallende Rechnung durch den Sozialdienst bezahlt werden muss.

Einlagerung von Möbeln

Die Kosten für die Einlagerung von Möbeln sind nur in wirklich begründeten Einzelfällen zu Lasten der wirtschaftlichen Sozialhilfe zu übernehmen. Kostengutsprachen sind zu befristen auf sechs Monate; in gut begründeten Fällen ist eine Verlängerung auf maximal 12 Monate möglich.

⇒ Siehe spezielle Richtlinie bei Eintritt in eine stationäre Einrichtung unter B.3 dieses Handbuchs

Reisekosten ins Ausland

Rückreisekosten für ausländische Klientinnen und Klienten, welche einen Ausweisungsentscheid erhalten haben, können nicht übernommen werden. Allfällige Kosten bei einer freiwilligen Rückkehr können nur übernommen werden, sofern stichhaltig nachgewiesen werden kann, dass es sich um eine definitive Ausreise handelt.

⇒ Vergleiche SKOS-Richtlinien

Erholungsaufenthalte

Erholungsaufenthalte sollen langfristig unterstützten Personen, die entweder nach Kräften erwerbstätig sind, Betreuungsaufgaben wahrnehmen oder vergleichbare Eigenleistungen erbringen, ermöglicht werden. Für die Finanzierung können Fonds oder Stiftungen beigezogen werden (siehe Liste unten). Zu Lasten der wirtschaftlichen Sozialhilfe kann von Zeit zu Zeit ein Betrag von maximal Fr. 500.– pro Jahr und Fall geleistet werden. Den Klienten ist es selbst zu überlassen, in welcher Form sie den Betrag einsetzen. Gute Kooperation und die Sicherheit, dass der Betrag zweckmässig verwendet wird, ist hierfür eine Voraussetzung. Ist dies nicht gewährleistet, soll der Sozialdienst mit einer Direktzahlung die zweckmässige Verwendung des Betrages sicherstellen.

Adressen Fonds/Stiftungen

- REKA
- Pro Juventute
- Kovive
- Schweizerischer Katholischer Frauenbund
- Sozialdienste der Pfarreien

Die SKOS-Richtlinien machen zur Frage der Feriendauer keine Aussage. So können die Bestimmungen der Arbeitslosenversicherung bei der Beurteilung eine hilfreiche Grundlage sein. Auch Erwerbslose haben Anspruch auf Ferien. Gemäss Art. 27 Abs. 1 der Arbeitslosenversicherungsverordnung (AVIV, SR 837.02) steht ihnen jeweils nach 60 Tagen kontrollierter Arbeitslosigkeit eine Woche Ferien zu. Die tolerierte ferienbedingte Abwesenheit beträgt maximal vier Wochen pro Kalenderjahr, analog dem Feri-

anspruch gemäss Art. 329 des Obligationenrechts (OR, SR 220). Die ferienbedingte Abwesenheit soll aber die berufliche und soziale Integration von unterstützten Personen nicht behindern. So darf der Beginn der Ferien nicht direkt auf den Beginn der Integrationsmassnahme gelegt werden. Die unterstützten Personen würden somit ihre Pflicht zur Minderung der Unterstützungsbedürftigkeit verletzen (vgl. SKOS-Richtlinien, A.5.2).

Ein vorübergehender Auslandsaufenthalt (max. 4 Wochen im Jahr) verändert oder unterbricht den Unterstützungswohnsitz nicht und führt nicht automatisch zu einem Verlust des Anspruchs auf wirtschaftliche Sozialhilfe. Hält sich eine unterstützte Person vorübergehend im Ausland auf, hat sie also grundsätzlich Anspruch auf Fortführung der Unterstützung, sofern sie ihren Wohnsitz nicht aufgibt und sich nicht einer Erwerbstätigkeit oder einer Sozialhilfemassnahme entzieht (vgl. dazu Praxisbeispiel „Wie lange muss die Sozialhilfe bei einem Auslandsaufenthalt bezahlen?“ in ZESO 4/13, www.skos.ch).

Steuern und Quellensteuer

Mit Mitteln der wirtschaftlichen Sozialhilfe dürfen keine Steuern bezahlt werden. Der Sozialdienst stellt in der Regel keine Stundungs- oder Erlassgesuche an das Steueramt, soll aber der unterstützten Person eine Bestätigung über den Bezug von wirtschaftlicher Sozialhilfe abgeben. Diese sollten selbst ein Gesuch um Stundung oder Erlass einreichen unter Beilage der Bestätigung des Sozialdienstes. Beim Formulieren des Erlassgesuchs soll der Sozialdienst Hilfe leisten.

Bei der Berechnung des Sozialhilfebudgets wird der Betrag für die Quellensteuer zum Nettoeinkommen hinzugerechnet und dieser Gesamtbetrag als Einkommen im Budget erfasst. Würde im Sozialhilfebudget das Nettoeinkommen (ohne Betrag für die Quellensteuer) berücksichtigt, würde faktisch mit Sozialhilfegeldern Steuern bezahlt. Dies ist aber nicht im Sinne der Sozialhilfe (vgl. RRB Nr. 296 vom 16. März 2010).

Bestattungskosten

Bestattungskosten, inkl. Kosten für Sarg, Kreuz, Grabschmuck usw., sind von der Einwohnergemeinde zu übernehmen.

Anwaltskosten

Anwaltskosten werden nicht übernommen. Unter bestimmten Voraussetzungen kann ein Gesuch um unentgeltliche Rechtspflege eingereicht werden. Das im Einzelfall zuständige Gericht erteilt die notwendigen Auskünfte.

Dolmetscherkosten / Übersetzung von amtlichen Dokumenten

Dolmetscherkosten (auch Gehörlosenübersetzung) sind Verwaltungskosten und folglich keine Kosten, welche zu Lasten der wirtschaftlichen Sozialhilfe gehen. Müssen amtliche Dokumente (z.B. Gerichtsurteile) übersetzt werden, ist vom Tarif gemäss Dolmetschdienst Zentralschweiz der Caritas Luzern (www.dolmetschdienst.ch) auszugehen.

C.2 Integrationszulage (IZU) für Nicht-Erwerbstätige

Mit den Integrationszulagen werden Leistungen nicht erwerbstätiger Personen für ihre berufliche und soziale Integration anerkannt. Es werden nur Leistungen anerkannt, welche die Chancen auf eine erfolgreiche Integration erhöhen oder erhalten. Die IZU sind ein wesentliches Instrument zur Umsetzung einer ziel- und lösungsorientierten Sozialarbeit. Die korrekte Anwendung der IZU bedingt einen gut strukturierten Beratungsprozess. Die IZU müssen periodisch überprüft und durch die unterstützte Person belegt werden. Besonderes Augenmerk ist hier auf eine gute Zusammenarbeit mit anderen Institutionen und Fachstellen zu legen (RAV, Programmanbieter usw.).

Als Entscheidungshilfe kann folgender Raster verwendet werden:

Betrag	Leistungen	Beispiele	Bemerkungen
Fr. 100.–	Massnahmen zur beruflichen Qualifikation	<ul style="list-style-type: none"> - Brückenangebote - SOS-Programme - Praktikum - Anlehre - Berufslehre - Gymnasium - Studium im Rahmen der Erstausbildung (bis Bachelor-Abschluss) 	Bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen (unter 25 Jahren) werden die IZU in der Regel um 50 Prozent gekürzt. Die IZU für Personen bis 25 Jahre, welche eine Vollzeitausbildung absolvieren beträgt in der Regel 50 Prozent des Maximums (d.h. Fr. 100.–).
Fr. 200. –			Ist die betreffende Person über 25 Jahre alt, beträgt die maximale IZU Fr. 200.–.
Fr. 200.–	Teilnahme an arbeitsintegrativen Massnahmen	<ul style="list-style-type: none"> - Arbeitsintegrationsplätze - Einsatz- und Beschäftigungsprogramme 	Unabhängig vom Pensum, wenn damit die Leistungsfähigkeit ausgeschöpft wird.
Fr. 200.–	Selbständige Erwerbstätigkeit	Ziel: mittelfristige Ablösung von der Sozialhilfe	Das monatliche Einkommen muss mindestens Fr. 1000.– betragen.
		Ziel: soziale Integration	Wenn Selbständigkeit bewilligt wurde und damit Leistungsfähigkeit ausgeschöpft wird.
Fr. 100.–	Selbständige Erwerbstätigkeit	Ziel: mittelfristige Ablösung von der Sozialhilfe	Bei monatlichen Einkommen von weniger als Fr. 1000.–.
Fr. 100.–	Beschäftigungs-/Therapieprojekte	<ul style="list-style-type: none"> In Tagesklinik In Therapiewerkstatt 	
Fr. 100.–	Freiwilligenarbeit	Besuchs- und Fahrdienste Mitarbeit in Projekten	Die Freiwilligenarbeit muss regelmässig, nachweisbar und institutionalisiert erbracht werden. Sie darf die berufliche Integration nicht behindern.

Für die Pflege von Angehörigen kann eine IZU je nach Umfang ausgerichtet werden:

- wenn es sich nicht um die eigenen minderjährigen Kinder handelt,
- wenn die Pflege mit der Hilfslosenentschädigung abgegolten wird und
- wenn die berufliche und soziale Integration nicht behindert wird.

Keine IZU werden ausgerichtet für:

- Arbeitssuche, Bewerbungen (Erstattung der Bewerbungsspesen gegen Quittungen)
- Zusammenarbeit mit anderen Fachstellen, Ärzten, Sozialversicherungen usw.

Bei Kopfquotenteilungen sind die IZU den betreffenden Personen zuzuordnen. Es können nie IZU und Einkommens-Freibeträge für die gleiche Person ausgerichtet werden – sie schliessen sich gegenseitig aus. Die kumulierten Beträge der Einkommens-Freibeträge und IZU dürfen innerhalb einer Unterstützungseinheit die Obergrenze von Fr. 850.– nicht überschreiten. Wird die Obergrenze bei der Berechnung überschritten, sind die Beträge für alle Personen prozentual zu kürzen.

D – Massnahmen zur sozialen und beruflichen Integration

D.1 Ausgangslage

Da sich die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen grundlegend verändert haben, besteht für eine wachsende Gruppe von Personen im erwerbsfähigen Alter, insbesondere für ausgesteuerte Personen, wenig Aussicht auf eine rasche und dauerhafte Integration in den Arbeitsmarkt. Deshalb braucht es Massnahmen zur sozialen und beruflichen Integration.

⇒ Vergleiche SKOS-Richtlinien

D.2 Grundsätze

Pflicht der Sozialhilfeorgane

Die Sozialhilfeorgane haben dafür zu sorgen, dass den Hilfesuchenden geeignete Massnahmen zur Verfügung stehen oder solche vermittelt werden. Neben professionellen (meist zentralen) Angeboten sind auch angepasst, lokale Möglichkeiten zu prüfen.

Leistung – Gegenleistung

Integrationsmassnahmen basieren auf der Idee von Leistung und Gegenleistung als wechselseitig nützlichem Prozess: Die hilfesuchende Person nimmt an einem Projekt oder Programm teil, das ihr direkt zugute kommt. Für ihr Engagement sollen Hilfesuchende – auch im Sinne eines Anreizes – honoriert werden (vgl. Kapitel C.2).

Integrationsmassnahmen als Investition

Integrationsmassnahmen müssen weit gehend von der öffentlichen Hand organisiert und finanziert werden, weil die Gemeinschaft vital an erfolgreichen Integrations- und Reintegrationsprozessen interessiert ist.

Professionelle Abklärung und Begleitung

Gezielte und wirksame Integrationsmassnahmen setzen von Anfang an eine gute fachliche Abklärung voraus, in deren Verlauf die hilfesuchende Person auch entsprechend informiert und motiviert wird.

Verbindlichkeit der Massnahme

Die Teilnahme an einer Integrationsmassnahme wird in einem schriftlichen Vertrag zwischen der betroffenen Person und dem zuständigen Sozialhilfeorgan bzw. Programmträger festgehalten.

Sanktionen

Wenn die hilfesuchende Person eine schriftlich vereinbarte Massnahme ohne Zustimmung der anderen Vertragspartei abbricht bzw. gar nicht erst antritt oder wenn sie sich weigert, an einer ihr zumutbaren und als hilfreich qualifizierten Massnahme teilzunehmen, so kann dieses Verhalten gemäss Kapitel A.8 sanktioniert werden.

Verzicht auf Rückerstattung

Den Fürsorgebehörden wird empfohlen, Sozialhilfeleistungen, welche auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit und somit auf einer Gegenleistung der Bezügerinnen und Bezüger beruhen (z.B. Beschäftigungsprogramme, IZU, EFB, SIL), von der Rückerstattungspflicht auszunehmen und auf die Geltendmachung der Verwandtenunterstützungspflicht zu verzichten.

Hilfe zur Selbsthilfe

Massnahmen zur sozialen und beruflichen Integration beruhen grundsätzlich auf den Stärken der betroffenen Person. Sie gehen von den Ressourcen der Betroffenen aus – und nicht von ihren Defiziten – und bauen auf diesen auf.

⇒ Vergleiche SKOS-Richtlinien

D.3 Art und Qualität von Integrationsmassnahmen

Die Richtlinien unterscheiden verschiedene Massnahmen zur sozialen und beruflichen Integration wie z.B.:

- Berufliche Orientierungsmassnahmen (vgl. Kapitel H.6)
- Integrationshilfen in den ersten Arbeitsmarkt (vgl. D.4 Einbezug der Wirtschaft)
- Einsatz- oder Beschäftigungsprogramme
- Angebote im zweiten Arbeitsmarkt
- Sozialpädagogische und sozialtherapeutische Angebote

Arbeitsmarktliche Massnahmen bei der Arbeitslosenversicherung

Bildungsmassnahmen:

- Kollektive und individuelle Kurse
- Ausbildungspraktika
- Übungsfirmen

Programme zur vorübergehenden Beschäftigung

- Beschäftigungsprogramme
- Motivationssemester
- Berufspraktika

Spezielle Massnahmen

- Einarbeitungszuschüsse
- Ausbildungszuschüsse
- Pendlerkosten- und Wochenaufenthaltsbeiträge
- Förderung der selbstständigen Erwerbstätigkeit
- Schnupperlehre und Eignungsabklärung

Informationen zu den arbeitsmarktlichen Massnahmen der Arbeitslosenversicherung im Kanton Schwyz und das jeweilige Angebot des laufenden Kalenderjahres sind abrufbar unter:

<https://www.sz.ch/privatpersonen/arbeit/arbeitsmarktliche-massnahmen.html/72-512-485-481>

Damit eine versicherte Person an einer der oben erwähnten arbeitsmarktlichen Massnahmen teilnehmen kann, müssen die allgemeinen Anspruchsvoraussetzungen nach Art. 8 Arbeitslosenversicherungsgesetz (AVIG) erfüllt sein (http://www.admin.ch/ch/d/sr/837_0/a8.html). Anspruchsberechtigte müssen sich bei ihrer Wohngemeinde anmelden, welche sie an die Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) in Goldau und Lachen verweisen. Dort werden sie über ihre Rechte und Pflichten bei der Arbeitslosenversicherung informiert.

Einsatz- oder Beschäftigungsprogramme

Auf Sozialhilfe angewiesene Personen können in Einsatz- oder Beschäftigungsprogrammen (z.B. Impuls) teilnehmen. Die Teilnahme hat zum Ziel, sie in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Daher ist es sinnvoll, diesen Programmen jene Personen zuzuweisen, bei denen davon ausgegangen werden kann, dass sie daraus die Arbeitsmarktfähigkeit erlangen können. Dabei ist es sehr wichtig, dass die Fürsorgebehörden und Sozialdienste zur Erreichung dieses Ziels eng mit den Betreuern der Einsatz- und Beschäftigungsprogramme zusammenarbeiten (z.B. Erarbeiten von Zielvereinbarungen, Sitzungen für gemeinsame Absprachen, Auswertungen, Sanktionen usw.).

Es wird empfohlen, die in den Programmen integrierten Bildungsanteile (ergänzende Weiterbildungsmassnahmen wie PC- oder andere Fachkurse), die auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes sowie der teilnehmenden Personen ausgerichtet sind, finanziell zu unterstützen. So kann vermieden werden, dass auf Sozialhilfe angewiesene Teilnehmende in Beschäftigungsprogrammen von den integrierten Bildungsmassnahmen ausgeschlossen sind und sich dadurch die Vermittlungschancen sehr reduzieren.

Finanzierung von Aus- und Weiterbildung / Stipendien

- a) Klientinnen und Klienten mit Anspruch auf Arbeitslosentaggelder sind an das Regionale Arbeitsvermittlungszentrum RAV zu verweisen.
- b) In Ausbildung stehende Bezügerinnen und Bezüger wirtschaftlicher Sozialhilfe dürfen gegenüber Stipendienbeziehenden ohne wirtschaftliche Sozialhilfe nicht besser gestellt sein. Eine Eigenleistung der Beziehenden im Sinne der Stipendienverfügung wird vorausgesetzt. Ebenso wird von der Zahlung der in der Stipendienverfügung festgelegten Elternbeiträge ausgegangen. Beide Beträge sind im Budget zu berücksichtigen. Wenn es der Klientin oder dem Klienten nicht möglich ist, eine Arbeitsstelle zu finden oder wenn gesundheitliche Einschränkungen eine Arbeitstätigkeit nicht zulassen, ist auf die Anrechnung der Eigenleistung zu verzichten.
- c) Aufgrund des Subsidiaritätsprinzips hat die Finanzierung von Aus- und Weiterbildung sowie des Lebensunterhaltes grundsätzlich durch die hierfür zuständigen öffentlichen oder privaten Stellen (z.B. Stipendienstelle mit Stipendien oder Darlehen, Fonds und Stiftungen, Ausbildungsstätten und auch das Arbeitsamt) zu erfolgen. Von den Klientinnen und Klienten kann ein zumutbarer Beitrag erwartet werden. Die Sozialhilfe kommt erst in Ausnahmefällen als Quelle für die Mitfinanzierung in Betracht. Dabei muss es sich um eine gemäss Stipendiengesetz und Verordnung zum Stipendiengesetz anerkannte Ausbildung handeln. Erstausbildungen sind in erster Linie durch die Eltern zu finanzieren. In der Regel werden Kosten für Zweitausbildungen nicht zu Lasten der wirtschaftlichen Sozialhilfe übernommen. Ausnahmsweise können jedoch über die wirtschaftliche Sozialhilfe die Kosten für eine Zweitausbildung übernommen werden, wenn die Person auf Grund der Erstausbildung keine Möglichkeit hat, gegenwärtig oder künftig ihre Existenz zu sichern.
- d) Personen, welche Stipendien und/oder Darlehen beziehen, haben in der Regel keinen Anspruch auf die Finanzierung ihrer Aus- oder Weiterbildung durch wirtschaftliche Sozialhilfe. In Ausnahmefällen reichen Stipendien und/oder Darlehen nicht aus, um eine sinnvolle Aus- oder Weiterbildung zu finanzieren. Diese Ausnahmefälle entstehen, weil die Berechnung der Ausbildungs- und Lebenshaltungskosten bei der Stipendiengewährung und die Berechnung der wirtschaftlichen Sozialhilfe mit unterschiedlichen Ansätzen erfolgt und sich die Stipendien und/oder Darlehen als Beiträge an die Gesamtkosten (und nicht nur an die Ausbildungskosten) verstehen. In solchen besonderen Situationen besteht der Anspruch auf wirtschaftliche Sozialhilfe weiter. Bei der Berechnung eines Anspruchs auf wirtschaftliche Sozialhilfe sind dann auf der Ausgabenseite des Budgets alle Lebenshaltungskosten gemäss SKOS und die effektiven Ausbildungskosten aufzuführen und auf der Einnahmenseite sind die gewährten Stipendien und/oder Darlehen (auch von Privaten) unabhängig davon, ob sie mehr als die reinen Ausbildungskosten decken, voll anzurechnen. Vor allem bei Lehrlingen muss die besondere Situation gewürdigt werden.
- e) Zweck einer Aus- oder Weiterbildung: Eine Aus- oder Weiterbildung soll dazu beitragen, dass eine gesuchstellende oder unterstützte Person baldmöglichst ein existenzsicherndes Einkommen erzielen kann. Dabei ist aber zu beachten, dass „persönliche Neigungen“ der unterstützten Person keine hinreichenden Gründe für die Finanzierung einer Zweitausbildung darstellen (Wolffers, 1993, S. 149). Beiträge an eine Aus-, Fort- oder Weiterbildung sind nur zu gewähren, wenn diese nicht über andere Quellen (Stipendien, Elternbeiträge, Leistungen der Arbeitslosen- oder Invalidenversicherung, Fondsmittel usw.) finanziert werden kann.

Erstausbildung bei Volljährigen

Eine Erstausbildung fällt grundsätzlich in die Unterhaltspflicht der Eltern. Diese Unterhaltspflicht besteht auch dann, wenn eine volljährige Person ohne angemessene Ausbildung ist (Art. 277 Abs. 2 ZGB). Kann den Eltern nicht zugemutet werden, für den Unterhalt und die Ausbildung ihres volljährigen Kindes aufzukommen, und reichen die Einnahmen (Lohn, Stipendien, Beiträge aus Fonds und Stiftungen usw.) nicht aus, um den Unterhalt und die ausbildungsspezifischen Auslagen zu decken, so kann die Fürsorgebehörde eine ergänzende Unterstützung beschliessen.

Zweitausbildung und Umschulung

Beiträge an eine Zweitausbildung oder Umschulung können nur geleistet werden, wenn mit der Erstausbildung kein existenzsicherndes Einkommen erzielt werden kann und dieses Ziel voraussichtlich

mit der Zweitausbildung oder Umschulung erreicht wird. Ebenso ist eine Zweitausbildung oder Umschulung zu unterstützen, wenn damit die Vermittlungsfähigkeit der betroffenen Person erhöht werden kann. Dabei sollte es sich um eine anerkannte Ausbildung oder Umschulung handeln. Für die entsprechenden Abklärungen sind Fachstellen (Berufsberatung, Regionales Arbeitsvermittlungszentrum usw.) beizuziehen. Persönliche Neigungen stellen keinen ausreichenden Grund für die Unterstützung einer Zweitausbildung oder Umschulung dar.

Fort- und Weiterbildung

Die Kosten von beruflichen Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen sowie von persönlichkeitsbildenden Kursen können im individuellen Unterstützungsbudget berücksichtigt werden, wenn diese zur Erhaltung bzw. zur Förderung der beruflichen Qualifikation oder der sozialen Kompetenzen beitragen.

Die Klientinnen oder Klienten haben allfällige Forderungen (z.B. in Aussicht stehende Stipendien) der Fürsorgebehörde abzutreten. Diese werden dann nach Auszahlung mit der vorschussweise geleisteten Sozialhilfe verrechnet.

- a) Unterhaltsbeiträge der Eltern: Der Sozialdienst hat abzuklären, ob eine elterliche Unterhaltspflicht und/oder eine Verwandtenunterstützung geltend gemacht werden kann.
- b) Auf wirtschaftliche Sozialhilfe angewiesene Personen können bezüglich Finanzierung der Aus- oder Weiterbildung an die Ausbildungsstätten verwiesen werden, weil einzelne Ausbildungsstätten über besondere Finanzierungsquellen verfügen oder gewisse Ausbildungskosten erlassen können.
- c) Nutzung des Ermessensspielraums: Grundsätzlich soll der Sozialdienst selbst abschätzen, ob die Aus- oder Weiterbildung sinnvoll ist. Eine Empfehlung durch das Arbeitsamt/RAV, die Berufsberatung oder eine andere Fachstelle kann in Zweifelsfällen oder zur Begründung gegenüber dem Kostenersatzpflichtigen Gemeinwesen von Vorteil sein. Beim Ermessen ist insbesondere auch die Frage zu berücksichtigen, ob die Person genügend motiviert ist und die nötige Mitwirkung zeigt.
- d) Die Kosten für kurzfristige Kurse mit Diplom-, jedoch ohne Berufsabschluss (z.B. Sprachkurse, PC-Kurse, Kurse mit Bildungscharakter usw.), sind mit dem für den Grundbedarf gemäss SKOS geltenden Betrag bereits abgegolten.
- e) An die Kosten von Ausbildungen, welche im Ausland absolviert werden, kann keine wirtschaftliche Sozialhilfe ausgerichtet werden.

D.4 Organisatorische Aspekte

Interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ)

IIZ steht für die interinstitutionelle Zusammenarbeit zwischen RAV, Sozialhilfe, IV-Stelle sowie bei Bedarf mit der Berufsberatung oder weiteren involvierten Stellen. Die SKOS unterstützt die interinstitutionelle Zusammenarbeit bei der sozialen und beruflichen Integration. Doppelspurigkeiten sollen vermieden werden.

IIZ setzt dort an, wo erwerbslose Personen aufgrund einer komplexen Problemsituation mit mehreren dieser Institutionen in Kontakt sind oder wo auf Seite der Institutionen eine mehrfache oder unklare Zuständigkeit besteht. IIZ beinhaltet eine gemeinsame Standortbestimmung mit der betroffenen Person und die verbindliche Koordination des weiteren Vorgehens. Ziel ist die berufliche (Re)-Integration.

Auskünfte zur IIZ im Kanton Schwyz erteilen die involvierten Stellen oder die IIZ Koordinationsstelle: IIZ Koordinationsstelle Kanton Schwyz, Postfach 53, 6431 Schwyz, iiz@sz.ch, www.sz.ch/iiz.

Einbezug der Wirtschaft

Die Wirtschaft muss über lokale und regionale Arbeitgeber in die Massnahmen der Arbeitsintegration einbezogen werden. Arbeitgeber sollen über materielle Anreize angeregt werden, Sozialhilfebezüglerinnen und -bezügler Arbeitsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen (siehe SKOS D.4-1). Dabei sind folgende Formen denkbar:

- die zeitlich befristete Übernahme der Arbeitgeberbeiträge
- die Gewährung von Einarbeitungszuschüssen

- die befristete Übernahme der Lohnkosten ohne Arbeitgeberbeiträge
- andere Formen der Entlastung des Arbeitgebers

Beim Einbezug der Wirtschaft empfiehlt sich weiter:

- die Übernahme von Lohn- und Lohnnebenkosten (Anteil ist individuell auszuhandeln, Arbeitgeber übernimmt mindestens Arbeitgeberbeiträge) ist zeitlich (sechs Monate) zu befristen, damit die Arbeitgeber nicht die Möglichkeit erhalten, bestehende Dauerstellen mit subventionierten Sozialhilfebezüger und -bezügerinnen zu besetzen.
- Regelmässige Kontaktpflege mit dem Arbeitgeber

⇒ Vergleiche SKOS-Richtlinien

D.5 Finanzielle Aspekte

Grundsätzlich können Massnahmen zur sozialen und beruflichen Integration über die Subjekt- oder Objektfinanzierung erfolgen.

⇒ Vergleiche SKOS-Richtlinien

E – Anrechnung von Einkommen und Vermögen

E.1 Einkommen

E.1.1 Grundsatz

Als Erwerbseinkommen gelten auch eine Gratifikation, der 13. Monatslohn oder einmalige Zulagen. Diese zusätzlichen Lohnbestandteile werden zum Zeitpunkt der Auszahlung voll angerechnet (ohne Abzug eines Freibetrages). Ein möglicher Budgetüberschuss ist in den folgenden Monaten anzurechnen. Bei Teilunterstützten (z.B. working-poor oder Personen, die im Stundenlohn arbeiten und wenig verdienen), welche einen 13. Monatslohn erhalten, muss dieser voll angerechnet werden.

Beispiel: Es wird jemand mit Fr. 500.– pro Monat ergänzend zum Einkommen unterstützt. Bei einer Gratifikation oder 13. Monatslohn von Fr. 4500.– muss folglich die Person während 9 Monaten à Fr. 500.– selber für ihren Unterhalt aufkommen und wird erst ab dem 10. Monat wieder unterstützt. Die Bedürftigkeit und damit der Anspruch auf wirtschaftliche Hilfe bleiben im Grundsatz bestehen. Den Überschuss von Fr. 4500.– muss sich die unterstützte Person auf die zukünftige wirtschaftliche Hilfe anrechnen lassen. Die Fürsorgebehörde kann im Sinne einer Weisung (§ 9 ShV) verfügen, bis wann der Überschuss für die Deckung des Unterhalts beizuziehen ist (im vorliegenden Fall 9 Monate), bzw. ab welchem Zeitpunkt (ab 10. Monat) wieder Anspruch auf ergänzende wirtschaftliche Hilfe besteht. Beantragt die Person vor diesem Zeitpunkt, also vor dem 10. Monat, wirtschaftliche Hilfe, so sind die Voraussetzungen für eine Kürzung erfüllt, weil dies eine Pflichtverletzung darstellt. Damit sofort eine angemessene Kürzung des Grundbedarfs der fehlbaren Person erfolgen kann, muss es sich um eine schwere Pflichtverletzung handeln. Dies kann so gesehen werden, wenn zu Beginn die Budgetierung und die Rahmenbedingungen für die Verwendung des 13. Monatslohnes klar festgehalten wurden.

⇒ Vergleiche SKOS-Richtlinien

E.1.2 Einkommens-Freibeträge (EFB) für Erwerbstätige

Gemäss RRB Nr. 1185 vom 9. Dezember 2015 kann in Konkretisierung der SKOS-Richtlinien die Obergrenze für den EFB für Erwerbstätige im ersten Arbeitsmarkt, die das 16. Altersjahr vollendet haben, auf Fr. 600.– pro Person und Monat festgelegt werden. Es werden folgende Freibeträge in Abhängigkeit vom Beschäftigungsumfang empfohlen:

Beschäftigungsumfang (100% = 180 oder mehr Stunden pro Monat)	EFB pro Person und Monat	Beschäftigungsumfang (100% = 180 oder mehr Stunden pro Monat)	EFB pro Person und Monat
Bis 10%	Fr. 120.–	60%	Fr. 430.–
20%	Fr. 190.–	70%	Fr. 480.–
30%	Fr. 260.–	80%	Fr. 520.–
40%	Fr. 320.–	90%	Fr. 560.–
50%	Fr. 380.–	100%	Fr. 600.–

Erwerbseinkommen von weniger als Fr. 100.– pro Person und Monat gelten als Freibeträge und werden nicht mit der wirtschaftlichen Sozialhilfe verrechnet.

Der Lehrlingslohn wird nicht als Einkommen des ersten Arbeitsmarktes anerkannt und hat daher keinen Anspruch auf einen EFB. Bei der Absolvierung einer Berufslehre soll dagegen eine IZU gewährt werden. Lehrlings- und Praktikumlöhne werden somit voll angerechnet und mit IZU honoriert.

Es können nie EFB und IZU für die gleiche Person ausgerichtet werden – sie schliessen sich gegenseitig aus. Für Jugendliche und junge Erwachsene (unter 25 Jahren) werden die vollen Erwerbsfreibeträge angerechnet.

EFB bei Krankheit oder Unfall

Damit ein EFB ausgerichtet werden kann, muss eine Arbeitsleistung erbracht werden. Arbeitsfähigkeit

ist somit Voraussetzung. Während der Phase einer Arbeitsunfähigkeit verliert eine Person den Anspruch auf einen EFB. Die Dauer der Arbeitsunfähigkeit spielt keine Rolle. Es wird jedoch empfohlen, den EFB erst nach einem Monat der Arbeitsunfähigkeit zu streichen, damit kurze krankheitsbedingte Absenzen überbrückt werden können. Ausnahmen bleiben jedoch vorbehalten und sind dann sinnvoll, wenn die baldige Erwerbstätigkeit absehbar ist. In diesem Zusammenhang wird empfohlen, bereits bei der Gewährung einer Anreizzulage auf die Bedingungen für deren Wegfall hinzuweisen.

Einkommen von Minderjährigen

Erwerbseinkommen oder andere Einkünfte Minderjähriger, die mit unterstützungsbedürftigen Eltern im gleichen Haushalt leben, sind im Gesamtbudget nur bis zur Höhe des auf diese Person entfallenden Anteils einzurechnen. Es ist darauf zu achten, dass der Ausschluss aus der Unterstützungseinheit nicht zum Nachteil für das Kind und den/die Jugendliche/n führt. Wenn der Überschuss nur geringfügig ist, wird eher von einem Ausschluss abgesehen, da bei einer unterstützten Person die zu übernehmenden situationsbedingten Leistungen leicht diesen Überschuss mehr als kompensieren.

⇒ Vergleiche SKOS-Richtlinien – insbesondere den Hinweis, dass es sich empfiehlt, bei erwerbstätigen Jugendlichen ein eigenes Budget zu erstellen.

Einkommen aus Ferienjobs von Jugendlichen

Es ist anzustreben, dass Jugendliche einem Ferienjob nachgehen. Auf eine Anrechnung bei der Unterstützungsberechnung der Eltern ist grundsätzlich zu verzichten. Im Einzelfall ist beim Entscheid das Alter des Jugendlichen (14- oder 17-jährig) und die Höhe des Einkommens (Fr. 400.– oder Fr. 2000.–) zu berücksichtigen und allenfalls vom Grundsatz der Nichtanrechnung abzuweichen. Wenn das Einkommen angerechnet wird, ist ein EFB zu gewähren, auch wenn der/die Jugendliche noch nicht 16 Jahre alt ist.

⇒ Vergleiche SKOS-Richtlinien

Quellensteuer

Gemäss § 194 Steuergesetz des Kantons Schwyz kann ein Erlassgesuch gestellt werden. Im Sinne der Verwaltungsökonomie sollte erst ein Gesuch eingereicht werden, wenn der Quellensteuerabzug im Einzelfall pro Jahr mehr als Fr. 500.– beträgt. Erlassgesuche sind individuell an die Kantonale Steuerverwaltung zu richten.

Geburtszulagen

Diese werden bei der Bedarfsberechnung nicht als Einkommen eingerechnet. Sie sind für Anschaffungen bestimmt, welche im Zusammenhang mit der Geburt und Pflege des Neugeborenen notwendig werden.

Trinkgelder

Gesuchstellende oder unterstützte Personen sind grundsätzlich verpflichtet, sämtliche Einnahmen, folglich auch Einnahmen in Form von Trinkgeldern/Service zu deklarieren. Eine genaue Überprüfung der Angaben ist jedoch kaum möglich. Ist der deklarierte Betrag von Trinkgeldern jedoch sehr hoch, wird davon ein angemessener Betrag als Einnahme in die Bedarfsberechnung einbezogen.

E.2 Vermögen

E.2.1 Grundsatz und Freibeträge

In Übereinstimmung mit dem Subsidiaritätsprinzip ist die Verwertung von Bank- und Postcheckguthaben, Aktien, Obligationen, Forderungen, Wertgegenständen, Liegenschaften und anderen Vermögenswerten Voraussetzung für die Gewährung von materieller Hilfe.

⇒ Vergleiche SKOS-Richtlinien

Empfohlene Vermögensfreibeträge (gemäss SKOS) ab 2005:

- | | |
|--------------------------------|--------------------------|
| ▪ für Einzelpersonen | Fr. 4000.– |
| ▪ für Ehepaare | Fr. 8000.– |
| ▪ für jedes minderjährige Kind | Fr. 2000.– |
| ▪ jedoch maximal | Fr. 10 000.– pro Familie |

E.2.2 Grundeigentum

Es besteht grundsätzlich kein Anspruch darauf, Grundeigentum zu erhalten. Für Immobilien im Ausland gelten dieselben Prinzipien wie für Immobilien in der Schweiz.

⇒ Vergleiche SKOS-Richtlinien bzw. Empfehlungen der SKOS im Umgang mit Liegenschaftsbesitz unter <http://skos.ch/sozialhilfe-und-praxis/rechtliches/>

Bewohnt eine unterstützte Familie die eigene Liegenschaft, soll die Fürsorgebehörde auf eine Verwertung verzichten, sofern die Eigentümer darin zu marktüblichen oder gar zu günstigeren Bedingungen wohnen können. Durch eine Grundpfandsicherung zu Gunsten der Fürsorgebehörde soll sichergestellt werden, dass die bezogene wirtschaftliche Sozialhilfe zurückerstattet wird, falls die Liegenschaft oder Eigentumswohnung zu einem späteren Zeitpunkt verkauft wird.

E.2.3 Lebensversicherungen

Eine Lebensversicherung zählt wegen ihres Rückkaufswertes grundsätzlich zu den liquiden Eigenmitteln. Vom Rückkauf einer Versicherung kann jedoch abgesehen werden, wenn in absehbarer Zeit IV-Leistungen zu erwarten sind, wenn der Ablauf der Versicherung unmittelbar bevorsteht oder wenn das zu erwartende Versicherungskapital wesentlich höher ist als der Rückkaufswert der Versicherung. Es ist in diesen Fällen sinnvoll, die Prämie weiter zu Lasten der wirtschaftlichen Sozialhilfe zu übernehmen.

⇒ Vergleiche SKOS-Richtlinien

Lebensversicherungen im Rahmen der gebundenen Selbstvorsorge und Vorsorgekonti der Säule 3a (= Versicherung ohne Lebensversicherungscharakter) unterliegen bestimmten Verfügungsbeschränkungen; sie können weder abgetreten, verpfändet noch ohne weiteres vorzeitig aufgelöst werden. Ein Rückkauf ist nur unter bestimmten Voraussetzungen zulässig, z.B. bei Aufnahme einer selbständigen Erwerbstätigkeit, beim endgültigen Verlassen der Schweiz oder für den Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum.

⇒ Vergleiche SKOS-Richtlinien

E.2.4 AHV-Vorbezug

Unterstützte Personen sollen grundsätzlich zum AHV-Rentenvorbezug angehalten werden. Der AHV-Vorbezug stellt somit den Regelfall dar. Von dieser Regel kann in begründetem Einzelfall abgewichen werden, insbesondere wenn die unterstützte Person noch teilweise erwerbstätig ist oder reelle Chancen hat, alsbald eine Anstellung zu finden.

⇒ Vergleiche SKOS-Richtlinien

E.2.5 Freizügigkeitsguthaben sowie Guthaben der privaten gebundenen und der freien Vorsorge

Freizügigkeitspolice und Freizügigkeitskonti (2. Säule) sowie Guthaben der privaten gebundenen Vorsorge (Säule 3a) unterliegen bestimmten Verfügungsbeschränkungen. Solche Guthaben zählen deshalb nicht in jedem Fall zu den liquiden Eigenmitteln.

⇒ Vergleiche SKOS-Richtlinien

Die Auslösung dieser Guthaben soll erst zum Zeitpunkt des AHV-Vorbezugs bzw. ab Bezug einer ganzen IV-Rente erfolgen. Dann ist dieses Vermögen ergänzend zu AHV- bzw. IV-Rente zur Deckung des Lebensunterhaltes zu verwenden, d.h. die Sozialhilfe kann beendet werden. Löst die unterstützte Person ihr Guthaben zu einem früheren Zeitpunkt heraus (bspw. Bei Aufnahme einer selbständigen Erwerbstätigkeit), dann kommen auch bezüglich dieses Vermögens die allgemeinen Bestimmungen zum Vermö-

gen zur Anwendung (vgl. SKOS-Richtlinien E.2.1).

E.3 Sozialhilferechtliche Rückerstattungspflicht

Es ist zu unterscheiden zwischen Rückerstattung bei rechtmässigem Bezug und Rückerstattung bei unrechtmässigem Bezug.

E.3.1 Rückerstattung bei rechtmässigem Bezug

Wer wirtschaftliche Hilfe in Anspruch genommen hat, ist zur Rückerstattung verpflichtet, wenn er finanziell in besonders günstige Verhältnisse gelangt ist (§ 25 Abs. 1 ShG).

Finanziell besonders günstige Verhältnisse liegen vor, wenn die unterstützte Person zu einem Vermögen (z.B. Erbschaft, Lotteriegewinn) gekommen ist, das ihm die Rückerstattung der empfangenen Hilfe ohne Einschränkung einer angemessenen Lebenshaltung erlaubt (§ 14 Abs. 1 ShV).

Ehemals unterstützte Personen, die durch eigenen Arbeitserwerb in finanziell günstige Verhältnisse gelangen, sind in der Regel nicht rückerstattungspflichtig (§ 14 Abs. 2 ShV).

E.3.2 Rückerstattung bei unrechtmässigem Bezug

Unrechtmässig bezogene Unterstützungsleistungen sind rückerstattungspflichtig. Ein unrechtmässiger Bezug liegt insbesondere bei folgenden Sachverhalten vor:

- Verletzung der Auskunftspflicht, und
- Zweckwidrige Verwendung von Sozialhilfeleistungen.

⇒ Vergleiche SKOS-Richtlinien E.3.1 und E.3.2

F – Finanzielle Ansprüche gegenüber Dritten

F.1 Grundsätze

Bei der Sozialhilfe gilt in jedem Fall immer das Subsidiaritätsprinzip!

F.2 Bevorschusste Leistungen Dritter

Leistungen von Sozialversicherungen (z.B. IV/ALV) dürfen nur dann mit im Voraus ausgerichteten Sozialhilfegeldern verrechnet werden, wenn die Leistungen der Sozialversicherung und die Sozialhilfegelder denselben Zeitraum betreffen (gleiche Zeitperiode).

⇒ Vergleiche SKOS-Richtlinien und § 8 SHV

Renten und Ergänzungsleistungen: Auszahlung an Dritte im Kanton Schwyz

Grundsatz

Der Anspruch auf Leistungen der AHV/IV oder EL ist weder abtretbar noch verpfändbar. Jede Abtretung oder Verpfändung ist nichtig (Art. 22 des Bundesgesetzes über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts vom 6. Oktober 2000 [SR 830.1, ATSG]).

Verträge, Abmachungen usw., welche einer Abtretung gleichkommen, auch wenn der Versicherte dieser Abmachung unterschriftlich zustimmt, werden von der Ausgleichskasse nicht anerkannt.

Im Rahmen bestimmter Voraussetzungen können die Nachzahlungen und/oder die laufenden Renten der AHV und IV resp. die Ergänzungsleistungen an Dritte ausbezahlt werden (Art. 25 ShG, Art. 22 Abs. 1 Bst. a ATSG).

Nachzahlung der Leistungen an Dritte

Unter Nachzahlung werden Renten- und EL-Zahlungen für eine bestimmte Periode, die vor dem laufenden Monat liegen, verstanden.

Vorschussleistungen können bis zum Betrag der für die gleiche Periode nachzuzahlenden Renten zurückerstattet werden. Die Rente des Verfügungsmonats bildet nicht Gegenstand der Verrechnung.

Gemäss Art. 25 Abs. 3a des Sozialhilfegesetzes des Kantons Schwyz (ShG, SRSZ 380.100) besteht ein ausdrücklicher, direkter Rückforderungsanspruch gegenüber der AHV oder der IV. Somit erübrigt sich eine nochmalige Zustimmung des Vorschussempfängers, wenn die Fürsorgebehörde die geleistete Vorschussleistungen rechtsgenügend nachweisen kann.

Das Formular «Verrechnung von Nachzahlungen der AHV/IV (318.183d)» ist auszufüllen und durch die bevorschussende Stelle zu unterzeichnen. Der Antrag auf Verrechnung von Nachzahlung der AHV/IV ist rechtzeitig einzureichen. Im Zweifelsfall soll die Einreichung des Antrages telefonisch oder per FAX angemeldet werden.

Auszahlung der laufenden Leistungen an Dritte auf Antrag des Versicherten

Bei Vorliegen besonderer Umstände kann die leistungsberechtigte Person die Auszahlung an Dritte verlangen. Besondere Umstände liegen z.B. vor, wenn eine Überweisung auf ein persönliches Post- oder Bankkonto nicht möglich ist oder eine Barauszahlung behinderungsbedingt nicht möglich ist und keine Gefahr einer Umgehung des Abtretungsverbotes besteht.

In diesen Fällen ist das Formular «Gesuch um Rentenauszahlung an eine Drittperson oder Behörde (318.182 deutsch)» auszufüllen. Das Gesuch ist einlässlich zu begründen (Ziffer 4.1).

Auszahlung der laufenden Leistungen an Dritte auf Antrag einer Behörde oder Drittperson

Besteht die Gefahr, dass die laufenden Renten oder Ergänzungsleistungen nicht zweckmässig verwendet werden, so kann z.B. eine Behörde die Auszahlung an sich verlangen.

In diesen Fällen ist das Formular «Gesuch um Rentenauszahlungen an eine Drittperson oder Behörde (318.182 d)» auszufüllen. Das Gesuch ist zu begründen (Ziffer 4.2). Die Begründung, dass jemand von der Fürsorgebehörde unterstützt wird, rechtfertigt noch nicht die Auszahlung an diese Behörde. Ebenso wenig genügt die Begründung, dass die Fürsorgebehörde die finanziellen Belange für den Versicherten regelt. Vielmehr muss der Grund bzw. die Ursache genannt werden, weshalb die Finanzverwaltung durch die Fürsorgebehörde erfolgt. In der Regel genügen einige Stichworte bzw. zwei bis drei Sätze. Der Versicherte hat das Formular mit zu unterschreiben. Kann die Unterschrift nicht beigebracht werden, wäre dies separat darzulegen.

Allgemeine Hinweise

Die Auszahlung auf Antrag des Versicherten oder eines Dritten zur Sicherstellung zweckgemässer Rentenverwendung kann nur für noch nicht ausbezahlte Leistungen verlangt werden. Das Gesuch um Rentenauszahlung an eine Drittperson oder Behörde muss bis spätestens am 25. des Monats eingereicht werden. Später eintreffende Gesuche werden erst einen Monat später wirksam.

Wird ein Gesuch um Drittauszahlung bewilligt, so gilt dies für alle Leistungen, welche der Versicherte von der AHV/IV und EL als laufende Rente erhält. Die Auszahlung von Teilbeträgen oder ein Splitting der Renten/EL ist nicht möglich.

F.3 Eheliche und elterliche Unterhaltspflicht

F.3.1 Grundsatz

Wenn zu unterstützende oder tatsächlich unterstützte Personen Alimentenverpflichtungen haben, dürfen sowohl die laufenden als auch diejenigen, mit denen sie im Rückstand ist, bei der Berechnung der Höhe der wirtschaftlichen Sozialhilfe nicht einberechnet werden.

Damit alimentenberechtigte Personen wegen ausbleibenden Unterhaltsbeiträgen nicht in eine wirtschaftliche Notlage geraten, können sie bei ihrer Wohnsitzgemeinde die Bevorschussung der Kinderalimente sowie die Inkassohilfe der unterhaltsrechtlichen Ansprüche beantragen.

F.3.2 Eheliche Unterhaltspflicht

Eheleute sorgen gemeinsam, ein jeder nach seinen Kräften, für den gebührenden Unterhalt der Familie (Art. 163 ff. ZGB).

Verzichtet ein Ehepartner bei der gerichtlichen Trennung oder Scheidung und vor dem Bezug von wirtschaftlicher Sozialhilfe auf die ihm grundsätzlich zustehenden Alimente, so darf er dafür von den Fürsorgebehörden nicht mit Sanktionen belegt werden, wenn er auf wirtschaftliche Sozialhilfe angewiesen ist resp. darum ersucht.

F.3.3 Elterliche Unterhaltspflicht

Die Eltern haben für den Unterhalt des Kindes aufzukommen, auch für die Kosten von Erziehung, Ausbildung und Kindesschutzmassnahmen (Art. 276 Abs. 1 ZGB).

⇒ Vergleiche SKOS-Richtlinien

Alimente/Bevorschussung von Alimenten

Anspruchsvoraussetzungen für Alimentenbevorschussung:

Die Voraussetzungen für einen Anspruch auf Alimentenbevorschussung sowie Umfang und Höhe des Anspruchs sind im Gesetz über Inkassohilfe und Bevorschussungen von Unterhaltsbeiträgen für Kinder vom 24. April 1985 (IHG, SRSZ 380.200) festgelegt (siehe Kurzkomentar im Internet:

www.sz.ch/alimentenhilfe: Gesetze, Richtlinien – Kurzkomentar).

Werden Alimente bevorschusst, hat eine Meldung der Alimentenbevorschussungsstelle an die Fürsorgebehörde zu erfolgen, damit der Umfang der wirtschaftlichen Sozialhilfe korrekt berechnet werden kann.

Wird die wirtschaftliche Sozialhilfe eingestellt, erfolgt eine Meldung der Fürsorgebehörde an die Alimentenbevorschussungsstelle der Gemeinde.

Internationales Alimenteninkasso: Informationen für die Einreichung der Gesuche im internationalen Alimentenwesen finden sich auf der Internetseite des Bundesamtes für Justiz unter: <https://www.bj.admin.ch/bj/de/home/gesellschaft/alimente.html>. An dieser Stelle sind die Listen der angeschlossenen Länder (Mitglieder) und die aktuellen Adressen der Empfangsstellen der einzelnen Länder (Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen/ausländische Empfangs- und Übermittlungsstellen) aufgeführt. Die Gesuche für das internationale Alimenteninkasso sind von den Fürsorgebehörden an das Amt für Gesundheit und Soziales, Kollegiumstrasse 28, 6431 Schwyz, zur Weiterbearbeitung weiterzuleiten.

F.4 Familienrechtliche Unterstützungspflicht (Verwandtenunterstützung)

Familienrechtliche Unterhalts- und Unterstützungspflichten gehen der wirtschaftlichen Hilfe vor (siehe § 24 Abs. 1 ShG). Die gegenseitige Unterstützungspflicht in auf- und absteigender Linie ist in den Artikeln 328 und 329 ZGB geregelt. Beitragsleistungen sollen lediglich bei Verwandten (= Eltern oder Kinder) mit überdurchschnittlichem Einkommen bzw. Vermögen und gestützt auf die Angaben der Steuerbehörde geprüft und auf dem Verhandlungsweg angestrebt werden.

⇒ Vergleiche SKOS-Richtlinien

F.5 Familienähnliche Wohn- und Lebensgemeinschaften

F.5.1 Begriff und Grundsätze

Wohn- oder Lebensgemeinschaften

Als Wohn- oder Lebensgemeinschaften gelten Gemeinschaften von unverheirateten Personen, welche die Haushaltfunktionen gemeinsam ausüben (wohnen, kochen, essen, waschen, einkaufen usw.) und Einrichtungen gemeinsam benutzen (Telefon, Fernseher, Küchenapparate usw.). Weitere Indizien für eine Wohn- oder Lebensgemeinschaft sind ein Konkubinats-, ein Untermietvertrag oder ein gemeinsam unterzeichneter Mietvertrag.

⇒ Vergleiche SKOS-Richtlinien F.5.1.

Rechtliches

Personen, welche in solchen Wohn- oder Lebensgemeinschaften leben, haben gegenseitig grundsätzlich keine gesetzlichen Unterstützungs- oder Beistandspflichten. Sozialhilferechtlich betrachtet bilden sie auch keine sogenannte Unterstützungseinheit.

Berechnung der wirtschaftlichen Sozialhilfe

Für die für die wirtschaftliche Sozialhilfe massgebende Budgetberechnung ist von der gesamten Haushaltsgrosse - d.h. auch nicht unterstützte Personen sind mitzuzählen - auszugehen. Alle budgetrelevanten gemeinsamen Kosten sind pro Kopf aufzuteilen. Kosten, welche eindeutig einem Individuum/einer Einzelperson zugeordnet werden können, werden im Zusammenhang mit der Festlegung der Höhe der wirtschaftlichen Sozialhilfe dieser Person angerechnet.

Mitglieder der Wohn- oder Lebensgemeinschaft, welche nicht unterstützt oder nicht auf wirtschaftliche Sozialhilfe angewiesen sind, tragen die von ihnen verursachten Kosten. Erbringen einzelne Personen für die Gemeinschaft Leistungen wie kochen, einkaufen, Kinder betreuen, reinigen usw., ist von einer aufwand- und zeitabhängigen Entschädigung auszugehen. Werden solche, für die Gemeinschaft bestimmte Leistungen von einer unterstützten Person erbracht, wird ihr auf der Einnahmenseite ein entsprechender Betrag angerechnet (vgl. Beitrag für Haushaltsführung, SKOS-Richtlinien F.5.2). Dieser Betrag ist nicht fix vorgegeben, sondern abhängig vom Einzelfall und vor allem von der finanziellen Leistungsfähigkeit des/der nicht unterstützten Partners/Partnerin. Unter Umständen ist es erforderlich,

auch für den/die nicht unterstützten, aber zur Zahlung eines solchen Betrags verpflichteten Partner/Partnerin, ein eigenes Budget zu erstellen.

Werden beide Partner unterstützt, so erfolgt die Berechnung der für die wirtschaftliche Sozialhilfe massgebenden Beträge analog zur Berechnung des Bedarfs von Ehepaaren, d.h. Aufteilung je 1/2. In jedem Fall ist zu beachten, dass Konkubinatspaare aufgrund der Höhe der wirtschaftlichen Sozialhilfe nicht besser gestellt werden als unterstützte Ehepaare.

Gefestigtes Konkubinat (eheähnliche Wohngemeinschaft)

Ein stabiles/gefestigtes Konkubinat ist zu vermuten, wenn:

- das Paar seit über zwei Jahren einen gemeinsamen Haushalt bildet.
- das Paar mit einem gemeinsamen Kind in einer gemeinsamen Wohnung zusammenlebt. Die Dauer des Konkubinats ist dabei als Voraussetzung irrelevant (BGE 2P.242/2003).
- das Paar weniger als zwei Jahre zusammenlebt und keine gemeinsame Kinder hat, sofern die Fürsorgebehörde nachweisen kann, dass die Beziehung so eng und dauerhaft konzipiert ist, dass ein gegenseitiger Beistand zu erwarten ist oder sogar tatsächlich erbracht wird.

Fazit: Besteht ein Konkubinat seit mehr als zwei Jahren oder leben die Partner in einer gefestigten Beziehung mit einem gemeinsamen Kind zusammen oder kann nachgewiesen werden, dass es sich aus anderen Gründen um ein ähnlich stabiles Konkubinat handelt, und wird nur eine Person unterstützt, so darf normalerweise davon ausgegangen werden, dass diese auch von ihrem Partner Leistungen erhält. Soweit eine solche Vermutung nicht widerlegt werden kann, dürfen Einkommen und Vermögen des nicht unterstützten Konkubinatspartners angemessen berücksichtigt werden.

⇒ Vergleiche SKOS-Richtlinien H.10

Gleichgeschlechtliche Partnerschaften

Gleichgeschlechtliche Partnerschaften sollen in der Sozialhilfe analog zu den Konkubinatspaaren behandelt werden. Registrierte gleichgeschlechtliche Paare sind den Ehepaaren gleichgestellt (Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare, SR 211.231).

⇒ Vergleiche SKOS-Richtlinien

Rechtliches

Grundsätzlich besteht zwischen solchen Paaren keine gesetzliche Unterstützungs- oder Beistandspflicht. Es besteht lediglich eine Unterhaltsbeitragspflicht gegenüber gemeinsamen Kindern. Entsprechend bilden solche Gemeinschaften auch keine sogenannte Unterstützungseinheit.

Berechnung der wirtschaftlichen Sozialhilfe

⇒ Vergleiche SKOS-Richtlinien H.10

F.5.2 Entschädigung für Haushaltsführung

Von einer unterstützten, in einer Wohn- und Lebensgemeinschaft lebenden Person wird zur Minderung der Unterstützungsbedürftigkeit erwartet, im Rahmen ihrer zeitlichen und persönlichen Möglichkeiten den Haushalt für nicht unterstützte berufstätige Kinder, Eltern, Partner und Partnerin zu führen. Ausgeschlossen sind Wohngemeinschaften ohne gemeinsame Haushaltsführung.

⇒ Vergleiche SKOS-Richtlinien F.5.2 sowie H.10

Empfohlene Entschädigung für die Haushaltsführung (Konkubinatspartner in ungefestigtem Konkubinat oder einer Person in einer Wohngemeinschaft mit gemeinsamer Ausübung der Haushaltsfunktion)

Der Umfang der von der unterstützten Person erwarteten Arbeitsleistung im Haushalt hängt von ihrer zeitlichen Verfügbarkeit und ihrer Arbeitsleistungsfähigkeit ab. Die Höhe bemisst sich im Einzelfall nach der spezifischen Gewichtung der für die Haushaltsführung und Kindererziehung aufgewendeten

Arbeitsanteile sowie von der finanziellen Leistungsfähigkeit der pflichtigen Person (vgl. Praxisbeispiel SKOS «Wie wird die Haushaltsführung entschädigt?»). Diese Entschädigung ist der unterstützten Person als Einkommen anzurechnen. Die exakte Höhe der Entschädigung für die Haushaltsführung richtet sich nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des nicht unterstützten Partners.

Es ist erforderlich, für den nicht unterstützten, aber zur Zahlung eines solchen Betrags verpflichteten Partner, ein eigenes Budget zu erstellen. Dem erweiterten SKOS-Budget werden die Einnahmen des Pflichtigen gegenüber gestellt. Dabei sind sämtliche Einkommen (inkl. Vermögensertrag, 13. Monatslohn, usw.) zu berücksichtigen. Der Einnahmenüberschuss wird zu 50 Prozent im Budget der antragstellenden Person als Einnahme angerechnet, jedoch höchstens bis zum Maximalbetrag gemäss SKOS-Richtlinien F.5.2 (Fr. 950.–). Ist die leistungspflichtige Person nicht bereit, ihre Einkommens- und Vermögensverhältnisse offen zu legen, wird der Maximalbetrag gemäss SKOS-Richtlinien im Budget der antragstellenden Person als Einnahme angerechnet.

⇒ Vergleiche SKOS-Richtlinien F.5.2 sowie H.10

Gefestigtes Konkubinat (eheähnliche Wohngemeinschaft)

Leben Partner in einem stabilen Konkubinat, was namentlich bei einer Dauer des Konkubinats von zwei Jahren oder beim Zusammenleben mit Partner und einem gemeinsamen Kind der Fall ist, dürfen Einkommen und Vermögen des nicht unterstützten Konkubinatspartners angemessen mitberücksichtigt werden. Ein Konkubinat führt zwar nicht von vornherein zu rechtlichen Unterhalts- und Beistandsansprüchen zwischen den Partnern (BGE 129 I Erw. 3.2.4). Bei der Beurteilung einer «stabilen» Konkubinatsbeziehung können indessen zur Verhinderung einer unzulässigen Privilegierung des Konkubinats gegenüber der Ehe, die finanziellen Verhältnisse des Konkubinatspartners mitberücksichtigt werden (Urteil 2P.218/2003 des Bundesgerichts vom 12. Januar 2004 Erw. 3.2).

⇒ Vergleiche SKOS-Richtlinien und SozialNews, Ausgabe 1/2005

Rechtliches

Grundsätzlich bestehen zwischen solchen Partnern keine gegenseitigen gesetzlichen Unterhaltspflichten, wie sie das Eherecht in den Art. 159 und Art. 163 ZGB vorsieht. Es besteht lediglich eine Unterhaltsbeitragspflicht gegenüber Kindern. Entsprechend bilden solche Gemeinschaften auch keine Unterstützungseinheit.

Berechnung der wirtschaftlichen Sozialhilfe bzw. des Konkubinatsbeitrages

Auch wenn aus rechtlicher Sicht Personen in einem gefestigten Konkubinat nicht einem Ehepaar gleichgestellt werden können, so ist im Unterstützungsfall das Einkommen des nicht unterstützten Partners angemessen mit zu berücksichtigen. Es ist aber sicherzustellen, dass der nicht unterstützte Partner seinen persönlichen Verpflichtungen nachkommen kann und dass seine Leistungspflicht nicht zu unzumutbaren persönlichen, sozialen und wirtschaftlichen Einschränkungen führt. Dem erweiterten SKOS-Budget werden die Einnahmen der/des Pflichtigen gegenübergestellt. Dabei sind sämtliche Einkommen (inkl. Vermögensertrag, 13. Monatslohn usw.) zu berücksichtigen, ebenso Einkünfte der im erweiterten SKOS-Budget berücksichtigten Kinder (wie Kinderzulage usw.). Der Einnahmeüberschuss wird im Budget der antragstellenden Person vollumfänglich als Einnahme (Konkubinatsbeitrag) angerechnet.

Ist der/die Konkubinatspartner/-in nicht bereit, die Einkommens- und Vermögensverhältnisse offen zu legen, wird die Unterstützung aufgrund mangelndem Nachweis der Bedürftigkeit abgelehnt (vgl. dazu SKOS-Richtlinien A.8.3). Werden beide Partner unterstützt, so erfolgt die Berechnung der für die wirtschaftliche Sozialhilfe massgebenden Beträge analog zur Berechnung des Bedarfs von Ehepaaren. Im Unterschied zur Unterstützung eines Ehepaares werden zwei Budgets erstellt (Bedarf nach Köpfen) und entsprechend zwei Konten geführt. In jedem Fall ist zu beachten, dass Konkubinatspaare aufgrund der Höhe der wirtschaftlichen Sozialhilfe nicht besser gestellt werden als unterstützte Ehepaare.

G – Rechtsgrundlagen

G.1 Bund

BV Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (SR 101)

ZGB Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907 (SR 210)

ZUG Bundesgesetz über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger vom 24. Juni 1977 (SR 851.1)

G.2 Kanton

ShG Gesetz über die Sozialhilfe vom 18. Mai 1983 (SRSZ 380.100)

ShV Vollziehungsverordnung zum Gesetz über die Sozialhilfe (Sozialhilfeverordnung) vom 30. Oktober 1984 (SRSZ 380.111)

MigV Vollzugsverordnung zum Kantonalen Gesetz zum Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und zum Asylgesetz vom 2. Dezember 2008 (SRSZ 111.211)

VRP Verwaltungsrechtspflegegesetz vom 6. Juni 1974 (SRSZ 234.110)

Die systematische Rechtssammlung des Kantons Schwyz (SRSZ):

<https://www.sz.ch/behoerden/amtsblatt-gesetze-entscheide/gesetzsammlung/systematische-srsz.html/72-416-413-1366-1365>

Publizierte Entscheide zur Sozialhilfe können unter folgendem Link abgerufen werden:

www.kgsz.ch/rechtsprechung

www.vgsz.ch/rechtsprechung

H – Praxishilfen

H.1 – H.13 Praxishilfen

⇒ Vergleiche SKOS-Richtlinien

Abgrenzungsprobleme bei Rechnungen oder Schulden

Grundsatz

Da die Ausrichtung von wirtschaftlicher Sozialhilfe immer gegenwartsbezogen ist, sind die Kosten zu dem Zeitpunkt zu berücksichtigen, wo sie effektiv anfallen. Der Behandlungszeitraum spielt sozialhilfe-rechtlich keine Rolle. Im konkreten Fall ist das Datum der Leistungsabrechnung massgebend, denn erst durch diese ist bekannt, wie hoch der Selbstbehalt ist.

Davon ausgenommen sind Kosten, für die eine Kostengutsprache geleistet wurde. Sie müssen von dem Gemeinwesen übernommen werden, das die Kostengutsprache geleistet hat. Dort gilt als Stichtag das Datum der Kostengutsprache.

Bestimmung der Zuständigkeit bei Gemeindefwechsel

Jene Gemeinde ist für die Bezahlung der Leistungsabrechnungen zuständig, die zum Zeitpunkt der Fälligkeit der Leistungsabrechnung wirtschaftliche Sozialhilfe gewährt. Es sei denn, die vorherige Gemeinde habe eine Kostengutsprache geleistet.

Fälligkeit meint den Zeitpunkt, ab welchem der Gläubiger die Leistung zwangsweise einfordern kann. Zwischen dem Rechnungsdatum und der Fälligkeit liegt der Zeitraum der Erfüllbarkeit, d.h. in dieser Zeit kann der Schuldner mit befreiender Wirkung leisten (zahlen) – in der Regel innert 30 Tagen. Die SKOS-Line Beratungsstelle empfiehlt jedoch der vorherigen Gemeinde die Kosten zu übernehmen (d.h. Bezahlung während Erfüllbarkeit), wenn die Rechnung noch während der Unterstützung in dieser Gemeinde vorgelegt wird.

Die Rechnung ist von jener Gemeinde zu bezahlen, welcher die Rechnung vorgelegt wird, wenn ihre Zuständigkeit in den Zeitraum der Erfüllbarkeit (Rechnungsstellung bis Fälligkeit) fällt. Wenn bspw. eine unterstützte Person per Ende Monat von der Sozialhilfe abgelöst wird, soll die Übernahme einer Kostenbeteiligung, welche zwar in Rechnung gestellt aber noch nicht fällig ist, nicht verweigert werden mit dem Argument, dass die Rechnung erst im Folgemonat fällig ist.

Beispiele:

Herr Z. wird vom Sozialdienst für Flüchtlinge der Caritas mit wirtschaftlicher Sozialhilfe unterstützt. Nach seiner Einbürgerung geht sein Dossier am 1.2.2014 an die Wohngemeinde F. über. Im März 2014 erhält er eine Arztrechnung (Behandlungsdatum: 1.9. bis 30.11.2013). Der Sozialdienst übernimmt den Selbstbehalt.

Der Betrag fällt im März 2014 an und muss unabhängig vom Behandlungszeitraum vom Sozialdienst der Gemeinde F. übernommen werden.

Herr X. bezieht in seiner Wohngemeinde Y neu seit dem 1.1.2014 WSH. Zur Sicherung seines Mietverhältnisses entscheidet der Sozialdienst im Januar 2014, einen Mietzinsausstand des Monats Oktober 2013 zu übernehmen. Zusätzlich liegt eine Rechnung von Wohnnebenkosten vor für das Jahr 2013. Beide Beträge fallen im Januar 2014 an und müssen vom Sozialdienst der Gemeinde Y übernommen werden.

Frau Y. ist seit längerer Zeit Sozialhilfebezügerin. Sie braucht dringend eine Zahnsanierung. Der zuständige Sozialdienst leistet nach den Abklärungen (Prüfung des Kostenvoranschlags) am 15.11.2013

eine Kostengutsprache. Frau Y. findet in der Nachbargemeinde eine günstige Wohnung und zügelt per 1.2.2014 dorthin. Sie ist weiter auf Sozialhilfe angewiesen und präsentiert im März 2014 die Rechnung des Zahnarztes für die in der Zwischenzeit erfolgte Sanierung. Der Betrag muss noch von der ehemaligen Wohngemeinde übernommen werden, die dafür Kostengutsprache geleistet hat.

Sozialhilfe für AHV-Rentner (im Heim) und seine Ehefrau (in eigener Wohnung)

Ein pflegebedürftiger Rentner lebt im Pflegeheim. Trotz gesetzlichem Höchstbetrag der Ergänzungsleistungen pro Person inkl. Prämienverbilligung übersteigen die Ausgaben die Einnahmen.

Die Ehefrau des Rentners lebt allein in der ehelichen Wohnung. Für sie wird von der Ausgleichskasse eine separate Berechnung erstellt. Gemäss dieser Berechnung erhält sie zusätzlich zur AHV-Rente eine minimale Pensionskassenrente und kann mit diesen Einnahmen ihren Bedarf decken.

Die Eheleute haben ein kleines Vermögen, welches gemäss SKOS-Richtlinien (E.2) bis zum Vermögens-Freibetrag von Fr. 8000.– aufgebraucht werden muss. Danach muss das Ehepaar einen Antrag auf Sozialhilfe stellen.

- Es stellt sich die Frage, wer die ungedeckten Pflegeheimkosten des Rentners bezahlt und
- ob die Ehefrau mit ihrem EL-Existenzminimum ihren pflegebedürftigen Ehemann bis zum sozialhilferechtlichen Existenzminimum unterstützen muss, obwohl sie getrennt leben (ohne richterliche Verfügung) (vgl. auch SKOS Richtlinien F.3.2).
- Werden die Eheleute bei der Berechnung der wirtschaftlichen Sozialhilfe als Unterstützungseinheit behandelt oder wird für jede unterstützte Person ein individuelles Unterstützungskonto geführt?

Die Verwandtenunterstützungspflicht ist in den Artikeln 328 und 329 ZGB geregelt (Kinder – Eltern – Grosseltern). Gestützt auf Art. 163 Abs. 1 ZGB, wonach Eheleute gemeinsam, ein jeder nach seinen Kräften, für den gebührenden Unterhalt der Familie zu sorgen hat, wird empfohlen, für die Berechnung der wirtschaftlichen Sozialhilfe die Eheleute als Unterstützungseinheit zu behandeln.

Es versteht sich von selbst, dass in diesen Fällen die Verwandtenunterstützungspflicht geprüft werden muss. Verwandtenbeiträge können nicht mit Beschluss der Fürsorgebehörden eingefordert werden. Im Streitfall hat die unterstützende Behörde eine Zivilklage zu erheben (Art. 25 ZUG, § 24 Abs. 2 ShG [s. auch SKOS Richtlinien F.4]).

I – Glossar

BGE	Bundesgerichtsentscheid
BV	Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (SR 101)
EFB	Einkommens-Freibeträge für Erwerbstätige
GBL	Grundbedarf für den Lebensunterhalt
IIZ	Interinstitutionelle Zusammenarbeit
IM	Integrationsmassnahmen
IZU	Integrationszulage für Nicht-Erwerbstätige
KVG	Bundesgesetz über die Krankenversicherung vom 18. März 1994 (SR 832.10)
MGV	Medizinische Grundversorgung
RAV	Regionales Arbeitsvermittlungszentrum
RRB	Regierungsratsbeschluss
Rz	Randziffer
ShG	Gesetz über die Sozialhilfe vom 18. Mai 1983 (SRSZ 380.100)
ShV	Vollziehungsverordnung zum Gesetz über die Sozialhilfe vom 30. Oktober 1984 (SRSZ 380.111)
SIL	Situationsbedingte Leistungen
SKOS	Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe
SPITEX	Spitalexterne Hilfe, Gesundheits- und Krankenpflege
StPO	Schweizerische Strafprozessordnung vom 5. Oktober 2007 (SR 312)
SUVA	Schweizerische Unfallversicherungsanstalt
TCS	Touring Club der Schweiz
VVG	Bundesgesetz über den Versicherungsvertrag vom 2. April 1908 (SR 221.229.1)
ZeSo	Zeitschrift für Sozialhilfe, herausgegeben von der SKOS
ZUG	Bundesgesetz über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger vom 24. Juni 1977 (SR 851.1)

J – Anhänge

1. Beispiel einer Weisung betreffend Mietzinshöhe
2. Beispiel eines Beschlusses betreffend Sistierung der WSH
3. Zusammenarbeit und Kostenübernahme Opferhilfe – Frauenhaus
4. Merkblatt über die Sozialhilfe
5. Berechnungsblatt zur Bemessung der Sozialhilfe
6. Checkliste: Benötigte Unterlagen zum Gesuch um Sozialhilfe
7. Unterstützungsgesuch (Anmeldung für eine Beratung oder finanzielle Hilfe)
8. Fragebogen (Bundesamt für Statistik Schweiz)
9. Intake – Formular (Sozialdienst intern)
10. Checkliste (Sozialdienst intern)
11. Entbindungserklärungen und Vollmachten
12. Merkblatt Berechnung Elternbeiträge bei einer Fremdplatzierung
13. Merkblatt über die Zuständigkeit bei Opfern von Menschenhandel
14. Notfall-Unterstützungsanzeige gemäss Art. 30 ZUG
15. Bankenerklärung
16. Fahrzeugabklärung
17. Motorfahrzeug und Sozialhilfe
18. Merkblatt Pflegekinder
19. Formular Schwereliste

Gemeinde XX

Herrn ABC
Musterstrasse 1
XXXXX

1. Juli 2015

Weisung gemäss § 9 Abs. 1 und Abs. 2 Bst. d Sozialhilfeverordnung (ShV) betreffend Mietzinshöhe

Sehr geehrter Herr ABC

Anlässlich Ihres letzten Besuchs auf unserer (Stelle) haben wir Ihnen eröffnet, dass Ihre Wohnung zu teuer ist und Sie angewiesen, bis zum 31. Oktober 2015 eine Wohnung zum Mietzins der Richtlinien unserer Gemeinde (siehe Beilage) zu suchen.

Der guten Ordnung halber bestätigen wir Ihnen hiermit schriftlich unsere Weisung.

Freundliche Grüsse

Fürsorgebehörde XX

Einschreiben
Herrn ABC
Musterstrasse 1
XXXXX

11. Juli 2015

Beschluss betreffend Sistierung der wirtschaftlichen Sozialhilfe

Sehr geehrter Herr ABC

Seit 1. Juli 2015 erhalten Sie für Ihre Kinder nebst der IV-Kinderrente Ergänzungsleistungen von monatlich Fr. 1 600.–. Somit haben Sie noch Anspruch auf Sozialhilfe von Fr. 640.– pro Monat.

Die Ausgleichskasse wird Ihnen demnächst eine Nachzahlung von Ergänzungsleistungen von Fr. 22 000.– überweisen. Mit diesem Betrag wird die Vermögensgrenze überschritten, weshalb Sie ab September 2015 keinen Anspruch mehr auf wirtschaftliche Sozialhilfe haben.

Die vorliegenden Mittel sind für die Deckung des monatlichen Fehlbetrages bestimmt und sollten zusammen mit den Sozialversicherungsleistungen Ihren Lebensunterhalt bis..... decken.

Beschluss

Die wirtschaftliche Sozialhilfe wird per 31. August 2015 eingestellt.

Freundliche Grüsse

Unterschrift: FB Präsident/in und FB Sekretär/in

Rechtsmittel

Gegen diesen Beschluss kann innert 20 Tagen seit Zustellung beim Regierungsrat des Kantons Schwyz, Postfach 1260, 6431 Schwyz, schriftlich begründet, Beschwerde erhoben werden.

Grundsätzliches

Meldet sich eine Frau aus dem Kanton Schwyz telefonisch bei einem Frauenhaus, wird sie an die Opferberatungsstelle des Kantons Schwyz verwiesen.

Ein Frauenhauseintritt muss sofort, bei Eintritt am Wochenende spätestens innert drei Tagen der Opferberatungsstelle des Kantons Schwyz gemeldet werden.

Das Frauenhaus leistet lediglich eine erste Krisenintervention, die Beratung im Rahmen der Opferhilfe erledigt die Opferberatungsstelle des Kantons Schwyz. Bezieht eine Frau Sozialhilfe und wird sie durch den Sozialdienst in einem Frauenhaus platziert, übernimmt die Opferhilfe keine Leistungen.

Ablauf bei Eintritt

Nach Eingang der Eintrittsmeldung prüft die Opferberatungsstelle die Gefährdung der Frau und ob allenfalls ein Übertritt in eine Notunterkunft im Kanton Schwyz zumutbar ist. Gleichzeitig erhält die Wohnsitzgemeinde eine Meldung, damit eine nahtlose Betreuung (Wohnungssuche, Sozialhilfe etc.) gewährleistet werden kann.

Ist die Frau nicht bereit, in eine Notunterkunft im Kanton Schwyz zu wechseln obwohl keine Gründe dagegen sprechen, werden die anfallenden Kosten nicht übernommen. Dieser Entscheid wird dem Frauenhaus mitgeteilt.

Ablauf Kostenübernahme

Die Opferberatungsstelle kann mündlich oder schriftlich eine Kostengutsprache für maximal fünf Tage erteilen. Liegen Gründe für einen längeren Aufenthalt vor, gewährt das Amt für Gesundheit und Soziales Kostengutsprache für die Dauer von höchstens 21 Tagen. In begründeten Fällen kann der Aufenthalt um weitere 21 Tage verlängert werden.

Zusammenarbeit mit der Opferberatungsstelle

Der Aufenthalt im Frauenhaus dient der Gefahrenabwehr und der Krisenintervention. Der Schutz der Frau und ihrer Kinder hat höchste Priorität. Die Opferberatung erfolgt ausschliesslich durch die Beratungsstelle des Kantons Schwyz. Opferhilfen (wie Therapien, juristische Hilfe oder auch eine Umplatzierung) werden von der Opferberatungsstelle bei Bedarf vermittelt.

Übergabe an den Sozialdienst der Wohnsitzgemeinde

Die Opferberatungsstelle orientiert den zuständigen Sozialdienst über die getroffenen Massnahmen und übergibt danach die Familie in die Betreuung der Wohnsitzgemeinde. Die Fürsorgebehörde hat Kenntnis von der Platzierung und übernimmt in Rahmen der Sozialhilfe die nötigen Abklärungen (Wohnungssuche, finanzielle Unterstützung, Versicherungen KK und ALV, Arbeitsaufnahme, etc.). Sollte die Frau mit ihren Kindern über die 21 bzw. 42 Tage hinaus im Frauenhaus verbleiben, ist die Finanzierung durch die zuständige Fürsorgebehörde nach vorgängiger Kostengutsprache zu übernehmen.

Nebenkosten

Bei Bedarf werden nach vorgängiger Kostengutsprache Übersetzungskosten von höchstens fünf Stunden übernommen. Der max. Stundenansatz beträgt Fr. 85.– plus Spesen in der Höhe von höchstens Fr. 33.– (exkl. Mehrwertsteuer; Tarifordnung Dolmetschdienst Caritas Luzern). Ist eine Frau erwerbstätig, werden keine finanziellen Überbrückungshilfen geleistet. Ansonsten werden notwendige Fahrten (Polizei, Arzt, Beratungsstellen) bezahlt und für Gegenstände für den täglichen Gebrauch wird ein Betrag von Fr. 16.– pro Person und Tag gewährt.

Merkblatt über die Sozialhilfe

A. Voraussetzungen und Umfang der Unterstützung

Anspruch auf Sozialhilfe

Das Sozialhilfegesetz des Kantons Schwyz legt die Aufgaben der Sozialhilfe in den Bereichen der persönlichen und wirtschaftlichen Sozialhilfe fest. Die Sozialhilfe hat neben der Gewährleistung der materiellen Sicherheit auch den Auftrag, Beratung und persönliche Unterstützung zu leisten, mit dem Ziel der Erhaltung und Förderung von Selbständigkeit.

Wer für seinen Lebensunterhalt und den seiner Familienangehörigen mit gleichem Wohnsitz nicht hinreichend oder rechtzeitig aus eigenen Mitteln aufkommen kann, hat Anspruch auf wirtschaftliche Hilfe (§ 15 des Gesetzes über die Sozialhilfe vom 18. Mai 1983 [SRSZ 380.100, ShG]).

Zuständigkeit

Zuständig für die persönliche und wirtschaftliche Hilfe jeder Art ist der Sozialdienst Ihrer Wohnsitzgemeinde.

Welche Bedeutung hat das Unterstützungsgesuch?

Das Unterstützungsgesuch bildet die Grundlage für eine Hilfeleistung durch die Fürsorgebehörde. Es dient insbesondere der Bemessung von allfälligen Sozialhilfeleistungen. In der Regel müssen Sie das Unterstützungsgesuch vor der Ausrichtung einer Leistung der Sozialhilfe unterschreiben. Sie haben zudem einen aktuellen amtlichen Ausweis vorzulegen.

Was gehört zum anrechenbaren Einkommen bzw. zu den anrechenbaren Einkünften?

- Verdienst und Nebenverdienst mit Familien-, Kinder-, Teuerungs-, Schicht- und Weihnachtzulagen einschliesslich Provisionen, Gratifikationen, Pensionen usw.
- Finanzielle Leistungen aller Art wie Prämienverbilligung der Krankenkasse, Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waisenrenten sowie Taggelder wegen Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit, Stipendien und Leistungen der Militärversicherung usw. (Versicherungspolice und Versicherungsausweise jeder Art wie z.B. Kranken-, Unfall-, Lebens-, Berufsvorsorge-, Taggeld-, Hausrat- und Haftpflichtversicherungen müssen Sie vorlegen).
- Einmalige oder regelmässige Zuwendungen von Privaten (z.B. Alimente, Elternbeiträge, Verwandtenunterstützung, Zahlungen aus Unterhaltsverpflichtung usw.), Firmen, staatlichen oder privaten Wohltätigkeitsinstitutionen usw.
- Erbschaften, Schenkungen, Lotteriegewinne aller Art usw.
- Genugtuungen ersetzen einen immateriellen Schaden und dienen nicht der materiellen Überlebenssicherung. Sie sind daher nicht anzurechnen. Schadenersatzleistungen hingegen werden in die Bedarfsrechnung einbezogen.

Was gehört zum anrechenbaren Vermögen?

- Geld, Bank- und Postcheckguthaben (auch ausländische), Aktien, Obligationen, einbringliche Forderungen usw.
- Wertgegenstände aller Art (wie Autos, Schmuck usw., selbst wenn nicht mehr neu).
- Liegenschaften (auch ausserhalb der Schweiz) sowie Wohn- und Nutzniessungsrechte daran usw.

Was geschieht mit den Schulden und unbezahlten Rechnungen?

Die Sozialhilfe übernimmt grundsätzlich keine Schulden. Dennoch bitten wir Sie, uns Ihre Schulden und unbezahlten Rechnungen bekannt zu geben, damit die für Sie beste Lösung gefunden werden kann. Sprechen Sie unbedingt mit der zuständigen Sozialberaterin oder dem zuständigen Sozialberater darüber. Wir weisen Sie ausserdem darauf hin, dass die Unterstützungsleistungen weder abgetreten, verpfändet noch gepfändet werden dürfen.

B. Rechte und Pflichten

Auskunftspflicht

Die Fürsorgebehörde Ihrer Gemeinde ist von Amtes wegen verpflichtet, den Sachverhalt sowie Ihre finanziellen Verhältnisse abzuklären und entscheidet dann über Art und Ausmass der Hilfe. vgl. § 18 des Verwaltungsrechtspflegegesetzes vom 6. Juni 1974; SRSZ 234.110, VRP).

Wer Sozialhilfe beantragt, ist verpflichtet, wahrheitsgetreu und vollständig über seine Einkommens-, Vermögens- und Familienverhältnisse Auskunft zu geben. Insbesondere muss Einsicht in Unterlagen und Mietverträge, Lohnabrechnungen, Gerichtsentscheide usw. gewährt werden. Zu diesem Zweck hat die gesuchstellende Person das Unterstützungsgesuch und die geforderten Unterlagen zur Überprüfung des Gesuchs schriftlich einzureichen. (vgl. § 19 VRP sowie § 10 Vollziehungsverordnung zum Gesetz über die Sozialhilfe vom 30. Oktober 1984, SRSZ 380.111, ShV).

Mitwirkungspflicht

Die hilfesuchenden Personen sind verpflichtet, bei der Abklärung des Sachverhaltes mitzuwirken und alle Veränderungen in ihren persönlichen und finanziellen Verhältnissen unverzüglich zu melden, soweit sie für die Sozialhilfe relevant sind (z.B. Arbeitsaufnahme, Veränderung Arbeitspensum, Stellen- oder Wohnungswechsel usw.).

Sozialhilfeleistungen können gekürzt oder ganz eingestellt werden, wenn unrechtmässiger Leistungsbezug, grobe Pflichtverletzungen oder Rechtsmissbrauch vorliegen. Solche Kürzungen bzw. Einstellung müssen in Form einer beschwerdefähigen Verfügung schriftlich eröffnet und begründet werden. Vorgängig muss dem Sozialhilfeempfänger das rechtliche Gehör gewährt werden.

Verwandtenunterstützungspflicht (§ 24 und § 26 ShG)

Die familienrechtlichen Unterhalts- und Unterstützungspflichten nach Art. 328 f. ZGB gehen der wirtschaftlichen Hilfe vor. Sie sind nach den Vorschriften des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (ZGB) geltend zu machen.

Rückerstattungspflicht (§ 25 ShG)

Wer wirtschaftliche Hilfe in Anspruch genommen hat, ist zur Rückerstattung verpflichtet, wenn er durch unwahre Angaben Leistungen erwirkt hat, oder wenn er finanziell in besonders günstige Verhältnisse gelangt ist. Der Rückerstattungsanspruch erstreckt sich auf die Leistungen, die der Hilfsempfänger für sich selbst, seinen Ehegatten während der Ehe und seine Kinder während ihrer Unmündigkeit erhalten hat. Gegenüber Erben von Personen, die wirtschaftliche Hilfe bezogen haben, erstreckt sich die Rückerstattungspflicht höchstens auf die empfangene Erbschaft unter Berücksichtigung des Verwandtschaftsgrades und der persönlichen Beziehungen zum Erblasser. Wirtschaftliche Hilfe, die jemand für sich während seiner Unmündigkeit oder bis zum Abschluss einer ordentlichen Ausbildung genossen hat, muss der Empfänger nicht zurückerstatten. Der Rückerstattungsanspruch ist unverzinslich und erlischt nach 20 Jahren, vom Zeitpunkt der letzten bezogenen Hilfe an gerechnet. Verwandtenunterstützungen und Rückerstattungen sind von der Behörde des kostentragenden Gemeinwesens geltend zu machen.

Wirtschaftliche Hilfe, die als Vorschuss im Hinblick auf Leistungen einer Sozialversicherung, einer Privatversicherung oder eines Dritten (z.B. IV-Leistungen) gewährt worden ist und für die rückwirkend Nachzahlungen entrichtet werden, ist zurückzuerstatten. Das Vorschuss leistende Gemeinwesen kann bei der Versicherung oder beim Dritten die direkte Auszahlung der Nachzahlung im Umfang der geleisteten Vorschüsse verlangen.

Rechts- und Handlungsfähigkeit

Die Tatsache, dass eine Person Sozialhilfe bezieht, schränkt ihre zivilrechtliche Rechts- und Handlungsfähigkeit nicht ein. Sie kann insbesondere nach wie vor Verträge abschliessen, ein Testament abfassen oder Prozesse führen. Die Unterstützung hat keine Auswirkung auf die Ausübung der elterlichen Sorge. Sozialhilfeorgane dürfen nur dann im Namen der unterstützten Person Rechte und Pflichten begründen, wenn sie dazu ausdrücklich ermächtigt sind (bspw. Geltendmachung von Verwandtenunterstützung).

Verbot der Rechtsverweigerung und Rechtsverzögerung, Schweigepflicht

Sozialhilfeorgane dürfen die Entgegennahme eines Gesuchs um wirtschaftliche Hilfe nicht ausdrücklich ablehnen oder die Entscheidung über ein Gesuch um wirtschaftliche Hilfe stillschweigend unterlassen. Sie dürfen die Behandlung eines Gesuchs auch nicht über Gebühr verzögern.

Mitglieder der Sozialhilfeorgane und Personen, die in den Sozialdiensten tätig sind, sind an die

Schweigepflicht gebunden (§ 5 ShG) und unterstehen dem Amtsgeheimnis im Sinne von Art. 320 des Schweizerischen Strafbuchgesetzes.

Rechtliches Gehör und Akteneinsicht

Unterstützte Personen haben das Recht auf Akteneinsicht, das Recht auf Orientierung, Äusserung und Mitwirkung bei der Sachverhaltsabklärung, das Recht auf Prüfung des Antrages und auf Begründung des Entscheides sowie das Recht, sich im Verfahren anwaltlich vertreten zu lassen.

Schriftlich begründete Verfügung

Die Sozialhilfeorgane sind verpflichtet, Verfügungen, die ein Gesuch nicht vollumfänglich gutheissen, sowie belastende Verfügungen schriftlich zu begründen. Die Begründung muss so umfassend sein, dass die betroffene Person in der Lage ist, die Tragweite der Verfügung zu beurteilen und diese allenfalls, in voller Kenntnis der Umstände, bei der Rechtsmittelinstanz anzufechten. In der Verfügung müssen die Überlegungen genannt werden, von denen sich die Sozialhilfeorgane leiten lassen und auf welche Grundlagen sie sich stützen.

Rechtsmittel

Sind Sie mit einem Entscheid der Fürsorgebehörde nicht einverstanden, können Sie beim Regierungsrat des Kantons Schwyz, Postfach 1260, 6431 Schwyz, eine Beschwerde einreichen. Die Beschwerde ist in schriftlicher Form und mit einer kurzen Begründung einzureichen. Der angefochtene Entscheid ist beizulegen.

Hilfe zur Selbsthilfe

Die Sozialhilfeorgane sind verpflichtet, den Betroffenen solche Hilfen anzubieten, die sie in den Stand versetzen, eine Notlage abzuwenden oder ihrer Situation selbständig zu verbessern bzw. zu stabilisieren.

Praxistipps

Falls Sie sich in einer Notlage befinden oder sich eine Notlage abzeichnet, wenden Sie sich bitte rechtzeitig an den Sozialdienst bzw. an das Fürsorgesekretariat. Frühzeitiger Rat ist für eine wirksame Hilfe sehr wichtig!

Der Sozialdienst bzw. das Fürsorgesekretariat brauchen alle Unterlagen, die Ihr Problem belegen (siehe „Checkliste: Benötigte Unterlagen zum Gesuch um Sozialhilfe“): Lohnabrechnung (auch Ehepartner/in), Papiere zum Arbeitslosengeld, Stipendienbelege, Mietvertrag, Krankenkassen-Unterlagen usw. Suchen Sie vor dem Gespräch alle Papiere zusammen und bringen Sie diese mit. So kann Ihre Anspruchsberechtigung schneller geprüft werden.

Bescheinigung / Erklärung

Der Antragsteller bzw. die Antragstellerin erklärt, dass er bzw. sie das Merkblatt von der Fürsorgebehörde bzw. vom Sozialdienst erhalten hat und dessen Inhalt gelesen und verstanden hat.

Name/Vorname:

Ort, Datum:

Unterschrift:

Gemeinde.....

Berechnungsblatt zur Bemessung der Sozialhilfe			
Klient/in:		Monat/Jahr:	
Ausgaben			
Materielle Grundsicherung:		Fr. pro Monat	
B.2.2	Grundbedarf für den Lebensunterhalt für-Personen-Haushalt	0.00	
B.3	Wohnungskosten mit NK ohne NK	0.00	
B.3	Allfällige Wohn-Nebenkosten:		
	-	0.00	
B.5	Medizinische Grundversorgung		
	- Grundversicherung KVG	0.00	
	- weitere:	0.00	
Situationsbedingte Leistungen (Gestehungskosten) bei Berufstätigen/Integrationsmassnahmen			
C.1.2	- Mehrkosten auswärtige Verpflegung	0.00	
	- Zusatzkosten Verkehrsauslagen	0.00	
C.1.3	- Fremdbetreuung Kinder	0.00	
	- Weitere	0.00	
	Total Grundsicherung		0.00
Integrationszulage			
C.2	Integrationszulage (IZU)	0.00	
	IZU zweite Person	0.00	
	Total Integrationszulagen		0.00
Weitere situationsbedingte Leistungen			
Kapitel C	-	0.00	
	-	0.00	
	Total situationsbedingte Leistungen		0.00
	Total anrechenbarer Aufwand		0.00

Einnahmen			
E.1.1	Erwerbseinkommen: 1. Person	0.00	
	Erwerbseinkommen: 2. Person	0.00	
	Kinderzulagen	0.00	
F.3	Alimente, Alimentenbevorschussung	0.00	
F.1	Einkommen aus Renten, Versicherungsleistungen	0.00	
	Individuelle Prämienverbilligung (IPV)	0.00	
F.5.2	Entschädigung für Haushaltführung	0.00	
	Weitere Einnahmen		
	-	0.00	
	-	0.00	
	Total Einnahmen		0.00
E.1.2	Abzüglich Erwerbseinkommensfreibetrag (EFB)	0.00	
	Total anrechenbares Einkommen nach Abzug EFB		0.00
	Fehlbetrag / Mehreinnahmen		0.00

Checkliste: Benötigte Unterlagen zum Gesuch um Sozialhilfe

Für die Prüfung der Anspruchsberechtigung müssen die nachfolgenden Unterlagen dem Gesuch beigelegt werden. Sie sind für sämtliche Haushaltsmitglieder einzureichen. Unvollständige Unterlagen können zur Verzögerung bzw. zur Nichtbehandlung des Gesuchs führen. Die Unterlagen der vormarkierten Felder müssen zwingend beiliegen. Die weiteren Unterlagen sind ebenfalls zwingend einzureichen, falls sie vorhanden sind.

Bei Fragen steht Ihnen die Fachperson des Sozialdienstes Ihrer Wohnsitzgemeinde gerne zur Verfügung.

1. ALLGEMEINE UNTERLAGEN

- | | |
|---|---|
| <input checked="" type="checkbox"/> Kopie Pass oder Identitätskarte | <input checked="" type="checkbox"/> Mietvertrag, inkl. Änderungen |
| <input checked="" type="checkbox"/> Ausländer/innen: Aufenthaltsbewilligung | <input checked="" type="checkbox"/> Untermiete: Untermiet- und Hauptmietvertrag |
| <input checked="" type="checkbox"/> AHV-Ausweis | |

2. VERSICHERUNGEN

- | | |
|---|---|
| <input checked="" type="checkbox"/> aktuelle Krankenkassenpolice | <input checked="" type="checkbox"/> Hausratversicherung |
| <input checked="" type="checkbox"/> Privathaftpflichtversicherung | <input checked="" type="checkbox"/> Prämienverbilligung IPV (Verfügung) |
| <input type="checkbox"/> Auto-Haftpflichtversicherung | |

3. VERMÖGEN / SCHULDEN

- | | |
|---|--|
| <input checked="" type="checkbox"/> Bank / PC-Konto-Auszüge der letzten 6 Monate inkl. Sparkontos | <input type="checkbox"/> Fahrzeuge (aktueller Fahrzeugausweis) |
| <input checked="" type="checkbox"/> Steuerveranlagung / Letzte Steuererklärung | <input type="checkbox"/> Grundeigentum (In- und Ausland) |
| <input checked="" type="checkbox"/> Wertschriften und Vermögenswerte | <input type="checkbox"/> Schulden (Betreibungen, Pfändungen, Betreibungsregistrauszug) |
| <input type="checkbox"/> Darlehen, Kredite und Leasingverträge | <input type="checkbox"/> Lebensversicherung (Police) |
| <input type="checkbox"/> Pensionskassennachweis | <input type="checkbox"/> Freizügigkeitspolice |

4. BEI UNSELBSTÄNDIGER ERWERBSTÄTIGKEIT

- | | |
|---|--|
| <input type="checkbox"/> Arbeitsvertrag | <input type="checkbox"/> Lohnabrechnung der letzten 3 Monate |
|---|--|

5. BEI SELBSTÄNDIGER ERWERBSTÄTIGKEIT

- | | |
|---|--|
| <input type="checkbox"/> Bilanz / Erfolgsrechnung der letzten 2 Jahre | <input type="checkbox"/> Kontoauszüge der letzten 6 Monate |
| <input type="checkbox"/> Handelsregisterauszug | <input type="checkbox"/> Konkursanzeige |

6. BEI ARBEITSLOSIGKEIT

- | | |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> alle Verfügungen des Amts für Arbeit | <input type="checkbox"/> Kündigungsschreiben |
| <input type="checkbox"/> ALV-Abrechnungen der letzten 3 Monate | |

7. BEI AUSBILDUNG

- | | |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Ausbildungsbeiträge / Stipendien | <input type="checkbox"/> Lehrvertrag / Ausbildungsbestätigung |
|---|---|

8. BEI ARBEITSUNFÄHIGKEIT

- | | |
|---|--|
| <input type="checkbox"/> Arztzeugnis | <input type="checkbox"/> Krankentaggeldabrechnungen |
| <input type="checkbox"/> Unfalltaggeldabrechnungen | <input type="checkbox"/> Invalidentaggeldabrechnungen |
| <input type="checkbox"/> Mutterschaftstaggeldabrechnungen | <input type="checkbox"/> IV-Anmeldung (sofern erfolgt) |

9. BEI RENTENBEZUG

- | | |
|--|---|
| <input type="checkbox"/> Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) | <input type="checkbox"/> Invalidenversicherung (IV) |
| <input type="checkbox"/> Ergänzungsleistung (Aktuelles
Ergänzungsleistungsberechnungsblatt) | <input type="checkbox"/> Berufliche Vorsorge (BVG) |
| <input type="checkbox"/> Witwenrente / Waisenrente | <input type="checkbox"/> Hilflosenentschädigung |

10. BEI TRENNUNG UND SCHEIDUNG

- | | |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Trennungsverfügung | <input type="checkbox"/> Scheidungsurteil |
| <input type="checkbox"/> Unterhaltsvertrag | |

11. WEITERE UNTERLAGEN

- ☐ Familien- und Kinderzulagen

☐ _____

☐ _____

Unterstützungsgesuch um wirtschaftliche Sozialhilfe

Ihr Gesuch können die Sozialdienste in der Regel erst dann behandeln, wenn das Gesuchsformular vollständig, lesbar ausgefüllt und unterzeichnet ist und die erforderlichen Dokumente und Unterlagen (siehe „Checkliste: Benötigte Unterlagen zum Gesuch um Sozialhilfe“) vorliegen. Unvollständige Unterlagen können zur Verzögerung bzw. zur Nichtbehandlung des Gesuchs führen.

Bei Fragen steht Ihnen die Fachperson des Sozialdienstes gerne zur Verfügung. Falls Sie beim Ausfüllen des Formulars Unterstützung brauchen, können Sie gerne beim Sozialdienst einen Termin vereinbaren.

PERSONALIEN

	GesuchstellerIn	Ehe-/LebenspartnerIn
Name	_____	_____
Vorname	_____	_____
Geburtsdatum	_____	_____
Adresse	_____	_____
PLZ/Ort	_____	_____
Tel.-Nr.	_____	_____
Heimatort/Nationalität	_____	_____
Aufenthaltsstatus	<input type="checkbox"/> C <input type="checkbox"/> B <input type="checkbox"/> F <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> andere: _____	<input type="checkbox"/> C <input type="checkbox"/> B <input type="checkbox"/> F <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> andere: _____
Sozialversicherungs- Nummer	_____	_____
Zuzug in die Schweiz am / von	_____	_____
Zuzug in den Kanton Schwyz am / von	_____	_____
Zuzug in die Gemeinde am / von	_____	_____
Zivilstand	<input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> geschieden <input type="checkbox"/> verheiratet <input type="checkbox"/> verwitwet <input type="checkbox"/> getrennt <input type="checkbox"/> in eingetragener Partnerschaft <input type="checkbox"/> Konkubinat seit _____	<input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> geschieden <input type="checkbox"/> verheiratet <input type="checkbox"/> verwitwet <input type="checkbox"/> getrennt <input type="checkbox"/> in eingetragener Partnerschaft <input type="checkbox"/> Konkubinat seit _____
Ausbildung	Höchste abgeschlossene Ausbildung _____	Höchste abgeschlossene Ausbildung _____
Beruf	Erlerner Beruf _____	Erlerner Beruf _____
	Haben Sie eine Ausbildung abgebrochen und diese auch zu einem späteren Zeitpunkt nicht beendet? Wenn ja, welche? (Bei mehreren abgebrochenen Ausbildungen muss die letzte angegeben werden)	

HAUSHALTZUSAMMENSETZUNG

Im gleichen Haushalt lebende Kinder und/oder andere Personen.

Bitte Bezug zur antragsstellenden Person angeben (z.B. eigenes Kind inkl. Adoptivkind, Stief-, Pflegekind, Kind des Partners, Geschwister, Enkel, Enkelin, Vater, Mutter, Schwiegereltern, Schwager, Schwägerin, usw.).

	Person 1	Person 2	Person 3	Person 4
Bezug zur Person				
Name				
Vorname				
Geschlecht				
Geburtsjahr				
Zivilstand				
Heimatort/ Nationalität				
Aufenthaltsstatus				
In der Schweiz seit				
AHV-Nummer				

Kinder, die nicht im selben Haushalt wohnen.

Name	Vorname	Adresse	Geb. Datum

MASSNAHMEN DES KINDES- UND ERWACHSENENSCHUTZES

GesuchstellerIn	Ehe-/LebenspartnerIn
Beistandschaft <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein Name Beistand /	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Kinder	Andere Personen im Haushalt
Beistandschaft / Vormundschaft <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein Name Beistand / Vormund	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein

WOHNSITUATION**Eigener Haushalt**

- ☐ Wohneigentum
☐ Miete
☐ Untermiete

Andere Unterkunft

- ☐ Pension / Hotel
☐ Heim / Begleitetes Wohnen
☐ Gratisunterkunft
☐ Verwandte / Bekannte
☐ Fahrende
☐ ohne feste Unterkunft

Wohnungsgrösse / Anzahl Zimmer
(gemäss Mietvertrag)

- ☐ 1 ☐ 2 ☐ 3 ☐ 4 ☐ 5 ☐ 6
☐ 1 ½ ☐ 2 ½ ☐ 3 ½ ☐ 4 ½ ☐ 5 ½ ☐ 6 ½

Hausrats- / Haftpflichtversicherung vorhanden? ☐ Ja ☐ Nein **und bezahlt** ☐ Ja ☐ Nein

ARBEITSSITUATION aller im gemeinsamen Haushalt lebenden Personen

	GesuchstellerIn	Ehe-/LebenspartnerIn	Person 1	Person 2
Geben Sie an, ob Sie oder eine im gemeinsamen Haushalt lebende Person,...				
a) angestellt ist.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wenn ja, Stellenprozente angeben	%	%	%	%
b) einer oder mehreren Teilzeitstellen nachgeht.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
c) selbständig erwerbend ist.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
d) in der Lehre ist.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
e) in Ausbildung ist.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
f) nicht erwerbstätig ist.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Ihre letzte oder gegenwärtige berufliche Tätigkeit:

¹1. Haben Sie in den letzten drei Jahren Arbeitslosentaggeld bezogen? Wenn ja, wie oft?

☐ Nie ☐ Einmal ☐ Mehrmals

Falls Sie Arbeitslosentaggeld beziehen, seit wann beziehen Sie das Taggeld?

Stempelbeginn seit (Datum): Ausgesteuert seit (Datum):

¹ Werden die folgenden drei Fragen mit „ja“ beantwortet, ist eine IIZ-Fallanmeldung (Interinstitutionelle Zusammenarbeit) angezeigt. Die Anmeldung wird durch die Fachperson des Sozialdienstes gemacht.

2. Sind Sie zurzeit aufgrund einer Krankheit oder eines Unfalles (teil-) arbeitsunfähig?

☐ Ja☐ Nein

3. Haben Sie Kontakt mit anderen Beratungsstellen / Institutionen?

(zutreffendes unterstreichen)

z.B. IV-Stelle, Sozialpsychiatrischer Dienst (SPD), Berufsberatung, Pro Infirmis, Hausarzt, Facharzt Spital, andere Fachstellen:

☐ Ja☐ Nein

FINANZIELLE SITUATION

Aktuelle Einnahmen aller im gemeinsamen Haushalt lebende Personen

	GesuchstellerIn		Ehe-/LebenspartnerIn		Im gleichen Haushalt lebende Personen	
	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein
Lohn aus unselbstständiger Arbeit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Lohn aus selbständiger Arbeit	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
13. Monatslohn, Gratifikation usw.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Lehrlingslohn	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

LEISTUNGEN DRITTER, BEANTRAGTE LEISTUNG / ERWARTETE LEISTUNGEN

	GesuchstellerIn		Ehe-/LebenspartnerIn		Im gleichen Haushalt lebende Personen	
	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein
Taggelder (Arbeitslosen-, Kranken-, IV oder Unfalltaggelder)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Renten (AHV, IV, SUVA, Witwen-/Waisenrente usw.)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Falls IV-Rente: Invaliditätsgrad		%		%		%
Ergänzungsleistungen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Hilflosenentschädigung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grad der Hilflosigkeit						
Unterhaltsbeiträge (Alimente)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kinder- / Ausbildungszulagen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Prämienverbilligung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Stipendien / Praktikumslohn	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Vorsorgegelder (Pensionskassen)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Lebensversicherung (auch Vorbezug)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Mietzinseinnahmen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Andere Einnahmen (Darlehen,
Kredit, Zuwendungen Dritter)☐☐☐☐☐☐**VERMÖGEN** aller im gemeinsamen Haushalt lebenden Personen

GesuchstellerIn		Ehe-/LebenspartnerIn		Im gleichen Haushalt lebende Personen	
Post	Bank	Post	Bank	Post	Bank
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fr.		Fr.		Fr.	
IBAN-Nr.		IBAN-Nr.		IBAN-Nr.	
CH		CH		CH	
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fr.		Fr.		Fr.	
IBAN-Nr.		IBAN-Nr.		IBAN-Nr.	
CH		CH		CH	
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fr.		Fr.		Fr.	
IBAN-Nr.		IBAN-Nr.		IBAN-Nr.	
CH		CH		CH	

Fortsetzung Vermögen	GesuchstellerIn		Ehe-/ LebenspartnerIn		Im gleichen Haushalt lebende Personen	
	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein
Haben Sie offene Ansprüche? (Lohnforderungen, güterrechtliche Ansprüche, usw.)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Haben Sie Wertschriften?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Haben Sie Anteile an einer unverteilter Erbschaft? (z.B. Erbengemeinschaft)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Haben Sie Lebens- und/oder Risikoversicherungen?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Haben Sie gebundene Vorsorgekonti? (Freizügigkeitskonto, Säule 3 a/b, usw.)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Besitzen Sie Wohneigentum im In- oder Ausland?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Besitzen Sie ein Motorfahrzeug?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wenn ja, als Leasing?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

SCHULDEN / VERPFLICHTUNGEN aller im gemeinsamen Haushalt lebenden Personen

	GesuchstellerIn		Ehe-/ LebenspartnerIn		Im gleichen Haushalt lebende Personen	
	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein
Unterhalts- und Alimentenverpflichtungen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Lohnpfändungen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kredit- und Leasingverträge	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Hypothekarschulden	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Haben Sie regelmässige grössere Auslagen (Unterhalt Auto, usw.)?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Krankenkassenprämienausstände	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Mietzinsausstände	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Private Schulden	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

VERWANDTENUNTERSTÜTZUNG

Volljährige Kinder, die nicht im selben Haushalt wohnen (Name, Vorname, Geb.-Datum, Adresse, Telefon)

Eltern des Gesuchstellers / der Gesuchstellerin (Name, Vorname, Geb.-Datum, Adresse, Telefon)

Eltern des Ehepartners / der Ehepartnerin (Name, Vorname, Geb.-Datum, Adresse, Telefon)

BESCHEINIGUNG

Meine Angaben gegenüber dem Sozialdienst sind vollständig und entsprechen der Wahrheit. Ich verpflichte mich, alle Änderungen unaufgefordert und unverzüglich zu melden (vgl. § 10 Vollziehungsverordnung zum Gesetz über die Sozialhilfe vom 30. Oktober 1984 [SRSZ 380.111, Sozialhilfeverordnung, ShV]).

Ort, Datum

Unterschrift GesuchstellerIn

Ort, Datum

Unterschrift Ehe-/LebenspartnerIn

FRAGEBOGEN

(Bundesamt für Statistik Schweiz)

Dieser Fragebogen ist vom Gesuchsteller bzw. von der Gesuchstellerin, von dem Ehe-/Lebenspartner bzw. von der Ehe-/Lebenspartnerin sowie von den Kindern über 14 Jahren, welche im gleichen Haushalt leben, einzeln auszufüllen.

Um Ihre Lebenssituation erfassen zu können, benötigt die Sozialhilfe bzw. das Bundesamt für Statistik Schweiz von Ihnen zu folgenden Punkten Auskunft. Bitte nehmen Sie sich Zeit, diesen Fragebogen genau auszufüllen.

Name, Vorname**Geburtsjahr****AUSBILDUNG****1. Kreuzen Sie bitte Ihre höchste abgeschlossene Ausbildung an.**

<input type="checkbox"/> Weniger als 7 Jahre Schule	<input type="checkbox"/> Obligatorische Schule	<input type="checkbox"/> Anlehre	<input type="checkbox"/> Berufslehre/-schule
<input type="checkbox"/> Maturitätsschule Berufsmaturität Diplommittelschule	<input type="checkbox"/> Höhere Fach- und Berufsausbildung	<input type="checkbox"/> Universität Fachhochschule	<input type="checkbox"/> Nicht feststellbar, Unbekannt

ARBEITSSITUATION**2. Bitte kreuzen Sie Ihre aktuelle Erwerbssituation an.**

Erwerbstätig	<input type="checkbox"/> Selbständig	<input type="checkbox"/> Zeitlich befristeter Vertrag	<input type="checkbox"/> Mitarbeitendes Familienmitglied
	<input type="checkbox"/> Angestellt in der eigenen Firma	<input type="checkbox"/> Arbeit auf Abruf	<input type="checkbox"/> In der Lehre
	<input type="checkbox"/> Regelmässig angestellt	<input type="checkbox"/> Gelegenheitsarbeit	<input type="checkbox"/> Anderes
Arbeitssuche	<input type="checkbox"/> Arbeitsintegrationsprogramm	<input type="checkbox"/> Auf Stellensuche, beim Arbeitsamt gemeldet	<input type="checkbox"/> Anderes
	<input type="checkbox"/> Beschäftigungsprogramm für Ausgesteuerte	<input type="checkbox"/> Auf Stellensuche, nicht beim Arbeitsamt gemeldet	
Keine Erwerbstätigkeit	<input type="checkbox"/> In Ausbildung	<input type="checkbox"/> Vorübergehend arbeitsunfähig	<input type="checkbox"/> Anderes
	<input type="checkbox"/> Haushalt, familiäre Gründe	<input type="checkbox"/> Dauerinvalid	
	<input type="checkbox"/> Rentner/in	<input type="checkbox"/> Keine Chance auf dem Arbeitsmarkt	

3. Bitte kreuzen Sie Ihren Beschäftigungsgrad an.

<input type="checkbox"/> Vollzeit (90+)	<input type="checkbox"/> Mehrere Teilzeitstellen
<input type="checkbox"/> Eine Teilzeitstelle (bis 49%)	<input type="checkbox"/> Vollzeit- und Teilzeitstellen
<input type="checkbox"/> Eine Teilzeitstelle (50-89%)	

4. Falls Sie eine Teilzeitstelle haben, geben Sie bitte an, warum Sie Teilzeit arbeiten. (mehrere Antworten möglich)

<input type="checkbox"/> In Ausbildung	<input type="checkbox"/> Keine Vollzeitstelle gefunden
<input type="checkbox"/> Behinderung / Unfall	<input type="checkbox"/> Zusätzliche Nebentätigkeit
<input type="checkbox"/> Krankheit	<input type="checkbox"/> Anderes
<input type="checkbox"/> Haushalt; familiäre Gründe	

Die Datenerhebung in diesem Fragebogen erfolgt aufgrund der Bestimmungen des Bundesstatistikgesetzes vom 9. Oktober 1992 (SR 431.01; BStatG) und der Verordnung über die Durchführung von statistischen Erhebungen des Bundes vom 30. Juni 1993, (SR 431.012.1, Statistikerhebungsverordnung) zwecks Erstellung der Sozialhilfestatistik.

Datum

.....

Unterschrift

.....

Intake – Formular (Sozialdienst intern)

Datum:

Aufgenommen von:

PERSÖNLICHE ANGABEN

☐ Frau ☐ Herr

Name

Vorname

Adresse

Ort

Gemeinde

Geb.-Dat.

Telefon

Natel Nr.

GRUND DER ANMELDUNG

☐ Finanzielle Fragen

☐ Arbeitslosigkeit

☐ Beziehungsfragen

☐ Budgetberatung

☐ Arbeitskonflikte

☐ Erziehungsfragen

☐ Sozialvers. Fragen

☐ Lehrstellenprobleme

☐ Trennung / Scheidung

☐ Alimente / Unterhalt

☐ Schwierigkeiten Schule

☐ Persönliche Fragen

☐ Krankheit

☐ Wohnungssuche

☐ Suchtprobleme

☐ Obdachlosigkeit

☐ Migrationsfragen

☐ Behinderung

☐ Sonstiges:

ANGEMELDET VON / BETEILIGTE STELLEN

Name

Stelle / Institution

Tel.

Beziehung

WEITERES VORGEHEN

☐ Ruft selber wieder an

☐ Erreichbarkeit bei

☐ Termin Erstgespräch am

☐ Rückruf bis

Terminbestätigung? ☐ Ja ☐ Nein

CHECKLISTE (Sozialdienst intern)

Erledigt *	In Abklärung	
1. Arbeit		
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Anmeldung im RAV?
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Besteht ein Anspruch auf Leistungen der Arbeitslosenkasse?
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Bestehen Kürzungen durch die Arbeitslosenkasse? (Ausnahme Karenzfrist)
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Bestehen noch offene Lohnforderungen gegenüber vormaligen Arbeitgebern?
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Besteht ein Anspruch auf eine Insolvenzenschädigung?
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Liegen arbeitsrechtlich relevante Vergehen des Arbeitgebers vor und muss eine Strafanzeige in Betracht gezogen werden?
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Ist die gesetzliche Krankentaggeldversicherung durch Übertritt in die Einzelversicherung aufrechterhalten worden? (Der Arbeitnehmer muss durch den Arbeitgeber schriftlich auf diese Möglichkeit aufmerksam gemacht worden sein. Ist diese erfolgt, so ist ein Übertritt in die Einzelversicherung bis 30 Tage nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses noch möglich.)
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Ist eine Anmeldung bei der IIZ erforderlich? Und falls ja, wurde die Anmeldung bereits gemacht?
<hr/>		
2. Krankheit		
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Besteht eine Lohnfortzahlungspflicht des Arbeitgebers nach OR, Einzel- oder Gesamtarbeitsvertrag?
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Bestehen Taggeldansprüche gegenüber Versicherungen? (Meldefrist von 30 Tagen beachten!)
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Bestehen Leistungen der Invalidenversicherung? (Früherfassung, berufliche Integrationsmassnahmen oder Berentung)
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Bestehen Leistungen aus der beruflichen Vorsorge (BVG)? (Reglemente beachten!)
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Bestehen Leistungen der privaten Vorsorgeversicherung? (Lebensversicherung, Krankenkasse, usw.)
<hr/>		
3. Unfall		
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Bestehen Leistungen aus den obligatorischen bzw. privaten Unfallversicherungen? (Taggeld, Rente, Pflegeleistungen, Hilfsmittel, Transportkosten). Die Versicherung besteht während 30 Tagen nach Auflösung des Arbeitsverhältnisses weiter. (siehe Punkt 1 Arbeit)
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Besteht ein opferhilferechtlicher Anspruch? (Leistungen siehe Punkt 8)
<hr/>		
4. Sozialversicherungsansprüche (AHV / BVG / IV / EL / HE / EO)		
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Anmeldung einer Sozialversicherung, wenn Anspruchsberechtigung besteht.
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Kann ein AHV-Rentenvorbezug geltend gemacht werden und falls ja, wurde dieser angemeldet?
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Einbezug von Drittstellen (Pro Infirmis, Pro Senectute usw.).
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Besteht ein Anspruch auf Zusatzleistungen?

* kein Vermerk bedeutet, dass keine Klärung vorgenommen werden muss.

5. Vermögen

- | | | |
|--------------------------|--------------------------|---|
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | Sind Freizügigkeitsleistungen verfügbar? |
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | Ist eine Lebensversicherung vorhanden? |
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | Ist Grundeigentum im In- oder Ausland vorhanden und verwertbar? |
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | Besteht ein Guthaben an unverteilter Erbschaft? |
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | Wurde die Verwandtenunterstützung abgeklärt? |

6. Unterhaltsansprüche

- | | | |
|--------------------------|--------------------------|--|
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | Bei Geburt: Klärung der Erstausrüstung. |
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | Liegt ein rechtskräftiger Unterhaltstitel (Urteil oder genehmigter Unterhaltsvertrag) vor? |
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | Besteht ein Anspruch auf Bevorschussung oder Inkasso der Alimente? |
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | Anpassung des Unterhaltstitels wegen erheblicher Veränderung der Verhältnisse. |
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | Kantonale Stipendien (auch für Ausländer mit C-Bewilligung). |
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | Private Fonds und Stiftungen (Fondsverzeichnis). |

7. Schulden

- | | | |
|--------------------------|--------------------------|--|
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | Sind offene Krankenkassenforderungen vorhanden? (allfälliger Leistungsstopp) |
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | Bestehen Steuerschulden? |
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | Bestehen andere private Schulden? Ist eine Schuldensanierung notwendig? |

8. Gewalt

- | | | |
|--------------------------|--------------------------|--|
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | Bestehen opferhilferechtliche Ansprüche als Folge einer Gewalttat? |
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | Sind andere Fachstellen involviert? (KJPD, SPD, Opferhilfe, Frauenhaus usw.) |
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | Besteht Handlungsbedarf im Sinne des Kindes- und Erwachsenenschutzes? |

9. Obdach / Wohnen

- | | | |
|--------------------------|--------------------------|--|
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | Bestehen offene Mietforderungen? |
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | Besteht eine Hausrat- und Haftpflichtversicherung? |
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | Kündigung / Kündigungsandrohung. |

10. SOSTAT

- | | | |
|--------------------------|--------------------------|---|
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | Der Anfangsbestand ist in der SOSTAT erfasst. |
|--------------------------|--------------------------|---|

11. Vollständigkeit der Unterlagen

- | | | |
|--------------------------|--------------------------|--|
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | Sind alle Unterlagen wirklich vorhanden? (z.B. Mietvertrag, die aktuelle KK-Police und die Bankauszüge der letzten 6 Monate) |
|--------------------------|--------------------------|--|

Datum:

Unterschrift Sozialarbeiter/in

ADMINISTRATIVE ERFASSUNG

- | | | |
|--------------------------|--------------------------|--|
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | Die Anmeldung IPV ist vorgenommen worden. |
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | Die ZUG-Anmeldung ist geklärt und der zuständigen Sachbearbeiterin / dem zuständigen Sachbearbeiter übermittelt. |
| <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | Die Person ist im elektronischen System erfasst. |

Datum:

Unterschrift Sachbearbeiter/in

ENTBINDUNGSERKLÄRUNG VON DER BERUFLICHEN SCHWEIGEPFLICHT

Name	_____	Vorname	_____
Adresse	_____	Ort	_____
Tel. Nr.	_____	Geb. Dat.	_____
Versichertennummer	_____		

entbindet

Institution	_____	Kontaktperson	_____
Adresse	_____	Ort	_____
Tel. Nr.	_____		

gegenüber

Sozialdienst	_____		
Kontaktperson	_____	Stellvertretung	_____
Adresse	_____	Ort	_____
Tel. Nr.	_____		

von der **ärztlichen bzw. beruflichen Schweigepflicht**.

Inhalt dieser Entbindung:

Einholen der nötigen telefonischen und schriftlichen Auskünfte über den Verlauf der Behandlung, sofern diese für die berufliche und soziale Integration des/r Unterzeichnenden relevant sind.

Die Entbindungserklärung kann jederzeit schriftlich widerrufen werden.

Datum:

Unterschrift VollmachtgeberIn

VOLLMACHT BETREFFEND VERSICHERUNGS-AUSKÜNFTE

Gestützt auf Art. 32 ff des Obligationenrechts vom 30. März 1911 (SR 220, OR) und § 10 der Vollziehungsverordnung zum Gesetz über die Sozialhilfe vom 30. Oktober 1984 (SRSZ 380.111, Sozialhilfeverordnung, ShV).

Der/Die Unterzeichnende

Name _____	Vorname _____
Adresse _____	Ort _____
Tel. Nr. _____	Geb. Dat. _____

bevollmächtigt der/die

Sozialdienst _____	
Fürsorgebehörde _____	
Adresse _____	Ort _____
Tel. Nr. _____	

bzw. die von ihr beauftragte Person

Name _____	Vorname _____
Funktion _____	

und ihre Stellvertretung

Name _____	Vorname _____
------------	---------------

zur Einholung der nachfolgend umschriebenen Auskünfte zur Abklärung der finanziellen Verhältnisse:

Die Auskünfte beziehen sich auf den Zeitraum vom _____ bis _____

Versicherungsgesellschaft _____

Versicherung und Police _____

Der/Die Unterzeichnende ermächtigt und verpflichtet die genannte Versicherungsgesellschaft, den bevollmächtigten Personen umfassend und vollständig schriftliche und mündliche Auskunft zu erteilen sowie die entsprechenden Unterlagen herauszugeben. Die Auskunftspflicht beinhaltet im genannten Zeitraum im Besonderen den Bestand und Inhalt des oben genannten Versicherungsverhältnisses zwischen dem/der Unterzeichnenden und der Versicherungsgesellschaft.

Der/Die Unterzeichnende entbindet die Versicherungsgesellschaft von der Geheimhaltungspflicht.

Die Vollmacht erlischt 6 Monate nach deren Unterzeichnung. Die Vollmacht kann jederzeit schriftlich widerrufen werden. Ein allfälliger Widerruf ist an die vorgenannte Versicherungsgesellschaft zu richten sowie an die zuständige Fallführung.

Datum:

Unterschrift VollmachtgeberIn

VOLLMACHT ZUR EINHOLUNG VON AUSKÜNFTEN BEI DRITTEN

Gestützt auf § 10 der Vollziehungsverordnung zum Gesetz über die Sozialhilfe vom 30. Oktober 1984 (SRSZ 380.111, Sozialhilfeverordnung, ShV).

Der/Die Unterzeichnende

Name	_____	Vorname	_____
Adresse	_____	Ort	_____
Tel. Nr.	_____	Geb. Dat.	_____

bevollmächtigt der/die

Sozialdienst	_____		
Fürsorgebehörde	_____		
Adresse	_____	Ort	_____
Tel. Nr.	_____		

bzw. die von ihr beauftragte Person

Name	_____	Vorname	_____
Funktion	_____		

und ihre Stellvertretung

Name	_____	Vorname	_____
------	-------	---------	-------

zur Einholung der nachfolgend umschriebenen Auskünfte zur Abklärung der finanziellen Verhältnisse:

Die Auskünfte beziehen sich auf den Zeitraum vom _____ ab _____

Institution	_____	Kontaktperson	_____
Adresse	_____	Ort	_____

Die Auskunft bezieht sich auf folgenden Gegenstand (exakte Umschreibung):

Der/Die Unterzeichnende ermächtigt die genannte Auskunftsstelle, den bevollmächtigten Personen im Rahmen des erwähnten Auskunftsgegenstands umfassend die nötige Auskunft in schriftlicher oder mündlicher Form zu erteilen sowie Einsicht in die betreffenden Unterlagen zu gewähren.

Der/Die Unterzeichnende entbindet die Auskunftsstelle von einem allfällig bestehenden Amts- bzw. Berufsgeheimnis.

Die Vollmacht erlischt 6 Monate nach deren Unterzeichnung. Die Vollmacht kann jederzeit schriftlich widerrufen werden. Ein allfälliger Widerruf ist an die vorgenannte Auskunftsstelle zu richten sowie an die zuständige Fallführung.

Datum: _____ Unterschrift VollmachtgeberIn _____

VOLLMACHT ZUR EINHOLUNG VON AUSKÜNFTE N BEI BANKEN

Gestützt auf Art. 32 ff des Obligationenrechts vom 30. März 1911 (SR 220, OR), Art. 47 des Bankengesetzes vom 8. November 1934 (SR 952.0, BankG), Art. 162 des Strafgesetzbuchs vom 21. Dezember 1937 (SR 311.0, StGB), § 10 der Vollziehungsverordnung zum Gesetz über die Sozialhilfe vom 30. Oktober 1984 (SRSZ 380.111, Sozialhilfeverordnung, ShV).

Der/Die Unterzeichnende

Name	_____	Vorname	_____
Adresse	_____	Ort	_____
Tel. Nr.	_____	Geb. Dat.	_____

bevollmächtigt der/die

Sozialdienst	_____		
Fürsorgebehörde	_____		
Adresse	_____	Ort	_____
Tel. Nr.	_____		

bzw. die von ihr beauftragte Person

Name	_____	Vorname	_____
Funktion	_____		

und ihre Stellvertretung

Name	_____	Vorname	_____
------	-------	---------	-------

zur Einholung der nachfolgend umschriebenen Auskünfte zur Abklärung der finanziellen Verhältnisse:

Die Auskünfte beziehen sich auf den Zeitraum vom _____ ab _____

Bankinstitut	_____		
Kontonummer	_____	Kontoinhaber	_____

Der/Die Unterzeichnende ermächtigt und verpflichtet das genannte Bankinstitut, den bevollmächtigten Personen umfassend und vollständig schriftliche Auskunft zu erteilen sowie die entsprechenden Unterlagen herauszugeben. Die Auskunftspflicht beinhaltet im genannten Zeitraum im Besonderen den Bestand und Inhalt der oben genannten Geschäftsbeziehungen zwischen dem/der Unterzeichnenden und der Bank (Kontostand, Kontobewegungen, Eröffnung des Kontos, Saldierung des Kontos).

Der/Die Unterzeichnende entbindet das Bankinstitut vom Bankgeheimnis.

Die Vollmacht erlischt 6 Monate nach deren Unterzeichnung. Die Vollmacht kann jederzeit schriftlich widerrufen werden. Ein allfälliger Widerruf ist an das genannte Bankinstitut zu richten sowie an die zuständige Fallführung.

Datum:

Unterschrift VollmachtgeberIn

1. Unterhaltspflicht der Eltern

Die Eltern haben für den gebührenden Unterhalt des Kindes aufzukommen, inbegriffen die Kosten von Betreuung, Erziehung, Ausbildung und Kindesschutzmassnahmen (Art. 276 Abs. 2 ZGB). Ihr Beitrag richtet sich nach den Bedürfnissen des Kindes sowie ihrer eigenen Lebensstellung und Leistungsfähigkeit. Ausserdem sind Vermögen und Einkünfte des Kindes sowie der jeweilige Betreuungsbeitrag, den die Eltern erbringen, zu berücksichtigen (Art. 285 ZGB). Wird der Unterhalt eines Kindes ganz oder teilweise aus öffentlichen Mitteln bestritten, so geht der Unterhaltsanspruch des Kindes gegenüber seinen Eltern in diesem Umfang mit allen Rechten auf das Gemeinwesen über (Art. 289 Abs. 2 ZGB).

Bei einer Fremdplatzierung eines Kindes erhöhen sich in der Regel dessen Unterhaltsbedürfnisse durch die Fremdbetreuungskosten. Wenn die Eltern in der Lage sind, die für das Kind anfallenden Unterhaltskosten unter Berücksichtigung der staatlichen Leistungen zu finanzieren, muss ihr Elternbeitrag entsprechend festgelegt werden. Ist die Unterhaltspflicht in einem gerichtlichen Urteil oder einem Unterhaltsvertrag festgelegt, so ist dieser Beitrag in Bezug auf den bereits verpflichteten Elternteil auch für die Sozialhilfeeorgane verbindlich (vorbehalten bleiben einvernehmliche Regelungen oder gerichtliche Änderungen).

Auch derjenige Elternteil, dessen Unterhaltspflicht noch nicht mit Urteil oder Unterhaltsvertrag geregelt ist, hat Unterhaltsbeiträge zu entrichten. Kommt es zu keiner Einigung zwischen den Eltern und dem Gemeinwesen und liegt kein Urteil oder kein Unterhaltsvertrag vor, hat das unterstützungspflichtige Gemeinwesen eine Zivilklage zu erheben, die sich auf Unterhaltsleistungen für die Zukunft und für ein Jahr vor Klageerhebung erstrecken kann (Art. 279 ZGB i.V.m. Art. 289 Abs. 2 ZGB). Das Gemeinwesen kann nicht mit einem Beschluss die Elternbeiträge einfordern.

2. Sozialhilferechtliche Zuständigkeit

Die sozialhilferechtliche Zuständigkeit bestimmt sich nach § 18 ShG i.V.m. Art. 7 ZUG. Ist ein minderjähriges Kind dauerhaft fremdplatziert, hat es gemäss Art. 7 Abs. 3 Bst. c ZUG einen eigenen Unterstützungswohnsitz am letzten Unterstützungswohnsitz vor der Fremdplatzierung. Dieser Unterstützungswohnsitz bleibt auch bei einem Wegzug der Eltern bzw. des Elternteils bestehen.

3. Berechnung von Elternbeiträgen

Die Berechnung des Elternbeitrags bei einer Fremdplatzierung richtet sich nach Kapitel F.3.3 und der Praxishilfe Kapitel H.3 der SKOS-Richtlinien. Gemäss dieser Praxishilfe ist ein *erweitertes Budget nach SKOS-Richtlinien zu erstellen*, welches die effektiven Wohnkosten, Steuern, Ausbildungskosten und Unterhaltsbeiträge miteinbezieht.

Der errechnete Betrag ist dem aktuellen Einkommen gegenüberzustellen. Von der Differenz zwischen Bedarf und Einkommen kann für die Dauer der Unterstützung rund die Hälfte als Beitragsleistung von den Eltern gefordert werden. Bei erheblichem Vermögen der Eltern ist denkbar, dass ihnen die ganzen Fremdplatzierungskosten in Rechnung gestellt werden (Art. 285 Abs. 1 ZGB).

3.1 Bedarf

GBL

Die Haushaltsgrösse berechnet sich in der Regel ohne das fremdplatzierte Kind. Verbringt das fremdplatzierte Kind die Wochenenden oder die Ferien bei den Eltern bzw. einem Elternteil wird pro Aufenthaltstag bei den Eltern pro Kind ein Bedarf von Fr. 10.– bis Fr. 20.– pro Tag eingerechnet. Dieser darf pro Kind und Monat den Grundbedarfsanteil (Haushaltsgrösse) nicht übersteigen.

Wohnkosten

Gemäss Praxishilfe H.3 der SKOS-Richtlinien sind die effektiven Wohnkosten zu berücksichtigen. Verbringt das Kind Wochenenden oder Ferien bei den Eltern bzw. einem Elternteil, ist zu berücksichtigen, dass für die Ausübung des Besuchsrechts allenfalls eine grössere Wohnung benötigt wird.

Situationsbedingte Leistungen

Ausgewiesene, bezifferbare situationsbedingte Leistungen sind einzurechnen, sofern diese auch im Rahmen der Unterstützung durch die wirtschaftliche Sozialhilfe übernommen würden.

Schulden: Rückzahlungen und Zinsen

Die Unterhaltsbeitragspflicht geht allen anderen Verpflichtungen vor. Darum können Schulden sowie Kreditrückzahlungen (Amortisationen) und Schuldzinsen nur dann berücksichtigt werden, wenn sie zwecks Anschaffung notwendiger Güter und zur Existenzsicherung begründet wurden. Ausnahmsweise können zusätzliche Kreditrückzahlungen und Schuldzinsen im Budget berücksichtigt werden, wenn sonst eine finanzielle Bedrängnis droht, die zu Pfändungen und erheblichen sozialen Problemen führen würde.

Steuern

Die laufenden Steuern können gemäss Praxishilfe H.3 der SKOS-Richtlinien in das erweiterte Budget miteinbezogen werden, sofern sie tatsächlich bezahlt werden (1/12 der laufenden Steuern).

Unterhaltsbeiträge

Gemäss Praxishilfe H.3 der SKOS-Richtlinien können Unterhaltsbeiträge in das erweiterte Budget miteinbezogen werden.

Pauschale für Selbstbehalt und Franchise der obligatorischen Grundversicherung

Neben den effektiven Prämien für die obligatorische Grundversicherung sind 1/12 der vertraglich festgehaltenen Franchise und des maximalen Jahresselbstbehalts in das Budget aufzunehmen (vgl. Praxishilfe H.10 der SKOS-Richtlinien).

Zahnbehandlungskosten

Zahnbehandlungskosten sind wie andere situationsbedingte Leistungen zu bewerten. Vorausssehbare Zahnarztkosten können zu 1/12 in das Budget eingerechnet werden.

Hausrat- und Haftpflichtversicherung

Besteht eine Hausrat- und Haftpflichtversicherung, kann 1/12 der Jahresprämie in das Budget aufgenommen werden (vgl. Praxishilfe H.10 der SKOS-Richtlinien).

3.2 Einkommen und Vermögen

Für den Unterhalt des Kindes bestimmte Leistungen

Für den Unterhalt des Kindes bestimmte Leistungen (Kinderzulagen, Renten, Alimente, Stipendien etc.) sind an das unterstützende Gemeinwesen zu überweisen (vgl. Art. 289 Abs. 2 ZGB). Diese Leistungen sind vollumfänglich an die Massnahmekosten anzurechnen, sofern dadurch keine Unterstützungsbedürftigkeit der Familie entsteht.

Lehrlingslohn

Mit dem Lehrlingslohn bzw. dem Erwerbseinkommen des fremdplatzierten Kindes sind die Nebenkosten sowie ein angemessenes Taschengeld zu bezahlen (Art. 323 ZGB). Der verbleibende Betrag ist zur Deckung der Fremdplatzierungskosten zu verwenden.

Der Lehrlingslohn bzw. das Einkommen von minderjährigen Geschwistern, die Teil der Unterstützungseinheit sind, sind maximal im Umfang des pro Kopfanteils des Budgets mit einzuberechnen.

Einkünfte Eltern

Sämtliche Einnahmen der Eltern sind zu berücksichtigen. Dazu gehören insbesondere Lohneinnahmen, 13. Monatslohn, Gratifikationen, Ehegattenunterhalt, Renten, Sozialversicherungsleistungen etc.

Einkünfte Stiefeltern

Das Einkommen und Vermögen von Stiefeltern ist bei der Bemessung des Unterhaltsbeitrages gemäss Art. 278 Abs. 2 ZGB angemessen zu berücksichtigen. Beistand durch den Stiefelternteil ist nur zumutbar, wo die Mittel des Stiefelternteils dies in Abwägung der allseitigen Bedürfnisse und Möglichkeiten erlauben (vgl. auch Art. 163 ZGB). Das Konfliktpotential ist in solchen Fällen besonders gross und ruft meist nach individuellen Verhandlungslösungen.

Vermögen

In das Einkommen ist ein Vermögensverzehr von rund 10% jährlich einzubeziehen, wenn das Vermögen den Freibetrag gemäss Kapitel E.2.1 der SKOS-Richtlinien übersteigt.

Opfer von Menschenhandel haben in der Regel Anspruch auf Leistungen gemäss dem Bundesgesetz über die Hilfe an Opfer von Straftaten vom 23. März 2007 (OHG, SR 312.5) als auch nach dem Sozialhilfegesetz vom 18. Mai 1983 (ShG, SRSZ 380.100). In der Praxis ergeben sich daraus immer wieder konkrete Abgrenzungs- und Zuständigkeitsfragen, weshalb es einer Koordination zwischen der Sozialhilfe und der Opferhilfe bedarf.

Leistungen der Opferhilfe

Gestützt auf das OHG kann die Opferhilfe Personen, die durch eine Straftat in ihrer körperlichen, psychischen oder sexuellen Integrität unmittelbar beeinträchtigt worden sind, gewisse Hilfeleistungen (z.B. Beratung, Kostenbeiträge für juristische oder therapeutische Hilfe, Finanzierung von speziellen Schutzunterkünften) erbringen sowie Entschädigungen und Genugtuungen ausrichten. Dies jedoch lediglich subsidiär, sofern die Leistungen nicht bei der Täterschaft oder anderen zahlungspflichtigen Dritten erhältlich gemacht werden können. Eine Schutzunterkunft wird von der Opferhilfe überdies nur solange finanziert, als die betroffene Person eines besonderen Schutzes als Folge der Straftat bedarf. Die Opferhilfe übernimmt zudem nur Schäden und Kosten, die unmittelbar mit der Straftat in Zusammenhang stehen bzw. infolge der Straftat zusätzlich entstehen. Nicht unter die Opferhilfe fallen demgegenüber die Lebenshaltungskosten (z.B. Kosten für Grundbedarf, Wohnkosten, medizinische Grundversorgung), da es sich dabei um Kosten handelt, die auch ohne die Straftat anfallen würden oder um Kosten, die nur mittelbar mit der Straftat in Zusammenhang stehen. Für die Lebenshaltungskosten hat bei Bedürftigkeit der betroffenen Person daher die Sozialhilfe aufzukommen.

Zuständigkeit für Sozialhilfeleistungen

Zuständig für die Sozialhilfe ist die Einwohnergemeinde am Unterstützungswohnsitz der hilfsbedürftigen Person (§ 18 ShG i.V.m. Art. 4 Zuständigkeitsgesetz, Bundesgesetz über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger vom 24. Juni 1977, [ZUG]). Opfer von Menschenhandel haben in der Schweiz üblicherweise keinen Unterstützungswohnsitz begründet. Subsidiär zuständig ist in solchen Fällen die Einwohnergemeinde, in der sich das Opfer aufhält. Als Aufenthalt gilt die tatsächliche Anwesenheit in einer Gemeinde. Bei Opfern von Menschenhandel ist dies in der Regel die Gemeinde, in der das Opfer ausgebeutet oder, soweit der Ausbeutungsort nicht feststellbar ist, wo das Opfer aufgegriffen wurde.

Hielt sich das Opfer im gleichen Zeitraum nebeneinander in mehreren Gemeinden auf, ist an demjenigen Aufenthaltort die Unterstützung zu leisten, zu dem die engste Beziehung besteht und an den das Opfer regelmässig zurückkehrte. Keine Konkurrenz verschiedener Aufenthaltsorte liegt hingegen vor, wenn diese nicht im gleichen Zeitraum nebeneinander bestanden, sondern sich ablösten. Dies ist z.B. dann der Fall, wenn das Opfer umherzog und seinen Aufenthaltsort ständig wechselte. Liegt keine Konkurrenz vor, so ist der letzte Aufenthaltsort für die Unterstützung zuständig.

Im Weiteren gilt, dass die Verbringung des Opfers in eine Schutzunterkunft (z.B. FIZ Makasi, Frauenhaus) einer anderen Gemeinde oder eines anderen Kantons keine neue Zuständigkeit begründet (§ 18 ShG i.V.m. Art. 11 Abs. 2 ZUG). Als Aufenthaltsgemeinde gilt weiterhin jene Einwohnergemeinde, von der aus die Zuweisung erfolgte. Eine neue Zuständigkeit wird erst begründet, wenn das Opfer eine eigene Unterkunft ausserhalb einer Einrichtung bezieht.

Departement des Innern

Amt für Gesundheit und Soziales

Kollegiumstr. 28 / 6431 Schwyz / Tel. 041 819 16 65 / Fax 041 819 20 49

Email ags@sz.ch



Unterstützungsanzeige gemäss Art. 30 (Notfall)

(3fach einzureichen)

Bundesgesetz über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger (ZUG)

Geschäfts-Nr.

Personalien der unterstützten Person

Familien- und Vorname

Geburtsdatum (Tag, Monat, Jahr)

Heimatgemeinde und Heimatkanton

Unterstützungswohnsitz

Adresse und Wohnsitz (Gemeinde).

Zivilstand ☐ ledig ☐ verh. ☐ getrennt ☐ geschieden ☐ verw.

Bewilligte Notfall-Unterstützung gemäss Art. 13 ZUG
(Beginn, Art, Summe und Zeitraum der unaufschiebbaren Hilfe)

Kostenersatzanspruch

Die Kosten der Notfall-Unterstützung gehen

100 % zulasten des Wohnkantons (Art. 14 und 23)

Ort und Datum:

Fürsorgebehörde der Aufenthaltsgemeinde

Geht an: Kanton	Geht an: Fürsorgebehörde
Ort und Datum	Ort und Datum

BANKERKLÄRUNG

Der/die Unterzeichnende erklärt:

- ich bin mit der bargeldlosen Auszahlung der wirtschaftlichen Sozialhilfe und allfälligen weiteren Leistungen des Sozialamtes auf mein unten aufgeführtes Bankkonto einverstanden.
- mein unten aufgeführtes Bankkonto weist zu keinem Zeitpunkt einen Negativsaldo aus.
- Wirtschaftliche Sozialhilfe ist zur Deckung des sozialen Existenzminimums (Lebensunterhalt und Miete) zu verwenden. Ich nehme zur Kenntnis, dass das Sozialamt keinen Negativsaldo auf meinem unten aufgeführten Bankkonto ausgleicht. Sofern die Sozialhilfe trotzdem zur Schuldentilgung auf dem Bank- oder Postkonto verwendet wird, liegt dies in der Verantwortung der unterstützten Person. Eine Nachdeckung des monatlichen Existenzminimums durch das Sozialamt wird abgelehnt.

Diese Erklärung betrifft mein Bankkonto lautend auf:

(Name, Vorname, Adresse, PLZ, Wohnort)

bei der Bank (genaue Adresse)

Kontonummer

IBAN-Nr.

Ort/Datum: _____

Unterschrift:

(Ehepartner)

Gemeinde XY



Fahrzeugabklärung

☐ Neuabklärung ☐ Revisionsabklärung

Ich / Wir

Name, Vorname, Geburtsdatum, Strasse, PLZ, Wohnort

bestätige/n mit meiner/unserer Unterschrift, dass ich/wir

☐ keine Fahrzeuge besitze/n (Auto, Motorrad, Schiff, Wohnwagen usw.)

☐ Fahrzeuge besitze/n (Auto, Motorrad, Schiff, Wohnwagen usw.)

Wenn ja, welche:

	1. Fahrzeug	2. Fahrzeug
Fahrzeugtyp:	_____	_____
Nummernschild:	_____	_____
Kilometerstand:	_____	_____
Wert:	_____	_____
Leasing?	<input type="checkbox"/> JA <input type="checkbox"/> NEIN	<input type="checkbox"/> JA <input type="checkbox"/> NEIN

Ich erteile zudem der Fürsorgebehörde/Sozialamt XY hiermit die Vollmacht, dass diese Fahrzeuge bei entsprechenden Stellen (z.B. Strassenverkehrsamt, Polizei usw.) überprüft werden dürfen.

Ort/Datum: _____

GesuchstellerIn

Ehepartner/Konkubinatspartner

Motorfahrzeug und Sozialhilfe

Eine unterstützte Person darf ein Motorfahrzeug nur zu Eigentum haben, wenn sie aus gesundheitlichen oder beruflichen Gründen darauf angewiesen ist und/oder das Fahrzeug keinen Vermögenswert darstellt und durch dessen Betrieb die unterstützte Person nicht mehr Mittel für ihren übrigen Lebensunterhalt braucht.

A. Aus beruflichen oder gesundheitlichen Gründen auf ein Motorfahrzeug angewiesen

Für die Feststellung des Sachverhalts und um den Nachweis (aus beruflichen oder gesundheitlichen Gründen auf ein Motorfahrzeug angewiesen zu sein) können ein Arztzeugnis oder eine Bestätigung des Arbeitgebers hilfreich sein (diese Unterlagen haben aber keinen rechtsgültigen Anspruch auf die Übernahme der Betriebskosten). Die Feststellung des Sachverhalts (Beweiswürdigung) und der Entscheid liegen immer bei der Fürsorgebehörde.

A.1 Grundsatz berufliche Gründe

Siehe Ausführungen zu „Erwerbskosten“ unter Verkehrsauslagen (C.1.2).

A.2 Grundsatz gesundheitliche Gründe

Eine Person ist beispielsweise aus gesundheitlichen Gründen auf ein Motorfahrzeug angewiesen, wenn die medizinisch erforderliche Versorgung nur mit Benützung eines Motorfahrzeuges gewährleistet werden kann. Es ist in jedem Fall zu prüfen, ob die Benützung des öffentlichen Verkehrsmittels zumutbar ist oder nicht.

Betriebskosten

Die SKOS-Richtlinien sehen vor, dass die Kosten für den Betrieb eines privaten Motorfahrzeuges durch die Fürsorge übernommen werden können, sofern die Benützung gesundheitlich begründet ist. Dafür ist im Budget ein Beitrag für die zu fahrenden Kilometer einzurechnen. Der Ansatz richtet sich nach den kantonalen Steueransätzen für die Autobenützung bezüglich des Arbeitsweges (Fr. 0.70/km). In dieser Entschädigung sind sämtliche Autokosten inbegriffen (Benzin, Versicherungen, Steuern, Amortisation, Service, Reparaturen, Parkplatz, Vignetten, usw.).

Zur exakten Berechnung der Autokosten hat die Arbeitsgemeinschaft Schweizerischer Budgetberatungsstellen (ASB) das Blatt «Betriebskostenberechnung für Personenwagen» ausgearbeitet, (bestellbar auf www.asb-budget.ch).

B. Aus beruflichen oder gesundheitlichen Gründen nicht auf ein Motorfahrzeug angewiesen

Es gilt grundsätzlich drei Kategorien zu unterscheiden:

B.1 Motorfahrzeug im Eigentum der unterstützten Person

Privatfahrzeuge, auf die eine hilfeschende Person einen Eigentumsanspruch hat, zählen zum anrechenbaren Vermögen. In Übereinstimmung mit dem Subsidiaritätsprinzip ist die Verwertung von Vermögenswerten Voraussetzung für die Gewährung von Sozialhilfeleistungen (zu beachten sind die Vermögensfreibeträge und die Gründe, in denen von einer Verwertung abgesehen werden kann gemäss SKOS-Richtlinien E.2).

Wenn das Fahrzeug einen Vermögenswert darstellt, ist es zu liquidieren. In diesem Fall wird von der Person verlangt, dass das Fahrzeug, dessen Wert den Vermögensfreibetrag (für eine Einzelperson Fr. 4000.–) übersteigt, verkauft wird, bevor sie wirtschaftliche Hilfe beanspruchen kann. Als Bewertungsmöglichkeiten gibt es die individuellen Bewertungsmethoden durch den tcs oder einen Autohändler. Liegt der geschätzte Wert des Fahrzeuges unter der SKOS-Vermögensfreigrenze, bleibt der Wert des Motorfahrzeuges für die Berechnung des Unterstützungsbudgets bedeutungslos.

In der Praxis kommt es vor, dass eine unterstützte Person ein älteres, wenig wertvolles Motorfahrzeug (mit weniger als Fr. 4 000.– Gesamtwert) besitzt und benutzt, ohne berufliche oder gesundheitliche Begründung vorzuweisen. Durch den Betrieb eines Autos fallen Kosten an, die in Relation zum Grundbedarf für den Lebensunterhalt hoch sind. In der Regel kann sich ein Sozialhilfebezüger deshalb kein Motorfahrzeug leisten, wenn ihm dafür keine Zusatzleistungen ausgerichtet werden.

Das Sozialhilferecht kennt keinen allgemeinen Grundsatz, wonach der Besitz eines von der Sozialhilfebehörde nicht bewilligten Motorfahrzeugs mit der Unterstützung unvereinbar ist, solange sie sich damit nicht verschulden bzw. die Sozialhilfeleistungen zweckentfremden. Es liegen Verwaltungsgerichtsentscheide aus den Kantonen Bern und Solothurn aus dem Jahr 2011 vor, welche die „Dispositionsfreiheit“ geschützt haben – also die Freiheit des Sozialhilfebezügers, selbst zu entscheiden, wofür er das Geld für den Lebensunterhalt (Grundbedarf) ausgeben will. (Wer also stets nur Hörnli und Cervelats isst, um sich das Autofahren zu leisten, darf und kann das. Zum Vergleich: Ein starker Raucher gibt im Monat zwischen 210 und 450 Franken für Zigaretten aus, was nicht verboten ist. Gemäss Touring-Club rechnet man bei einem gebrauchten Kleinwagen monatlich mit 350 bis 500 Franken Betriebs- und Unterhaltskosten).

Damit ausgeschlossen werden kann, dass die unterstützte Person entweder über zusätzliche Mittel verfügt oder Sozialhilfeleistungen zweckwidrig verwendet, ist folgendes Vorgehen empfohlen:

- a) In erster Linie ist zu klären, ob der Sozialhilfeempfänger über weitere, bisher nicht bekannte Mittel verfügt. Trifft dies zu, sind sie ihm als Einnahmen nach den SKOS-Richtlinien anzurechnen, was zu einem entsprechend geringeren Leistungsanspruch führt.
- b) Besteht kein Hinweis auf zusätzliche Einnahmen, kann die Behörde den Sozialhilfeempfänger unter Androhung der Kürzung der Leistungen im Unterlassungsfall auffordern, entweder das Nummernschild zu hinterlegen oder aufgrund seiner Mitwirkungspflichten zu belegen, dass er das Fahrzeug ohne Zweckentfremdung von Sozialhilfeleistungen zu finanzieren vermag.
- c) Dazu hat der Sozialhilfeempfänger einerseits die dadurch entstehenden Kosten (Steuern, Versicherungen, Einstellplatz, usw.) und das Mass der Benutzung zu belegen. Andererseits hat er glaubhaft (z.B. anhand eines detaillierten Budgets) darzulegen, wie er diese Kosten aus den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln finanzieren kann, ohne sich über Gebühr in den elementaren Lebensbedürfnissen (Nahrung, Kleidung, Körperpflege, Gesundheit) einzuschränken. Insbesondere muss ausgeschlossen werden können, dass Familienangehörige (insbesondere Kinder) sich wegen des Motorfahrzeugs in ihren Bedürfnissen weitergehend einschränken müssen, als dies im Rahmen der Sozialhilfe ohnehin der Fall ist.
- d) Die Fürsorgebehörde hat diese Angaben anhand der eingereichten Belege, aufgrund allgemein zugänglicher Berechnungsschemen sowie aufgrund von Erfahrungszahlen zu überprüfen. Die Amortisation des Fahrzeugs ist nicht zu berücksichtigen. Dabei dürfte sich ergeben, dass eine unterstützte Person die Betriebskosten eines Motorfahrzeugs nur ausnahmsweise finanzieren kann, ohne Sozialhilfegelder zweckwidrig zu verwenden, etwa wenn nur wenige Tausend Kilometer pro Jahr zurückgelegt werden und es sich um eine Einzelperson ohne Unterhaltspflichten handelt. Eine zweckwidrige Verwendung von Sozialhilfeleistungen liegt demgegenüber insbesondere dann vor, wenn die Benutzung eines Motorfahrzeugs zulasten der Bedürfnisse von Familienmitgliedern insbesondere von Kindern geht oder wenn Schulden geäufnet, z.B. Mietzinse oder Krankenkassenbeiträge nicht bezahlt werden. In solchen Fällen ist eine Sanktion weiterhin möglich.
- e) Sozialleistungen können nach vorausgegangener schriftlicher Androhung befristet verweigert, gekürzt oder in schweren Fällen eingestellt werden, wenn der Empfänger seine Mitwirkungspflichten in unentschuldbarer Weise missachtet.

B.2 Motorfahrzeug zur Benutzung; Eigentümer ist eine Drittperson

Wird ein Auto von verwandten oder bekannten Personen, ohne Vorliegen der zwingenden Gründe, zur Verfügung gestellt und werden die Kosten des Fahrzeugs von diesen getragen, ist dem Sozialhilfeempfänger eine Naturalleistung in der Höhe des wirtschaftlichen Werts dieser Leistung (also einschliesslich Amortisation) als Einkommen anzurechnen. Es wäre mit dem in der Sozialhilfe geltenden Prinzip der Subsidiarität nicht zu vereinbaren, wenn Sozialhilfebezüger die ihnen gewährten Sozialhilfeeleistungen zwar für ihren Unterhalt verwenden, während sie gleichzeitig und dauernd von Dritten unterstützt würden, um so luxuriöse Ausgaben zu finanzieren.

Die Mitbenützung fremder Fahrzeuge führt zu einem Abzug bei den Unterstützungsleistungen. Die Anrechnung der Betriebskosten für Motorfahrzeuge hat Kürzungscharakter und muss durch die Behörde mit einem Beschluss erlassen werden.

B.3 Gelegentliches Benutzen eines Motorfahrzeuges

Das Fahrzeug steht im Eigentum und Besitz eines Dritten, wird mehrheitlich von diesem benutzt und von der unterstützten Person nur gelegentlich gefahren. Das gelegentliche Benützen eines fremden Autos stellt keine unzweckmässige Verwendung von Sozialhilfegeldern dar. Der zu leistenden Entschädigung stehen unter Umständen geringere Aufwendungen für den öffentlichen Verkehr gegenüber. In diesem Fall sind keine Anpassungen im Budget notwendig und es sind keine Leistungskürzungen vorzunehmen. Ob die konkrete Benützung als „gelegentlich“ qualifiziert werden kann, muss die Prüfung im Einzelfall ergeben. Neben der Befragung der unterstützten Person sind der Standort des Fahrzeugs über Nacht, Mietkosten für einen Parkplatz, Rechnungsadressat, Quittungen usw. Indizien für die Beurteilung.



Merkblatt Pflegekinder

A) Ausserfamiliäre Betreuung von Kindern in Privathaushalten

Ein Kind, welches fremd betreut wird und/oder nicht bei seinen Eltern lebt, hat Anspruch auf besonderen Schutz. Die Pflegekinderverordnung des Bundes (SR 211.222.338, PAVO) regelt die Betreuung von Kindern und Jugendlichen ausserhalb des Elternhauses. Auf Wunsch der Gemeinden hat das Amt für Gesundheit und Soziales Empfehlungen für die zuständigen Behörden, Fachpersonen und Pflegeeltern ausgearbeitet.

Grundsätzliches

- Wer ein Kind, das noch nicht 15 Jahre alt ist, für mehr als drei Monate oder für unbestimmte Zeit entgeltlich oder unentgeltlich zur Pflege und Erziehung in seinen Haushalt aufnehmen will, benötigt eine Bewilligung der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde am Ort der Unterbringung des unmündigen Kindes (Art. 4 PAVO).
- Die Erziehung und Betreuung (dauerhaft) von fünf und mehr Kindern (Heime) sowie Vermittlungsstellen (Familienplatzierungsorganisationen) bedürfen einer Bewilligung des Departement des Innern (§ 1 und 3 Abs. 1, § 7 BetreuVO).
- Werden Kinder regelmässig gegen Entgelt tagsüber betreut, hat eine Meldung an die Behörde zu erfolgen. Tageseltern und Pflegefamilien stehen unter der Aufsicht der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (Art. 12 Abs. 1 und 2 PAVO).
- Pflegeeltern (auch Tagespflege) wird generell empfohlen, einen Betreuungsvertrag und eine Haftpflichtversicherung gegen Personenschäden abzuschliessen.
- Die Pflegekosten (Einnahmen aus dem Betreuungsverhältnis) unterstehen der Steuerpflicht. Es wird auf das separate Merkblatt der Steuerverwaltung des Kantons Schwyz verwiesen.
https://www.sz.ch/public/upload/assets/17461/mb_pflegeeltern_041208.pdf
- Die üblichen Sozialversicherungsleistungen wie AHV/IV sowie Unfall sind ab einem Verdienst von Fr. 2 300.– pro Jahr zu entrichten. Informationen dazu erhalten Sie bei der Ausgleichskasse Schwyz.
<https://www.aksz.ch/produkte/ahv-beitraege-ahv/lohnbeitraege/?L=0>

B) Betreuungskosten

Empfehlungen für die Berechnung der Betreuungskosten pro Tag

Vollzeitbetreuung

inkl. Unterkunft und Verpflegung

Fr. 60.00 bis Fr. 80.00

Tagesbetreuung

ganztags

8 bis 10 Stunden mit Verpflegung

Fr. 45.00 bis Fr. 65.00

halbtags

4 bis 5 Stunden mit Hauptmahlzeit und Zwischenverpflegung)

Fr. 25.00 bis Fr. 35.00

Betreuung von Schulkindern über Mittag

inkl. Mittagessen

Fr. 10.00 bis Fr. 20.00

Umfang der Entschädigung

Die Empfehlungen umfassen Unterkunft, Verpflegung und Betreuung. In den Betreuungskosten nicht inbegriffen sind:

- Kranken- und Unfallversicherung
- Haftpflichtversicherung
- Hygiene- und Toilettenartikel
- Kleider-, Schuhe- und Wäscheanschaffungen
- Arzt- und Zahnarztrechnungen
- Beiträge an Freizeitbeschäftigungen wie Ferienlager, Musikunterricht, Sportausrüstungen usw.
- Taschengeld
- Schule und Ausbildung (inkl. Reisekosten Schulort-Pflegeeltern)

Diese Kosten werden zusätzlich durch den gesetzlichen Vertreter bezahlt. Es wird empfohlen, die Einzelheiten vertraglich zu regeln.

Nicht enthaltene Kosten

Es gilt zu beachten, dass die nachfolgenden Aufwendungen rund um die Begleitung des Pflegeverhältnisses, welche das ZGB und die PAVO verlangen, nicht in dieser Kostenberechnung enthalten sind:

- Rekrutieren, Vermitteln einer geeigneten Pflegefamilie
- Abklärung betreffend Qualitätsansprüchen
- Antragstellung für die Bewilligung bei der zuständigen Behörde
- Begleitung und Unterstützung des Pflegekindes, der Pflegeeltern und den abgebenden Eltern
- Weiterbildung und Supervision der Pflegeeltern
- Inkasso und Geltendmachung von Ansprüchen an Dritte
- Aufsicht und Berichterstattung

C) Qualitätsmerkmale für ein erfolgreiches Handeln von Pflegeeltern

- Betreuung in angemessenen Lebensverhältnissen

Pflegeeltern garantieren eine Unterbringung, die adäquate Lebensbedingungen bietet und die materiellen Bedürfnisse des Kindes in Bezug auf Platz, Gesundheit, Sicherheit und Zugang zu Bildung und öffentlichen Einrichtungen befriedigt.

- Wertschätzung des Kindes

Die Pflegeeltern sorgen wertschätzend für das Kind und schenken ihm die nötige Unterstützung und Zuwendung und fördern es in seiner Entwicklung.

- Empathie

Pflegeeltern sind in der Lage, sich auch in unverständliche Verhaltensweisen und Reaktionen ihres Pflegekindes hineinzudenken.

- Respekt gegenüber bedeutsamen Bezugspersonen des Kindes

Pflegeeltern sind offen für andere Lebensentwürfe und begegnen Personen, denen sich das Kind aus früheren Phasen seines Lebens verbunden fühlt, mit Respekt. Sie anerkennen, dass diese für das Kind wichtig und bedeutsam sind.

- Krisen wahrnehmen und bereit sein, Unterstützung von aussen zu holen

Pflegeeltern sind in der Lage, sich anbahnende Krisen zu erkennen und die innerfamiliären Ressourcen und diejenigen sozialer Netze zu mobilisieren, die zum Lösen der Probleme erforderlich sind. Sie sind bereit, Unterstützung bei den zuständigen Stellen anzufordern, wenn sie die Probleme nicht durch eigene Anstrengungen lösen können.

- Bereitschaft zur Zusammenarbeit

Pflegeeltern haben nur eingeschränkte Rechte gegenüber dem Pflegekind und müssen diese in der Regel mit Angehörigen oder Beiständen/Vormündern teilen. Wenn das Kind weiterhin an seine früheren Bezugspersonen gebunden ist oder diese gegenüber den Kindern das Recht zu persönlichem Kontakt haben, müssen die Pflegeeltern bereit sein, Besuchskontakte und Ähnliches so zu arrangieren, dass das Kind dabei keinen Schaden nimmt.

- Ablösebereitschaft

Pflegeeltern können nach einer Phase der Auseinandersetzung Enttäuschung und Trauer akzeptieren. Wenn ein Pflegeverhältnis gescheitert ist und wenn es keinen Weg mehr gibt, das Verhältnis ohne weitere Schädigung des Kindes aufrechtzuerhalten, sind sie bereit, sich an der Suche nach einer geeigneten Nachfolgelösung zu beteiligen.

Pflegeeltern akzeptieren, dass ein Pflegeverhältnis befristet ist und mit dem Älterwerden des Kindes die Zeit der natürlichen Ablösung näher rückt.

D) Anlaufstellen und nützliche Links

Dauer-Pflegeplätze und SOS-Plätze:

Verein IG Familienplätze Kanton Schwyz
Werner-Kälin-Strasse 11
8840 Einsiedeln
Tel 055 422 07 47
Fax 055 422 07 48
info@ig-familienplaetze.ch
www.ig-familienplaetze.ch

Jugendheim «ALTE POST»
Gotthardstrasse 29
6414 Oberarth
Tel 041 857 00 45
Fax 041 857 00 58
betreutes-wohnen@ig-familienplaetze.ch
www.ig-familienplaetze.ch

Tagespflegeplatzvermittlungen:

Verein Tagesplatzvermittlung
Schwyz – Brunnen - Arth
Frau Marita Blaser-Gerig
Grosssteinstrasse
6438 Ibach
Tel 079 569 29 94
tagesfamilien.schwyz.brunnen@postmail.ch

Tageselterndienst und Mittagstisch
Einsiedeln Vermittlungsstelle
Frau Silke Wetzel
Nauernstrasse 9
8847 Egg
Tel 055 412 34 38
tageselterndienst@vjfb.ch
www.vjfb.ch

Verein Tagesfamilien Höfe und March
Vermittlung Bezirk March und Höfe
Frau Silvia Gnos
Schlossweg 20
8852 Altendorf
Tel 076 534 40 15
info@tagesfamilien-marchhoefe.ch
www.tagesfamilien-marchhoefe.ch

Kantonale Anlaufstelle:

Departement des Innern
Amt für Gesundheit und Soziales
Kollegiumstr. 28 / Postfach 2161
6431 Schwyz
Tel 041 819 16 65
Fax 041 819 20 49
ags@sz.ch
www.sz.ch

Links:

www.sz.ch/familien
www.familienschwyz.ch
www.pflegekinder.ch
www.fachstellekinder.ch
www.kibesuisse.ch

Der unterzeichnende Zahnarzt bestätigt, dass für die vorgeschlagene kieferorthopädische Behandlung

für **geb.:**

die nachstehende Schwereliste erfüllt ist.

Kriterien zur Unterstützung von orthodontischen Behandlungen durch die Fürsorgebehörden

Es sollen nur schwerwiegende Anomalien gemäss der auch für die Pro Infirmis gültigen Schwereliste unterstützt werden:

- Overjet von mindestens 9mm und ein Winkel ANB von mindestens 7 Grad
- Kopf- und Kreuzbissrelation von 2 Front-Antagonistenpaaren und ein Winkel ANB von 1 Grad und weniger
- Stärkere Traumatisierung der Gingiva durch den Gegenbiss und ein Kieferbasenwinkel von 15 Grad und weniger
- Vertikal offener Biss nach Durchbruch der bleibenden Inzisiven und ein Kieferbasenwinkel von mindestens 37 Grad
- Nichtanlage von mehreren bleibenden Zähnen pro Kiefer
- Schwere Retention von einem oder mehreren bleibenden Zähnen (Eckzahn, Frontzahn)
- Schwere Dysplasien bleibender Zähne
- Für sehr schwere Gebiss- und Zahnanomalien, die mit diesen Kriterien nicht erfasst werden, kann vorgängig zwecks weiterer Abklärungen ein spezielles Gesuch mit den entsprechenden Unterlagen (Fernröntgenbild, Modellpaar) eingereicht werden

In Ergänzung der Pro Infirmis-Liste wird zum letztgenannten Punkt die Meinung vertreten, dass neben zahnärztlichen Kriterien auch soziale Aspekte zu berücksichtigen sind (Abklärung durch entsprechendes Sozialamt).

Ort und Datum: Unterschrift:

Beilage: Röntgenbilder